E 3477

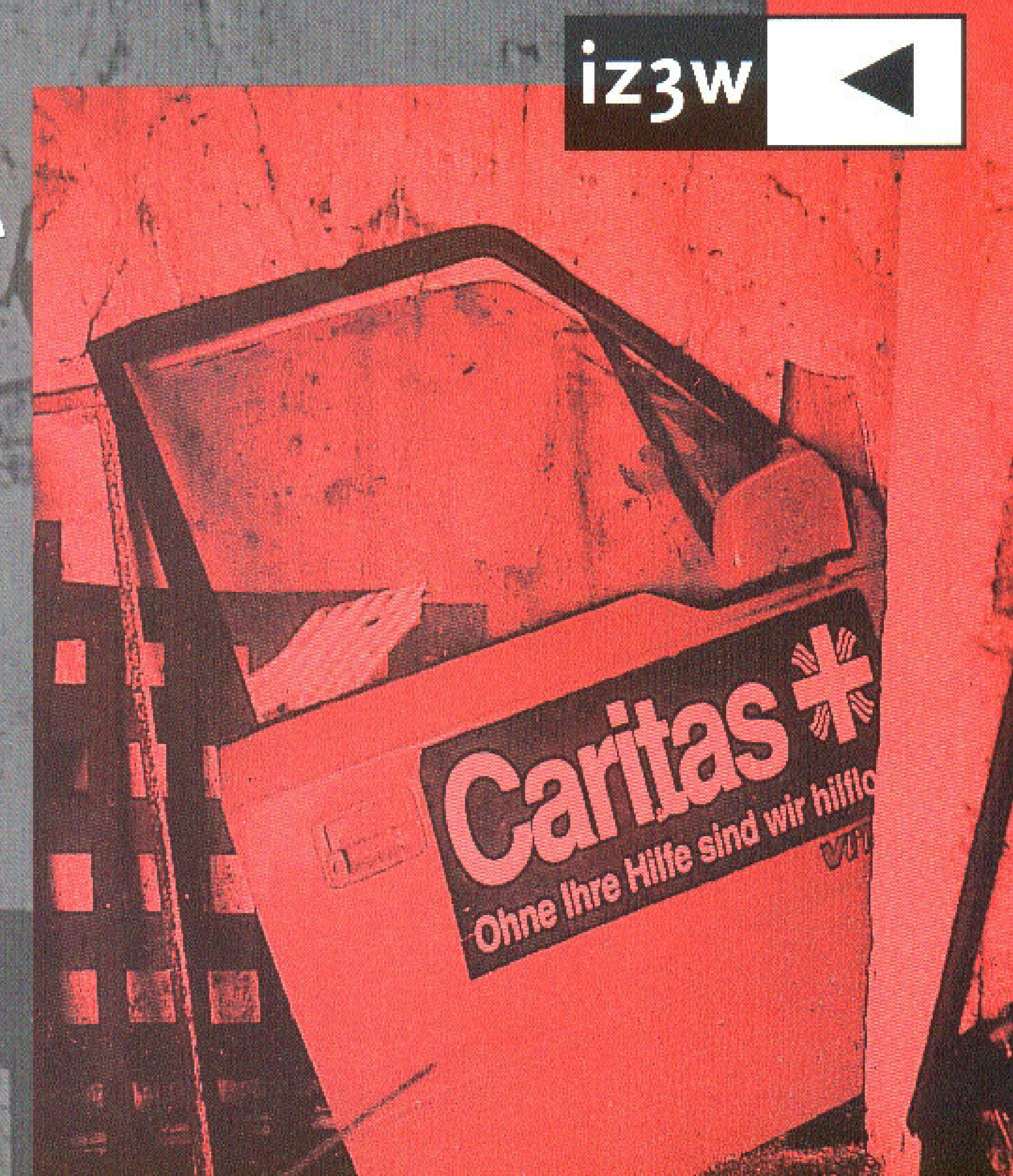
# Katastrophal neutral – Nothilfe und »humanitäre« Intervention

▶ Außerdem: Bündnis gegen Rechts ▶ Bewegung nach Prag ▶ Mönche im Krieg ▶ Europa als Themenpark ▶ Ein Platz für Tiere ...

Oktober 2000
Ausgabe □ 248
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w

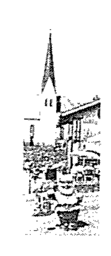
▶ blätter des informationszentrums 3. welt



# In dieser Ausgabe

Titelbild: A. Wenzel





## Kultur & Debatte





# *Respekt, Queen Mum!*

Am 4. August konnte in England Königinmutter ihren 100. Geburtstag feiern und sich vom bewegten Volke vielleicht ein letztes Mal huldigen lassen. Hierzulande sorgte dieses Ereignis zu eher belustigten Blicken auf die alte Lady und die ebenso unvergängliche britische Monarchie. Dabei mag Queen Mum doch nicht nur keine ImmigrantInnen und Homosexuelle – aus alter Gewohnheit kann sie auch Deutsche nicht leiden. Die bezeichnet sie als Hunnen. Die hiesige Presse zitierte dies nun gerne und genüsslich als eine irgendwie liebenswerte, und vor dem Hintergrund gefestigter deutsch-englischer Beziehungen, harmlose Marotte einer nicht mehr ganz ernst zu nehmenden alten Dame. Die Zeiten, in denen Adolf Hitler die damalige Königin als »gefährlichste Frau Europas« schätzte, sind vorbei. Und Deutschland ruht inzwischen so selbstzufrieden auf seinem frischgewonnenen Status der Normalität, dass die Vergangenheit gerade noch zur Anekdote taugt.

So dient die öffentliche Darstellung des Faschismus mittlerweile vor allem dazu, den Einheimischen und der Welt den guten Deutschen in Form einiger ausgewählter NazigegnerInnen vorzuführen. (Als Gipsköpfe sind solche unter vielen anderen repräsentativen, denkenden und dichtenden Deutschen von Bosch bis Janosch zum Beispiel im Eingangsbereich des nationalen EXPO-Pavillons zu bewundern.) Auch die Geschichte des deutschen Kolonialismus wird weitgehend ignoriert. Seine vergleichsweise bescheidenen Eroberungen werden zwar hier und da für die Krise des deutschen Fußballs verantwortlich gemacht, ansonsten spielt er aber keine Rolle. Dabei fiel das Ringen der Zuspätgekommenen um ihren »Platz an der Sonne« dafür um so aggressiver aus.

Und eben dies ist Queen Mum von ihrem deutschen Pendant in die Wiege gelegt worden. Eine Woche vor ihrer Geburt hielt nämlich am 27.7.1900 Kaiser Wilhelm II die »Hunnenrede«, mit der er in Bremerhaven deutsche Soldaten nach China in den »Boxerkrieg« schickte: »Pardon wird nicht gegeben«, schallte sein Ruf wie Donnerhall, »Gefangene werden nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt sein, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.«

Im Ersten Weltkrieg griffen die Alliierten die hochfahrende kaiserliche Selbstcharakterisierung im anti-deutschen Sinne auf. Fortan wurden einfallende Deutsche als blutrünstige Hunnen identifiziert. Und bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hat Deutschland der Welt und der jetzt so demontierten Ex-Königin kaum Anlass gegeben, diese Sichtweise zu revidieren. Also: Respekt, Queen Mum! Respekt vor dem historischen Gedächtnis. Und dessen wollen auch wir uns annehmen: Wer weiß denn schon näheres zur deutschen Kolonialgeschichte in Asien, zum Boxerkrieg und wie Deutsche heute in China angesehen werden? Deshalb bemühen wir uns für eine der nächsten Ausgaben um einen Beitrag zu diesem Thema. (Außerdem planen wir eine anti-deutsche Konferenz, zu der wir gerne die Königinmutter mit Jürgen Elsässer aufs Podium laden würden.)

Noch eine Demontage einer überkommenen, reaktionären und dennoch von vielen liebgewonnenen Persönlichkeit des öffentlichen Lebens hat uns bei der Zusammenstellung dieses Hefts nachdenklich und betroffen gemacht. Wie aus dem 1897 vom Auswärtigen Amt geforderten »Platz an der Sonne« Ende der 50er Jahre ein »Platz für Tiere« wurde und warum Bernhard Grzimek mehr war (und ist) als der im deutschen TV-Gedächtnis verankerte schrullige Alte mit seinen putzigen Kameraden, steht in diesem Heft. Viel »Platz zum Lesen« wünscht

*die redaktion*

# Von Seattle nach Prag: Neue globale soziale Bewegung?

*Nachdem im November 1999 die Verhandlungen um eine »Millennium-Runde« der Welthandelsorganisation WTO gescheitert waren, wurde ob des internationalen, organisierten wie spontanen Protestes häufig von einer neuen Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus geredet. Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank in Prag, knapp ein Jahr später, scheiden sich darüber erneut die Geister: Steckt in der internationalen Kooperation, in der Kommunikation mittels Internet und im direkten Austausch bei den Protestveranstaltungen gegen multilaterale Organisationen tatsächlich der Kern einer neuen sozialen Bewegung, die ähnlich grenzenlos ist wie der globalisierte Kapitalismus? Oder war Seattle ein einmaliges Ereignis und das*

## Global Action

von **Friederike Habermann**

**Die Breite des Bündnisses, die inhaltliche Vielfalt und die Kontinuität der Proteste gegen den Neoliberalismus könnten Anzeichen dafür sein, dass sich in diesem Widerstand eine neue soziale Bewegung zusammenfindet, die erstmals globalen Charakter annimmt.**

Seattle wurde vom Tagungsort zum Begriff für eine Zäsur. Doch Seattle war vor allem der Durchbruch in der Öffentlichkeit, vermutlich deshalb, weil es im Land des unbegrenzten Kapitalismus geschah, dass Menschen das *Ya Basta* der Zapatistas umsetzten. Im Süden dagegen entstehen und vernetzen sich seit Jahren Widerstandsbewegungen, und auch aus Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden sowie der Tschechischen Republik sind Basisgruppen schon länger dabei. Aus Großbritannien koordiniert *reclaim the streets* seit Jahren *Global Action Days* mit Beteiligung aus allen Kontinenten, und allein Zehntausenden von Protestierenden auf den Straßen von London selbst. Wer die britische Presse dazu liest, muss glauben, am Vorabend der Revolution angekommen zu sein. Währenddessen wird in Italien eine Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge noch vor der Inbetriebnahme in einer direkten Aktion wieder abgebaut, und stürmen in weiß gepanzerte Demonstrierende Konferenzen zu Gentechnik. In Deutschland wird dagegen dem Verschwinden der Sozialen Bewegungen hinterher getrauert: Früher war alles besser. Für Deutschland stimmt das sicher auch. Noch – hoffentlich.

### Vielfältigkeit der Bündnisse

Das Motto 'Teamsters love Turtles' wurde in Seattle zum Symbol der Begegnung verschiedener Widerständigkeiten. Arbeitsplatzbesitzer treffen Naturfreunde – das wäre eine bissige Übersetzung. Doch entscheidend ist die Richtung der Bewegung, die sich in Seattle zusammenfand. Die Zapatistas riefen nach ihrem als erste Revolution des 21. Jahrhunderts bezeichneten Aufstand dazu auf, nicht einfach solidarisch zu sein, sondern alle Kämpfe zusammen zu führen, um so gemeinsam fragend einen Weg zu finden (caminamos preguntando), der fertige Antworten ersetzt – denn fertige Antworten setzen die Durchsetzungsgewalt der Antwortbesitzer voraus, müssen ausschließend sein und implizieren Machtverhältnisse. Caminamos preguntando bedeutet dagegen gemeinsamen Widerstand und voneinander lernen.

1996 machten sich 3.000 Menschen aus aller Welt auf den Weg in den Lakadonischen Urwald. Und entsprechend der dort verabschiedeten Erklärung von La Realidad, »ein interkontinentales Netzwerk des Widerstandes zu bilden, welches Ähnlichkeiten erkennt und Unterschiede anerkennt«, bildete sich anschließend an das Zweite Interkontinentale Treffen, welches ein Jahr später in Spanien stattfand, eine Vernetzung von Basisbewegungen aus allen Kontinenten heraus. Im Februar 1998 gründete sich daraufhin *Peoples Global Action* zur interkontinentalen Koordination von Widerstand.

### Kontinuität und Kommunikation

Gerade durch diese Begegnung einzelner Kämpfe tut sich einiges im internationalen Widerstand. Analysiert zu haben, dass sich nicht alles auf Kapitalismus reduzieren lässt, heißt nicht, dass alles nichts mit Kapitalismus zu tun habe. So trafen sich in Chiapas im Mai diesen Jahres Menschen aus sozialen Bewegungen aller Welt zu einem Seminar *Nicht Mann, nicht Frau, sondern das Gegenteil*, um Identität und Kapitalismus zusammen zu denken und zu diskutieren. Auch Peoples´ Global Action hat auf ihrer zweiten Konferenz ihre vier Grundprinzipien um ein fünftes erweitert, in dem Patriarchat und Rassismus verdammt und die Menschen in ihrer Vielfältigkeit gewürdigt und gefeiert werden. Dass es sich eben nicht um eine Ein-Punkt-Bewegung handelt, macht das Neue daran aus – denn in gewissem Sinne waren und sind die 4. Internationale & Co Ein-Punkt-Bewegungen.

Schon während der zweiten WTO-Konferenz im Mai 1998 in Genf demonstrierten 100.000 indische Bauern und Bäuerinnen in Hyderabad gegen die WTO. In 37 Städten auf allen Kontinenten fanden gleichzeitig Global Street Parties statt, in Kanada wurde eine OECD-Konferenz blockiert, während sich in Brasilien 40.000 Arbeitslose, Obdachlose und Landlose in einem einwöchigen Marsch auf den Weg machten, um das Regierungsviertel in ihrer Hauptstadt zu besetzen. Anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Köln vergangenes Jahr kamen dann 500 Menschen aus dem Süden, um einen Monat lang durch Europa fahrend ihren Protest deutlich zu machen und Anknüpfung an Widerstände hier zu erreichen. Wieder fand ein *Global Action Day* statt, diesmal unter anderem mit 10.000 Protestierenden in Nigeria vor den Toren von Shell und einem Straßenkarneval in Tel Aviv.

Die Zweite Erklärung von La Realidad rief nicht nur zur Vernetzung von Widerstand, sondern auch zur Bildung eines »Kommunkationsnetzes zwischen unseren Kämpfen und Widerständen« auf. Tatsächlich bilden sich seit Seattle in vielen Ländern und Orten Independent Media Center heraus, die per Web, Foto, Audio und Video Gegeninformationen zusammen tragen und sich gegenseitig über Internet vernetzt austauschen. Eine Revolution in Ecuador, Kriegsrecht in Bolivien wegen Wasseraufständen, die Räumung der größten Universität der Welt nach fast einem Jahr Streik und Besetzung – wieviel dieser diesjährigen Ereignisse ist hier angekommen? Zum Glück ist der weltweite Widerstand zunehmend ein auch virtuelles Phänomen. Jetzt muss nur noch der Blick ins Internet gerichtet und dafür gesorgt werden, dass der Widerstand hier in Deutschland nicht zum ausschließlich theoretischen Phänomen gerät.

**Friederike Habermann** hat die Protestveranstaltungen in Prag mitvorbereitet.

*Scheitern der WTO-Runde ausschließlich Ergebnis der Zerstrittenheit unter den beteiligten Staaten? Ist die internationale Protestbewegung lediglich ein virtuelles Phänomen und eine Bewegung, die sich nur zu den jeweiligen Events versammelt?*

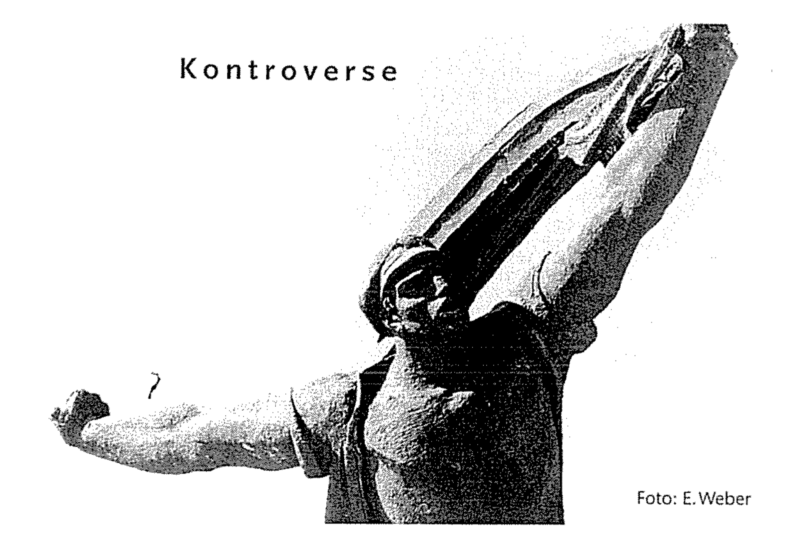


Foto: E. Weber

# Event-Hopping

von **Reinhard van der Veen**

**Die Breite des Bündnisses, die inhaltliche Vielfalt und die Konzentration der Proteste gegen neoliberale Politik auf wenige offizielle Treffen könnten Anzeichen dafür sein, dass es sich dabei nicht um eine neue soziale Bewegung handelt, sondern um einen Ausdruck fehlender Analyse der »Globalisierung«.**

► Dass die Linke von Ritualen nicht lassen kann, ist eine Binsenweisheit. Interessant ist allenfalls die Frage, wie die Ausprägung ihrer Rituale von Zeit zu Zeit changiert. Ein neueres, seit Mitte der 90er Jahre beobachtbares Phänomen ist es, immer dann, wenn mehr oder minder zahlreich gegen offizielle Treffen »der Herrschenden« demonstriert wird (ein bereits schon etwas älteres Ritual), die Existenz eines »weltweiten Widerstand« zu beschwören oder gar eine »Globalisierung von unten« herbeizureden. Auftrieb erhielt diese Mythenbildung durch die Proteste anlässlich der letztjährigen WTO-Ministerratstagung. Die Chiffre »Seattle« vermag es wie kaum eine andere, die Augen der Bewegungslinken zum Leuchten zu bringen.

Unbestritten, die Proteste in Seattle waren aufgrund äußerer Umstände (politisches Interesse am Scheitern der WTO-Verhandlungen, schwache Polizeiführung etc.) erfolgreicher – oder besser gesagt: medienwirksamer – als ähnliche Veranstaltungen dieser Art. Doch die DemonstrantInnen von Seattle zur Vorhut einer neuen, diesmal globalen sozialen Bewegung zu verklären, verkennt, wie organisatorisch höchst heterogen, wie diffus und teilweise konträr deren politische Absichten waren.

## Ungleiches Kollektiv

► Der Begriff »Soziale Bewegung«, der von den Bewegungslinken meist ebenso emphatisch wie euphorisch verwendet wird, hat bei nüchterner Betrachtungsweise den Vorzug, bestimmte gesellschaftliche Strukturbildungen recht präzise zu beschreiben. Er bezeichnet einen organisatorisch nicht kontrollierten Prozess der kollektiven Abwendung von gesellschaftlich dominanten Werten, Normen oder Zwecksetzungen, dessen Akteure grundlegende Änderungen der bestehenden Gesellschaft anstreben. Schon bei oberflächlichem Hinsehen ist offensichtlich, dass die in Seattle, Prag oder Bangalore demonstrierenden GlobalisierungsgegnerInnen sich nicht in diese Definition pressen lassen. Denn erstens kann kaum von einem Kollektiv der GlobalisierungsgegnerInnen die Rede sein. Indische KleinbäuerInnen, US-amerikanische Lastwagenfahrer, französische KulturschützerInnen oder britische AnarchistInnen zum gemeinschaftlichen Subjekt sozialer Revolten zu stilisieren, entbehrt ob ihrer höchst ungleichen sozialen Lage, Programmatik oder auch nur Wahrnehmung der »Globalisierung« jeglicher Grundlage. Da ist der Wunsch Vater des Gedankens. Das vernetzende Internet trägt dazu bei, dass eine Wahrnehmung kollektiven Handelns entsteht – Widerstand als virtuelles Phänomen.

Zweitens findet eine Abwendung von gesellschaftlich dominanten Werten, Normen oder Zwecksetzungen nur sehr partiell statt. Der bei den Bewegungslinken so beliebte französische Bauernführer José Bové beispielsweise ist ein heimattümelnder Populist, dessen Werbekampagne für den Roquefort-Käse auf Zustimmung fast aller FranzösInnen stößt. Der Affekt gegen die »Globalisierung«, der auf nationalistischen, etatistischen und antisemitischen Mustern sowie wahlweise auf kulturalistischer oder ethnisierender Identitätspolitik basiert, ist keine Minderheitenposition, sondern gehört zum Standardprogramm einer jeden Politikerrede. Er eint die hindunationalistische Partei BJP mit der deutschen Sozialdemokratie und der französischen Front national. Deswegen kann drittens auch keineswegs die Rede davon sein, dass die GlobalisierungsgegnerInnen grundlegende Änderungen der bestehenden Gesellschaft anstreben. Den meisten von ihnen geht es mit romantisch verklärtem Blick auf den keynesianischen Sozialstaat oder die naturnah lebende Dorfgemeinschaft darum, das Rad der Geschichte wieder ein wenig zurückdrehen. Ein wahrhaft konservatives Programm!

## Protest-Tourismus

► Den Bewegungslinken ist die Heterogenität und Diffusität der Globalisierungsgegnerschaft natürlich auch aufgefallen, weswegen sie zur Rettung ihres Konzeptes »soziale Bewegung« rhetorische Nebelkerzen entzünden und so ungenau wie irgend möglich von »Netzwerken verschiedener Bewegungen«, »gemeinsamen Wegen«, »Widerständigkeiten« etc. schwadronieren. Ein ebenfalls neueres Ritual ist, sich vom neurechten und nationalistischen Anti-Globalisierungsdiskurs abzugrenzen. Kaum ein Aufruf zur Anti-IWF-Demo in Prag, der nicht zwischen guten (linksradikalen) und schlechten (neurechten oder etatistischen) GlobalisierungsgegnerInnen zu unterscheiden wusste. Indes, das Gute wollen und der gute Wille allein reichen nicht. Statt dem protesttouristischen event-hopping zu frönen – bei dem sich mehr und mehr der Eindruck aufdrängt, es gehe vor allem darum, auf politisch korrekte Weise Land und Leute kennenlernen – wäre es an der Zeit, sich mühseligeren Diskussionen darüber zu stellen, was unter »Globalisierung« zu verstehen ist und wie einer vernünftigen Kritik daran Gehör zu verschaffen ist. Mit ein paar leicht zu inszenierenden riots gegen McDonalds (ein auch schon in die Jahre gekommenes Ritual) und andere Symbole des modernen Kapitalismus ist es jedenfalls nicht getan. Sie dienen nurmehr der Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung.

---

► **Reinhard van der Veen** ist freier Journalist.

# Dollar-Koller in Lateinamerika

## Ecuadors neue Währung

von **Gaby Küppers**

▶ Die DDR tat es, Argentinien tat es sozusagen, Brasilien ließ es wieder sein und jetzt macht es Ecuador: Die Landeswährung wird durch die Währung einer stärkeren Wirtschaft ersetzt. Was Neufünfland davon hatte, ist bekannt. Argentinien schrieb sich unter Ex-Präsident Menem die Peso-Dollar-Parität in die Verfassung und knabbert jetzt daran, dass das große Nachbarland Brasilien eben diese Parität (1 Real = 1 Dollar) im Januar 1999 aufgab und den argentinischen Markt seither mit Produkten überschwemmt, die in Argentinien durch die Abwertung des brasilianischen Real bis um die Hälfte billiger sind. Doch als sei das alles nicht der Rede wert, macht sich Ecuador derzeit daran, mit freundlich-nachdrücklicher Empfehlung des IWF die Landeswährung Sucre komplett auf den US-Dollar umzustellen, und zwar im Verhältnis 1 : 25.000.

**Mit dem Aus für Ecuadors Sucre ziehen sich die USA einen neuen Markt an Land**

In der grauen Theorie steht hinter dieser Währungspolitik die Annahme, dass die mit der Währungsumstellung erfolgende Preisstabilität zu wachsendem Konsum und Investitionen führt. Bis Ende September, so der Fahrplan, sollten die EcuadorianerInnen die Umtauschaktion Sucres gegen Dollar vollzogen haben. Auch wenn sich das noch etwas hinzieht , die Preise werden – für die, die sie bezahlen können – fortan in Dollar ausgezeichnet.

Im Januar des Jahres noch war der damalige Präsident Jamil Mahuad über dieses Vorhaben gestolpert. Der Aufstand von Indígenas und Militärs im Januar richtete sich gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell, als dessen letzten Baustein und Krönung Mahuad die Dollarisierung angekündigt hatte, obwohl sein Kurs bis dahin schon verhehrende Folgen für die einheimische Wirtschaft gehabt hatte. Der Finanzsektor war in der zweiten Jahreshälfte 1999 praktisch zusammengebrochen. Die dann von Mahuad verordnete Kur sah die Streichung der Subventionen für Treibstoffe, Wasser, Strom und Telefon und die Privatisierung von Staatsbetrieben vor. (Der Vorsitzende der Privatisierungsgesellschaft mit dem bemerkenswerten Namen »Nationaler Modernisierungsrat« heißt übrigens Ricardo Noboa und ist ein Bruder des jetzigen Staatspräsidenten.) Man konnte, wie es so schön heißt, mit dem Finger dran fühlen: Das ganze Manöver war ein IWF-inspirierter Versuch der ecuadorianischen Elite, internationale Investoren zu beruhigen und die Macht trotz wirtschaftlicher Talfahrt und sozialer Krisen zu behalten.

Der Coup misslang im ersten Anlauf. Mahuad stürzte nach dem hauptsächlich von der indígenen Bevölkerungsmehrheit getragenen Aufstand, dem vierten innerhalb seiner zweijährigen Amtszeit. Bemerkenswerterweise versprach sein Nachfolger, der bisherige Vizepräsident Gustavo Noboa, als erste Amtshandlung, den Kurs seines Vorgängers fortzusetzen und bis September die Talfahrt des Sucre durch dessen Verschwinden zu stoppen. Die galoppierende Inflation und Spekulation kämen so zum Stillstand, die einheimische Produktion würde angekurbelt. Am 1. März stimmte das Parlament der Radikalkur zu. Doch den Teufel treibt man mit dem Belzebub nicht aus. In den Folgemonaten stieg die Inflation weiter an, die Produktion fiel noch mehr zurück.

Ein Land wird schließlich durch die Umstellung auf Dollar weder produktiver noch verscheucht es damit die Korruption. Stattdessen verliert als erstes die Zentralbank ihre Reserve und damit ihre Daseinsberechtigung, es sei denn, sie versteht sich als Aussenstelle der US Federal Reserve Bank. Infolgedessen verschwindet, wie in Ecuador geschehen, die Möglichkeit einer eigenständigen Währungspolitik und somit ein wesentliches Instrument, um auf Produktivitätsveränderungen zu reagieren. Zinspolitik wird nurmehr in den USA gemacht. Absehbar ist des Weiteren, dass ausländische Produkte in kürzester Zeit die wenig konkurrenzfähigen einheimischen Industrieerzeugnisse vom Markt werfen. Davon profitieren allein die Importeure und in ihrem Gefolge internationale Banken und Dienstleistungsunternehmen. Die Exportpalette schrumpft auf Rohstoffe zusammen, was, nebenbei, noch mehr ökologischen Raubbau bedeutet.

So ziehen sich die USA einen neuen Markt an Land, ohne politisch Verantwortung für die Folgen zu übernehmen und ohne einen Cent für die Kolonie zu bezahlen. Allerdings hat auch die Mehrheit der Bevölkerung kaum Cents in der Tasche, um die Importware zu erwerben – mit etwa 20 Dollar im Monat muss ein Großteil der Bevölkerung jetzt auskommen. Ausländische Investitionen werden sich auf Aufkäufe beschränken. Angesichts der durch Vetternwirtschaft geschwächten Banken raten US-Finanzfachleute ihren Bankern von zuviel Engagement in Ecuador ab: Wo die Leitungen marode sind, sickert das Wasser immer durch, egal welches.

Tatsächlich erfüllten sich nach dem Parlamentsbeschluss vom 1. März nicht einmal in den ersten Monaten der Umstellung die Versprechungen der Regierung in Quito. Stattdessen wurde alles weiter teurer, die Inflation zog noch stärker an als 1999. Angesichts neuerlicher Streiks versprach Noboa Beihilfen für RentnerInnen und arme Familien und verzögerte die dem IWF zugesagten Gaspreiserhöhungen für Privathaushalte – ein Spagat, der mit dem nun bevorstehenden Abschluss der Währungsumstellungsphase nicht mehr möglich sein wird. Und in der gut organisierten Bevölkerung Ecuadors ist weiterer Widerstand vorprogrammiert. Zusammen mit dem Ende des brasilianischen Experiments und dem Beispiel der darbenden Wirtschaft in Argentinien, beides im Vergleich zu Ecuador industrielle Giganten, ist das nicht eben ein gutes Omen für die potentiellen neoliberalen Nachahmer in anderen Ländern des Kontinents. Auf dem Wege der Dollarisierung ist jedenfalls keine lateinamerikanische Wirtschaftsintegration und erst recht keine soziale Gleichheit zu haben.

---

▶ **Gaby Küppers** ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *ila* und wissenschaftliche Mitarbeiterin der grünen Fraktion im europäischen Parlament.



Foto: U. Moschner / version

# Rassistisch gegen Rassismus

## Ein Gespräch mit der Medienforscherin Margarete Jäger über das Bündnis gegen Rechts

► **iz3w:** *Wie Anfang der 90er Jahre, nach den Brandanschlägen auf Asylbewerberheime und der massiven Gewalt gegen MigrantInnen, formiert sich zurzeit wieder ein breites »Bündnis gegen Rechts«, das sich antirassistisch und ausländerfreundlich nennt. Das Automobilunternehmen Opel und der FC Bayern München schalten ganzseitige Anzeigen, die Bildzeitung beteiligt sich genauso wie PolitikerInnen aller Parteien. Was ist das für ein Bündnis?*

► **Margarete Jäger:** Es ist eben ein breites Bündnis. In der Tat wundert man sich, wer sich heute alles an Bündnissen gegen Rechts beteiligt – wie etwa auch der bayrische Innenminister Beckstein. Was sie dazu motiviert, darüber kann man spekulieren. Vermutlich geht es vor allem um das Ansehen Deutschlands in der Welt. Dennoch sollte man derartige Bündnisse nicht auf dieses Motiv reduzieren. Es steht zwar zu befürchten, dass sich die Kampagne so entwickelt wie 1993, als sich nach den Brandanschlägen auf Wohnheime zunächst auch viele Menschen gegen rechte Gewalt stellten, sei es durch Demonstrationen und Lichterketten, sei es durch aktives Eingreifen. Nachdem dann die Anschläge weniger wurden oder in der Zeitung nicht mehr über sie berichtet wurde, zogen sich viele wieder zurück, weil sie glaubten, es sei alles in Ordnung. Nun muss man dafür sorgen, dass mit solcher Bündnisarbeit nicht allein der gewalttätige Rechtsextremismus zurückgedrängt und der Rassismus auf ein 'normales' Maß reduziert wird, sondern dass sich die Bündnisse auch gegen den Rassismus aus der so genannten Mitte der Gesellschaft richten. Und es ist anzunehmen, dass es in den Bündnissen eine Reihe von Personen gibt, die das wollen.

*Wenn Sie sagen, dass der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, und gleichzeitig die Mitte der Gesellschaft sich nun im Bündnis gegen Rechts formiert, klingt das nach einem Widerspruch. Die Mitte müßte ihren eigenen Rassismus bekämpfen...*

► Die Voraussetzung eines so breiten Bündnisses liegt eben genau in dieser Widersprüchlichkeit. Es gibt diejenigen, die nur den gewalttätigen Rechtsextremismus sehen, ohne sich gegen den Rassismus der ,Mitte' zu wenden, möglicherweise auch deshalb, weil sie selbst erheblich in den rassistischen Diskurs verstrickt sind. Dies ist umso naheliegender, als dass wir gegenwärtig erleben, wie die Aufspaltung in gewünschte und nicht gewünschte Ausländer noch einmal vertieft wird. Indem sie selbst zwischen willkommenen und nicht willkommenen AusländerInnen unterscheiden, können sich die Kräfte, die lediglich den gewalttätigen Rassismus bekämpfen wollen, als nicht-rassistisch begreifen, weil sie ja die 'guten' Ausländer schützen. Gleichzeitig kann weiter abgeschoben werden.

Nach unseren Beobachtungen und Analysen zum Einwanderungsdiskurs gibt es eine solche Aufspaltung bereits seit langem. Bis 1993 etwa, als das Asyl-Grundrecht ein Ende fand, galt sie allerdings für Flüchtlinge. Da hieß es immer: Wir wollen ja den politisch Verfolgten Asyl gewähren, aber diejenigen, die sich durch ihr Kommen wirtschaftliche Vorteile versprechen, die wollen wir nicht. In der Debatte um die so genannte Ausländerkriminalität ist dann dieser Gedanke von 'Nützlichkeit' und 'Unnützlichkeit' weiterverfolgt und in den Bereich der Einwanderung transportiert worden. Wie sehr dieses Denken bereits verankert ist, zeigt zum Beispiel die jüngste Rede von Johannes Rau. Nachdem er zunächst betont hatte, dass Deutschland politisch Verfolgte aufnehmen solle, führte er, möglicherweise in der Absicht das Asylrecht zu verteidigen, die Spaltung in nützliche und unnütze MigrantInnen ein. Interessanterweise wird diese Passage seiner Rede auch immer wieder zitiert. Sinngemäß sagte er: Einwanderung ist eine Frage unseres Bedarfs, und Asyl ist eine Frage des Bedarfs derjenigen, die nach Deutschland kommen. Damit hat er sich auf den in der BRD gängigen Diskurs bezogen, wohl weil er meinte, er käme mit seinem Anliegen bezüglich des Asylrechts nicht

durch, wenn er diese Konzession nicht macht.

*An diesem Punkt liegen Einwanderungsdebatte und Rassismus eng beieinander. Wenn der eingangs erwähnte bayrische Innenminister Beckstein etwa sagt, dass er Ausländer wolle, die Deutschland nützen, macht er zwar einen Beitrag zur Green-Card-Debatte, spricht sich aber eigentlich gegen ungewollte MigrantInnen aus.*

► Das Argument zum Standort Deutschland ist ja über die Green-Card-Debatte in die Diskussion gekommen. Doch wie gesagt ist es nicht neu. In unseren Analysen – sowohl des Alltags- wie auch des Mediendiskurses – stellten wir immer wieder fest, dass rassistische Äußerungen sich häufig dieses Arguments bedienen, dass also Einwanderung nach dem ökonomischen Nutzen beurteilt wird. Ähnlich wie auch die Unterscheidung nach 'echten' und 'Wirtschaftsflüchtlingen' oder nach 'kriminellen' und 'gesetzestreuen' Ausländern. Es wird immer wieder aufgespalten zwischen denjenigen, die sich anpassen, die so sind ,wie wir' und deshalb eine Berechtigung haben, hier zu leben, und denjenigen, die sich nicht anpassen wollen oder denen Kriminalität zugeschrieben wird. Damit wird ein soziales Problem aufgespalten. Aus meiner Sicht sehen jedoch immer mehr Menschen heute den Zusammenhang zwischen einer restriktiven Ausländerpolitik und der Zunahme des Rechtsextremismus.

*Der Alltagsrassismus wird aber – im Gegensatz zu dem direkt gewalttätigen – in den meisten Medien selten erwähnt.*

► Das ist leider richtig. Wenn wir uns die Berichterstattung in den Printmedien der letzten Jahren anschauen, stellen wir fest, dass es Konjunkturen gibt. Augenblicklich wird der Rechtsextremismus allenthalben skandalisiert. Wenn dies dann nicht mehr notwendig erscheint, wird man sich mit der Normalität des Rassismus nicht weiter beschäftigen. Dabei wäre es wichtig, auch die Rolle der Medien bei der Produktion des alltäglichen Rassismus kritisch zu beleuchten. Ein Beispiel ist etwa die Extraseite, die die Frankfurter Rundschau momentan zum Rechtsextremismus bringt. Da werden Fragen zum Rechtsexstremismus in Ostdeutschland oder zu politischen Versäumnissen thematisiert. In der Ausgabe vom 9. August lese ich dann auf dieser Seite einen Beitrag, in dem der CSU-Politiker Goppel mit der Aussage zitiert wird, dass der Zuzug gestoppt werden solle, denn: »Auch ein Bus ist irgendwann voll«. Genauso wird das leidige Argument reproduziert, dass wir nicht das »Leid der ganzen Welt lindern«. An keiner Stelle des Artikels wird dies hinterfragt, geschweige denn ein Bezug zum Rassismus hergestellt. Dass gegen den Rechtsextremismus auf diese Weise alltäglicher ,normaler' Rassismus produziert wird, halte ich schon für einen kleinen Skandal. Es zeigt überdeutlich, dass die Medien ihre eigene Rolle in der Produktion des Rassismus untersuchen müssen.

*Diese Aufteilung in »gut« und »böse« bezüglich Kriminalität oder auch bezüglich der Asyl-»Berechtigung« ist eine moralische, die Flüchtlinge oder MigrantInnen vermeintlich charakterisiert. Solche moralischen Kategorien scheinen in der Green-Card-Debatte von ökonomischen abgelöst worden zu sein. Es geht um die Bedürfnisse Deutschlands bzw. der Firmen, die Arbeitskräfte brauchen. Ähnlich wie im Sport, wo Spieler auch ge- oder verkauft werden, funktioniert die Auswahl hier nach Marktkriterien. Inwiefern verändert die Globalisierung der Arbeitswelt den Rassismus?*

► Ich vermute, dass die Globalisierung sowohl rassistische als auch antirassistische Effekte auslösen kann. Globalisierung, verstanden als ein Kapitalismus ohne Grenzen, macht keinen Unterschied zwischen Haut- oder Haarfarbe oder kulturellen Besonderheiten der Arbeitskräfte. Das kann dazu führen, dass Denkweisen wie das Abstammungsprinzip für antiquiert gehalten werden. Die gleiche Entwicklung fördert aber auch starke rassistische Effekte: Wenn es etwa darum geht, die Arbeitsmärkte zu formieren, dann werden die Aufteilungen in verschiedenen Ethnien von Kapitalseite dazu genutzt, diese Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Auch kann es rassistische Effekte als Reaktion auf die Globalisierung geben, etwa wenn befürchtet wird, sie würde Besonderheiten nivellieren, und man dagegen mit einer Betonung z.B. auf 'spezifisch deutsche' Eigenheiten rebelliert. Dann erhält das vermeintlich Eigene eine große Bedeutung ebenso wie die Abgrenzung vom Anderen.

*In der Ideologie des Multikulturalismus wird ja gerade das Nebeneinander von Verschiedenem propagiert. Momentan ist es geradezu hipp, sich in Shows und Veranstaltungen oder beim Bündnis gegen Rechts mit Schwarzen zu »schmücken«. Wird Rassismus oder Antirassismus also eine Frage der Mode? Oder verändert sich langfristig die Vorstellung von Identität, wenn sich im Alltag eine Normalität im Umgang mit Schwarzen bzw. Nicht-Deutschen durchsetzt?*

► Aus meiner Sicht sollten Begriffe wie 'nationale Identität' an Bedeutung verlieren. Ich befürchte allerdings, dass dieser Prozess sehr lange dauern wird. Und wir stehen erst ganz am Anfang. Denn in Deutschland werden die Anforderungen der Integration noch vorrangig an Nicht-Deutsche gestellt. Von ihnen werden Veränderungen erwartet. Die deutsche Bevölkerung ist kaum bereit, Veränderungen vorzunehmen. Hinzu kommt, dass Multikulturalismus zur Mode wird und Personen instrumentalisiert oder gar vorgeführt werden. So etwas enthält enorme rassistische Implikationen. Es kommt darauf an, dass der Weg weitergegangen wird, dass Schwarze nicht mehr als Exoten, sondern als 'normal' gelten. Und dies erfordert ein Umdenken nicht bei den Einwanderern, sondern vor allem bei den 'Eingeborenen'. Sonst wird, sobald sich die antirassistische Stimmung abschwächt, der Alltagsrassismus wieder Normalität erlangen. Erst wenn es gelingt, von den Nützlichkeitskriterien wegzukommen, d.h. die weitere Aufspaltung der Hinzukommenden zu verhindern, wird der Alltagsrassismus weniger werden.

*Die Frage nach Nützlichkeit ist aber doch gerade kapitalistische Normalität.*

► Ja, selbstverständlich findet das alles nach kapitalistischen Regeln und in einer stark rassistisch-strukturierten Gesellschaft statt. Dennoch: Wenn seit Jahren und Jahrzehnten immer nur von der Festung Europa, von Abschottung und Begrenzung die Rede war, dann ist jetzt – auch bereits durch die Debatte um die Green-Card – immerhin eine Verbesserung der Diskussionsgrundlage eingetreten. Der Nützlichkeitsdiskurs lässt sich aufbrechen, und das sollten wir auch versuchen.

► *Das Interview führte Stephan Günther*

---

► **Margarete Jäger** ist Mitarbeiterin und stellvertretende Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS); Veröffentlichungen u.a.: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs 1996, Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten (mit G. Cleve, I. Ruth und S. Jäger) 1998, Medien in Konflikten (Hg. mit A. Grewenig) 1999.

*Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung will durch diskursanalytische und ideologiekritische Untersuchungen »Wissenschaft gegen den Strich« betreiben und auf restaurative und undemokratische Tendenzen hinweisen. Machtstrukturen sollen so sichtbar und kritisierbar werden. Das Ziel der Arbeit ist, durch wissenschaftliche Analysen einen Beitrag zur Demokratisierung leisten. Die Arbeitsschwerpunkte des DISS liegen in den Bereichen Rassismus und Einwanderung, Rechtsextreme Entwicklungen, Völkisch-nationale Tendenzen, Antisemitismus in der Bundesrepublik, Soziale Ausgrenzung, Biopolitik, Diskurstheorie und Diskursanalyse. Kontakt: www.uni-duisburg.de/DISS. Telefon: 0203-20249.*

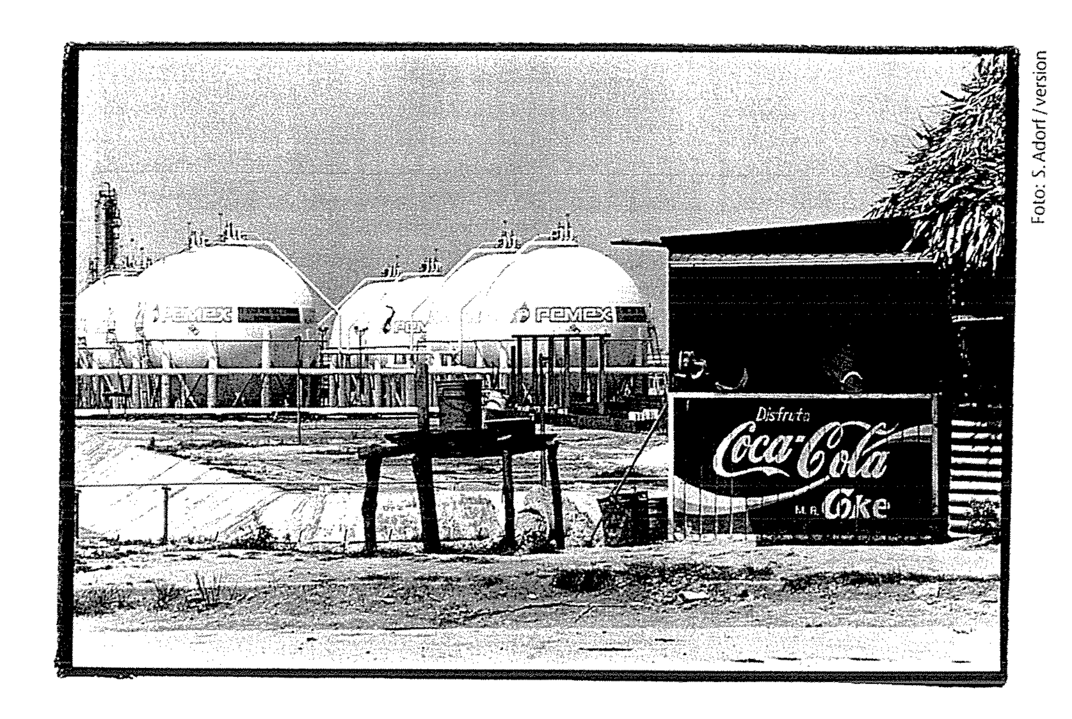



Foto: S. Adorf / version

# Vom Tequila zu Coca-Cola

## Epochenwechsel in Mexiko nach den Juli-Wahlen?

von **Dieter Boris**

**Der überraschende Sieg von Vicente Fox, dem Präsidentschaftskandidaten der konservativ-katholischen »Partei der Nationalen Aktion« (PAN) bei den mexikanischen »Mega-Wahlen« im Juli und die Abwahl der seit über siebzig Jahren herrschenden »Partei der Institutionalisierten Revolution« (PRI) sind zweifellos ein Einschnitt für das politische System in Mexiko. Im ökonomischen und sozialen Bereich scheint Fox allerdings den neoliberalen Kurs der PRI fortzusetzen.**

▶ Unübersehbare Fortschritte, dauerhafte Altlasten und neue Widersprüche durchdringen und überlagern sich gegenwärtig in Mexiko. Während der letzten 20 bis 25 Jahre gab es tiefgreifende Veränderungen: Die staatszentrierte Ökonomie ist bis auf einige Restposten wie Erdöl und Elektrizität privatisiert, dereguliert und nach außen geöffnet. Der Umfang der Exporte und Importe hat sich in diesem Zeitraum etwa verzehnfacht, nicht zuletzt durch die Integration in die »Nordamerikanische Freihandelszone« (NAFTA), die Ausdehnung der Maquiladora-Industrie und durch gezielte Produktivitätssteigerungen in einigen Branchen (Zement, Bier, Autoteile, Automobilindustrie etc.). Diese augenscheinlich günstigen makroökonomischen Indikatoren (Inflationsrate, Wachstum, Kapitalzufluss von außen etc.) garantieren jedoch nicht unbedingt ein kontinuierliches, stabiles oder gar nachhaltiges Wachstum. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: »Noch heute leidet das Land unter den Folgen der Rezession, den uneinbringlichen Krediten, der Konkurswelle, den Massenentlassungen und der Verarmung breiter Teile der Bevölkerung. Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken geht weiter zurück, die öffentlichen Ausgaben für die Rettung der Institute summieren sich zu Milliardenbeträgen.«

> Fox will Mexiko nach den Regeln führen, die er als Repräsentant von Coca-Cola lernte

Der Wandel im politischen System kann dagegen als ein Fortschritt in Richtung auf eine funktionierende formelle Demokratie angesehen werden. Die 1996 eingeführte Unabhängigkeit des Wahlinstituts (IFE), die internen Primärwahlen zur Präsidentschaftskandidatur innerhalb der PRI (ähnlich auch bei den anderen Parteien, PRD, »Partei der demokratischen Revolution« und PAN), sowie der Verzicht auf die bislang geübte Praxis des Präsidenten, seinen Nachfolger durch einen »Fingerzeig« zu bestimmen, sind hierfür zweifellos wichtige Schritte. Dass seit den »Zwischenwahlen« vom 6. Juli 1997 die PRI die absolute Mehrheit im Parlament verlor und die Medien in Mexiko kritischer geworden sind, unterstreicht diese Tendenz.

### Freihandel mit der Klientel

▶ Doch diese Wandlungsprozesse haben sich keineswegs positiv auf die übrige Gesellschaft ausgewirkt. Eines ihrer Grundübel ist die selbst für lateinamerikanische Verhältnisse krasse Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Gerade die Entfesselung der privaten Marktkräfte, die unregulierte Privatisierungspraxis, die Schwächung gesellschaftlicher Verbände und Kollektive wie der Gewerkschaften hat die Ungleichheit noch erhöht. Während die Zahl der Dollar-Milliardäre seit den 80er Jahren zweistellig geworden ist, fallen schätzungsweise 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsquote, Tendenz steigend.

Die sozioökonomische Polarisierung weist eine starke regionale und ethno-soziale Komponente auf, denn die Durchschnittswerte werden in bestimmten Regionen und bei der ländlichen und/oder indigenen Bevölkerung weit unterboten. Die »Erbübel« der mexikanischen Vergangenheit – Klientelismus, Korruption, Nepotismus, etc. – haben diese Entwicklung begleitet. Der paternalistische, autoritäre Korporativismus, der sich eigentlich mit dem neoliberalen Weltbild kaum verträgt, wurde nur leicht modifiziert in die neue Ära hineingerettet. Der Rückzug des Staates

aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, Kürzungen im Sozialetat sowie ungleiche Bildungschancen sind die Determinanten für die seit den 80er Jahren zunehmende Alltagsgewalt und Kriminalität. Die weitgehende Straffreiheit infolge einer korrupten und ineffizienten Polizei sowie eine ebenso ineffiziente und keineswegs unabhängige Justiz verdichten sich zu einem System allgemeiner Schutz- und Straflosigkeit. Trotz der eingangs erwähnten politischen und ökonomischen Veränderungen hat sich die partielle, formale Demokratisierung noch keineswegs zu einer substanziellen demokratischen Alltagskultur hin entwickelt. Der in Lateinamerika bekannte Spruch, wonach die Anwendung der Gesetze für die Feinde gelte, für die Freunde aber andere Regeln, trifft auch für Mexiko noch zu.

Der seit Anfang 1994 schwelende Konflikt in Chiapas und ähnliche Zusammenstöße in anderen rural-indigenen Regionen wie Guerrero und Oaxaca erklären sich vor diesem Hintergrund. Zweifellos brachen die historischen und latenten Konflikte wieder auf, als sich der neoliberale Staat aus einigen für die Campesinos wichtigen wirtschaftlichen Sphären (Preisregulierung, Kredite, öffentliche Infrastrukturen, etc.) zurückzog. Die fast gleichzeitige Veränderung von Verfassungsbestimmungen, die nun eine »multi-ethnische und pluri-kulturelle« Grundlage der mexikanischen Gesellschaft einräumte, half wenig angesichts der ökonomischen Bedrohung und der, wie in Chiapas, fast völligen politischen Entrechtung auf lokaler Ebene. Dass die Regierung unter Zedillo die Ergebnisse der Verhandlungen von San Andrés Laraínzar, die eine gewisse kulturelle und ökonomische Autonomie der Indígenas von Chiapas vorsah, nicht ratifizieren wollte, verweist auf den lediglich propagandistischen Aspekt der neuen Verfassungsartikel.

Wie die ersten Wahlanalysen zeigen, haben viele WählerInnen sehr bewusst und der jeweiligen Situation »angemessen«, d.h. variabel, ihre Stimmen abgegeben. Die festen Fronten und traditionellen Blöcke beginnen sich aufzulösen. Die Frustration mit der bisherigen politischen und ökonomischen Liberalisierung macht die Option für einen autoritären, wenig toleranten Neo-Populisten teilweise plausibel, zumal wenn dieser verspricht, dass alle genannten Übel der mexikanischen Gesellschaft mit der PRI verschwinden oder entscheidend abgeschwächt werden. Viele der Fox- bzw. PAN-WählerInnen sind jung und kommen vor allem aus urbanen Mittelschichten sowie aus den informellen Sektoren der Unterschicht. Sicherlich sind nicht alle überzeugte Fox-Anhänger oder Adepten des PAN-Programms. Ein großer Teil von ihnen hofft vielmehr als dezidierte Anti-PRI-WählerInnen darauf, dass mit dem Machtwechsel eine von der Foxschen Politikorientierung sich loslösende Eigendynamik angestoßen werden könnte. Doch solche Hoffnungen werden schnell enttäuscht, wenn Fox konsequent auf »neoliberale Reformen« (Privatisierung der bislang noch staatlichen Erdöl- und Elektrizitätsindustrie, stärkere Deregulierung des Arbeitsrechts, weitere Schwächung der Gewerkschaften, etc.) setzt und dies mit Rückendeckung von »modernisierungsbereiten« Teilen der PRI durchsetzt. Demgegenüber könnten die auf Transparenzsteigerung, Korruptions- und Armutsbekämpfung abzielenden Ankündigungen bald verpuffen, wodurch die Kontinuität zur vorherigen Regierungslinie stärker hervortreten würde.

### Fox sucht die Besten

► Vicente Fox lässt sich keineswegs auf eine katholisch-konservative oder gar klerikalfaschistische Denkschablone, auf die Marlboro-Cowboy-Romantik oder das Coca-Cola-Managertum reduzieren, obwohl er angedeutet hat, Mexiko nach denselben Regeln zu führen, die er einst als leitender Repräsentant der lateinamerikanischen und mexikanischen Dependancen von Coca-Cola gelernt hat. Fox sucht einen möglichst problem- und konfliktfreien Übergang bei der Amtsübergabe am 1. Dezember; bis dahin wird er mit Ernesto Zedillo und den Ministeriumsspitzen eng zusammenarbeiten. Schon nach weni-

# Streik in der Horizontalen

**Die geplante Privatisierung der Nationalen Autonomen Universität Mexikos (UNAM) und die Erhöhung der Studiengebühren waren Anlass für einen zehnmonatigen Streik, der Anfang Februar mit massivem Polizeieinsatz beendet wurde. Seither dauern die Proteste gegen die geplanten Reformen an. Die iz3w sprach mit der Jurastudentin Julia Escalante de Haro und dem Studenten der Kommunikationswissenschaften Ricardo Cayetano Martínez über die Streikbewegung und ihre neue Organisationsform.**



► iz3w: *Der Streik an der UNAM wird vielfach als neue Form sozialer Bewegung beschrieben. Was ist neu an einem Universitätsstreik, der sich unter anderem gegen die Erhöhung von Studiengebühren richtet?*

► Julia de Haro: Die frühere Studentenbewegung der UNAM hatte Führer, welche nun Regierungsposten oder andere hohe Stellen inne haben. Die Mehrheit der Bewegung fühlte sich verraten, weil sie eigentlich nichts gewonnen, sondern eher verloren hatten. Hier setzt die Bewegung von 1999 an, wenn sie sagt: Wir brauchen keine Anführer und Repräsentanten, denn diese sind leicht korrumpierbar und käuflich, und wir wollen nicht, dass irgendwer sein Engagement in der Bewegung ausnutzt, um Punkte für seine politische Karriere zu sammeln. Von Anfang an herrschte ein Konsens darüber, dass die Entscheidungsfindung horizontal abläuft, dass das Rotationsprinzip angewandt werden sollte und dass alle die Möglichkeit haben sollten, am Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen.

► Ricardo Cayetano Martínez: Seit einigen Jahren gibt es in verschiedenen sozialen Bewegungen eine Krise der personifizierten Repräsentation. Dadurch ist auch die momentane Studierendenbewegung charakterisiert. Wir kämpfen um etwas, was wir zumindest auf dem Papier schon haben, was die vorherige Generation bereits erkämpft hatte: das Recht auf Bildung. Auf der ganzen Welt entstehen soziale Bewegungen zur Verteidigung dessen, was schon besteht. Indigene Gemeinschaften verteidigen ihre Kultur und ihre Organisationsformen, Studierende ihr Recht auf Bildung, dessen Umsetzung wir fordern. Diese Verteidigung gegen den Neoliberalismus kann nicht von jemandem personifiziert werden mit einer nach vorne gerichteten Perspektive, einem Anführer oder ähnlichem. Hier ist die Beteiligung aller notwendig. Ich halte das für das herausragende Merkmal gegenwärtiger Bewegungen, auch der Bewegung der UNAM.

*Horizontale Organisierung und breite Bündnisspolitik – ist der jetzigen Bewegung an der UNAM ein besonderer Einfluss der Zapatistas anzumerken?*

► **Ricardo:** Auch in den früheren studentischen Bewegungen, z.B. der von 1995, gab es Versammlungen in jeder Fakultät, und es gab auch eine Vollversammlung. Doch diese Be-

gen Tagen hat er ein Schatten- und »Übergangskabinett« vorgestellt, das viele unterschiedliche Strömungen der mexikanischen Politik repräsentiert: ehemals linke stehen neben konservativen, einige (nicht sehr viele) PAN-Politiker neben PRI-Angehörigen, auch Parteilose sind vertreten. Neben Politikern und Unternehmern sind auch Wissenschaftler mit von der Partie. Fox hat nordamerikanische Head-Hunter-Firmen damit betraut, die »Besten im Lande« für sein Kabinett zu gewinnen. Für eine »Gefolgsmännerkultur«, wie sie in Mexiko immer noch herrscht, eigentlich unerhört!

Fox und die PAN sind ohne Mehrheit auf Koalitionen oder Bündnisse angewiesen. Freundliche Gesprächsangebote in verschiedene Richtungen waren durchaus schon erfolgreich. Die dabei von ihm immer wieder genannten Reformfelder: Reorganisation der Ministerien, Neustrukturierung und Straffung des Justiz- und Polizeiwesens, die Durchführung einer tiefgreifenden Steuerreform (mit dem Ziel der Erhöhung des Steueraufkommens). Die Reform des Föderalismus zugunsten der Bundesstaaten sowie die Vorschläge zur Lösung des Chiapas-Konflikts haben bisher die Erwartungen seiner Wählerschaft nicht enttäuscht.

Vor allem aber erscheinen Fox, sein »Übergangskabinett« und weiterhin auch Zedillo als maßgebliche Akteure auf der politischen Bühne, weil die drei Hauptparteien sich in einer mehr oder minder ernsten Krise befinden: Die Zerreißprobe der PRI ist offenkundig: die alten und oft diffusen Konfliktlinien zwischen »Reformern« und »Dinosauriern«, zwischen »Technokraten« und Neoliberalen zum einen und Basispolitikern und stärker sozialstaatlich ausgerichteten Vertretern zum anderen haben sich zugespitzt. Von den zwanzig PRI-Gouverneuren unterstützt etwa die Hälfte Zedillo, die andere Hälfte eher seinen Widersacher, den Gouverneur von Tabasco Roberto Madrazo. Das immer noch große Gewicht der PRI hängt in naher Zukunft wohl davon ab, ob sie sich als relativ einheitliche Oppositionskraft präsentieren kann.

## »(Ent)täusche uns nicht, Vicente!«

▶ Die PRD ist – vielleicht noch mehr als die PRI – der große Verlierer dieser Wahl. Ihr Stimmenanteil ging gegenüber 1997 von ca. 26% auf 18% zurück. Statt bisher 125 verfügt sie nur noch über 53 Abgeordnetensitze. Immerhin konnte die PRD sich mit ihrem Kandidaten Andrés Manuel López Obrador in Mexiko-Stadt behaupten, wenngleich sie im Stadtparlament die Position als stärkste Partei an die PAN verloren hat. Die heftigen Flügelkämpfe der Partei sind durch die Niederlage verstärkt worden.

Auch für die »siegreiche« PAN ist der triumphale Sieg »ihres Kandidaten« eigentlich eine halbe Niederlage, denn Fox hat seine Kampagne bis kurz vor Schluss allein, d.h. mit seiner Organisation »amigos de Fox« (der ca. zwei Mio. Mitglieder angehören sollen) geführt. Erst einige Monate vor der Kandidatenanmeldung akzeptierte die PAN ihn eher widerstrebend als »ihren Präsidentschaftskandidaten«. Dass Fox, wie jetzt schon absehbar, sich weder in seinen Personalentscheidungen, noch in seinen konzeptionell-ideologischen Orientierungen allzu stark der PAN verpflichtet sieht, könnte auch diese Partei nach dem Siegestaumel in innere Zerwürfnisse stürzen.

Der Wahlsieg Fox' ist nicht unbedingt ein eindeutiges Votum für einen konservativ-neoliberalen Kurs. Vielmehr spiegelt sich in den Ergebnissen ein diffuses Unbehagen ohne bessere Alternative und eine gewisse Offenheit für zukünftige Entwicklungen wider. Nichts könnte diese gemischte Stimmung der Fox-WählerInnen besser wiedergeben als der dominierende »Schlacht- und Jubelruf« der in der Wahlnacht vor dem Unabhängigkeitsengel auf der Avenida »Reforma« versammelten Massen: »No nos falles, Vicente!« (Täusche bzw. enttäusche uns nicht, Vicente!).

---

▶ **Dieter Boris** ist Professor für Soziologie in Marburg.

---

wegung erfasste nicht die gesamte Universität. Es beteiligten sich vor allem politische Gruppen, nicht jedoch die breite Masse der Studierenden. Was die neue Bewegung auszeichnet, ist die Beteiligung eben dieser Basis, welche die Richtung der Bewegung bestimmt. Die politischen Gruppen können das nicht verhindern. Sie können Vorschläge machen, aber sie können die Bewegung nicht führen. Ich sehe das als etwas sehr Positives. Um diese horizontale Organisierung aufrecht zu erhalten, brauchst du eine breite Basis. An dieser Horizontalität wird der zapatistische Einfluss deutlich. Die Organisationsform der studentischen Bewegung hat vieles mit der der Zapatistas gemeinsam, ist jedoch durch die besonderen Bedingungen der Stadt geprägt.

*Die »Basis« hat den Streik – auch in dieser Form – beschlossen. Welche Rolle spielten die VertreterInnen der »alten« Linken mit ihrem Avantgardekonzept?*

▶ **Ricardo:** Der Großteil der Studierenden hatte keine politische Erfahrung vor dem Streik, genausowenig wie einen festgefügten ideologischen Hintergrund. Die traditionellen linken Organisationen, deren Vorsitzende und Repräsentanten die Richtung vorgeben, spielen an der UNAM kaum noch eine Rolle.

*Wie kommt es zu der großen Beteiligung am Streik?*

▶ **Ricardo:** Was die Menschen politisiert, ist ihre Unzufriedenheit. In den letzten Jahren hat sich die Kluft innerhalb der Universität vertieft. Auf der einen Seite gibt es jene, die es sich leisten können, Vollzeit zu studieren, mit Computern zu Hause und eigenem Auto. Auf der anderen Seite gibt es die breite Masse aus der zunehmend verarmten Mittelschicht. Diese Studierenden müssen selbst arbeiten, oft zwingen diese ökonomischen Bedingungen zum Studienabbruch. Der andere Grund für die Unzufriedenheit ist, dass die Entscheidungsgewalt in der Universität auf sehr wenige Personen beschränkt ist. Die Autoritäten wollen die Strukturen nicht demokratisieren. All dies führte zum Ausbruch der Bewegung.

*Die UNAM nennt sich »autonom«. Wie sieht es aus mit der Selbstverwaltung? Sind die Umstrukturierungen entsprechend autonom entschieden worden?*

▶ **Julia:** Nein. Die Entscheidungsgewalt liegt ganz in den Händen der Autoritäten, dem Rektor der UNAM, den Direktoren der Fakultäten, der Bürokratie. In Wirklichkeit haben weder die Studierenden noch die Angestellten eine Stimme innerhalb der Universität. Obwohl die Autoritäten »autonom« sind, funktionieren sie nach dem Willen der Regierung. Der derzeitige Rektor kam aus dem Gesundheitssekretariat des mexikanischen Kabinetts. Es gibt also eine direkte Verbindung zur Regierung. Wir streben daher die Demokratisierung und Umgestaltung aller Regierungsorgane an.

▶ **Ricardo:** Dass die Initiativen der Regierung in der Universität so leicht umgesetzt werden, hat etwas mit der vertikalen Struktur der Universität zu tun. Der oberste Chef ist der Rektor, welcher die Direktoren der Fakultäten auswählt, die wiederum über die Auswahl der AkademikerInnen und StudentInnen entscheiden. Diese Struktur funktioniert ähnlich wie in der nationalen Politik. Dort bestimmt in erster Linie der Präsident, der von Lobbyisten umgeben ist. Dies führt zur Nichtteilhabe der meisten Menschen. Daher kämpfen wir nicht nur für die Inhalte, sondern auch für die Form der horizontalen Organisierung, sowohl in den studentischen Organisationen als auch an der Universität und im Staat.

*Das Interview führten Alexandre Froidevaux, Stephan Günther und Heiner Schwarz.*

*Als Konzept gegen die vermeintlich unkontrolliert voranschreitende ökonomische Globalisierung werden momentan diverse Varianten einer »Globalen Strukturpolitik« diskutiert. In unserer Reihe zu Entwicklungstheorie und -Politik analysierten Claudia von Braunmühl (iz3w 244) sowie Achim Brunnengräber, Christian Stock und Peter Wahl (iz3w 245) diesen Trend zu »Global Governance«.*

*Die darin hervorgehobene Bedeutung des Netzwerks, das Politik, Verwaltung, Unternehmen und »zivilgesellschaftliche« Akteure verbinden soll, ist auch zentraler Bestandteil im Theorem der Systemischen Wettbewerbsfähigkeit. Dieses wurde im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik entwickelt und legt ein Bündel von Handlungsanleitungen für Politik und Unternehmen in Staaten des Südens vor. Deren nationale Volkswirtschaften sollen in den Weltmarkt integriert und fit gemacht werden für den globalen Wettbewerb. Das Konzept der Systemischen Wettbewerbsfähigkeit findet in der deutschen Entwicklungspolitik bereits Anwendung. Vergleichbare Ansätze sind auch in den neuen Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (vgl. iz3w 247) auszumachen.*

# Alles Verhandlungssache

## Zum Konzept der Systemischen Wettbewerbsfähigkeit

von **Kai Mosebach**

► Im Jahr 1994 veröffentlichte das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) eine politikberatende Studie mit dem Namen: »Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik«.[1] Das Konzept wurde in viele Sprachen übersetzt und in der internationalen entwicklungspolitischen Community bekannt gemacht. Mit ihrer expliziten Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen (SAP) von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank reiht sich die Studie in eine Reihe von Publikationen internationaler Entwicklungsorganisationen ein, die in den 90er Jahren dem Marktradikalismus der 80er Jahre verbal abgeschworen und die »Rückkehr des Staates« in die Entwicklungstheorie und -politik propagiert haben.[2] Die Besonderheit der DIE-Konzeption wird von den Autoren selbst darin gesehen, die neuen Theorien internationaler Wettbewerbsfähigkeit um das Element der politikwissenschaftlichen Steuerungsproblematik erweitert zu haben. Im Zentrum steht der Nachweis der politischen Gestaltungsfähigkeit von nachholender Modernisierung. Die Zusammenführung und Analyse von Politik und Ökonomie unter dem Begriff der »gesellschaftlichen Selbststeuerung« schließt an neuere Entwicklungen in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung an.

Die politische Bedeutung der Konzeption besteht darin, dass sie als ein frühes Dokument der theoretisch-strategischen Begründung des sozialdemokratischen »Dritten Weges« angesehen werden kann. Sie teilt mit ihm den Gedanken der Versöhnung von Modernisierung der Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung. Trotz der Abgrenzung vom »makroökonomischen Fundamentalismus« der Bretton Woods-Institutionen der 80er Jahre ist – so meine These – die Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit kein grundsätzlich alternatives Programm zum neoliberalen Projekt und stellt keinen strategischen Ausweg aus der Weltmarktfalle dar.

### Rückweg durch die Institutionen

► Die Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit ist in ihrem Kern eine Entwicklungsstrategie, der Entwicklungs- und Schwellenländer zu folgen haben, wenn sie sich in den Weltmarkt integrieren wollen. In den Sozialwissenschaften kann man seit dem von Ulrich Menzel ausgerufenen Ende der großen Theorie beobachten, wie sich die theoretischen wie empirischen Forschungsanstrengungen auf die Erarbeitung von Theorien mittlerer Reichweite konzentrieren. Diese Aufwertung empirischer Fallbeispiele, Spezialisierungsmuster und praktikabler Problemlösungen geht mit einer Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft einher, die Institutionen wachsende Bedeutung beimisst.

Sowohl der politikwissenschaftliche als auch der wirtschaftstheoretische Neo-Institutionalismus wurden maßgeblich von der soziologischen Netzwerktheorie beeinflusst. Hiernach führen die Ausdifferenzierungsprozesse zu einer zunehmenden Anzahl relativ autonomer Akteure – in der Ökonomie durch eine verstärkte gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der Politik im Spannungsfeld zwischen Staat und Zivilgesellschaft.[3] Nach Renate Mayntz sind Netzwerke eine Innovationsleistung moderner Gesellschaften, die sowohl das Problem der steigenden Interdependenz als auch der zunehmenden Independenz (relativ) autonomer Akteure organisatorisch lösen können. Netzwerke werden als Modernisierungsfaktor interpretiert, der die spezifischen Engpässe hierarchischer (staatlicher) und marktmäßiger Steuerungs- und Organisationsformen überwinden und zur normativen wie sozialen Integration moderner Gesellschaften beitragen kann. Die Dichotomie Staat-Markt geht in der Trias Staat-Netzwerk-Markt auf.

Politikwissenschaftlich schließt das DIE dabei an den akteurzentrierten Institutionalismus an.[4] Die Ausdifferenzierung des Staates und die zunehmende Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure wirken negativ auf die Steuerungsfähigkeit des Staates. Der Staat ist nunmehr in der Formulierung und Durchsetzung von Politiken auf die Kooperation und Kompetenz zivilgesellschaftlicher Akteure angewiesen. Entgegen marktradikaler Theorien verschwindet der Staat jedoch nicht von der Bildfläche, sondern verändert seine Rolle und Struktur. Seine Aufgabe besteht darin, durch Mediation konfliktive gesellschaftliche Interessen an einen Tisch zu bringen. Insofern wird vom »Verhandlungsstaat« oder auch



Foto: H. G. Schiele

Netzwerk auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit

»kooperativen Staat« gesprochen. Diesen staatlichen Akteuren (Ministerien und Behörden) kommt dabei die Aufgabe zu, in den politikformulierenden Aushandlungsprozessen den Gedanken der »Gemeinwohlverträglichkeit« einzubringen. Entgegen der egoistischen Interessen von ökonomischen Akteuren sind staatliche Akteure und Politiker danach dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft verpflichtet.

Wirtschaftstheoretisch wird an den Netzwerkansatz angeschlossen, der die Bedeutung von Innovationen, Wissenstransfer und Lernfähigkeit wirtschaftlicher Akteure in den Mittelpunkt seiner entwicklungstheoretischen Argumentation stellt.[5] Im Gegensatz zum neoklassischen Institutionalismus bezieht er sich auf die Dynamik wirtschaftlicher Prozesse und ihre Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit. Regionalökonomische Untersuchungen in ökonomisch erfolgreichen Regionen in den 80er Jahren (Emilia Romagna, Silicon Valley und Baden-Württemberg) haben gezeigt, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen an spezifische Umweltfaktoren gebunden ist. Unternehmen sind hiernach in ein Netzwerk von vor- und nachgelagerten Unternehmen sowie öffentlichen Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen eingebunden, die ein institutionelles Umfeld mit technologischer Kompetenz und Innovationen bereitstellen. Der Begriff der systemischen Wettbewerbsfähigkeit soll anzeigen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Nationalökonomie zunächst auf zielgerichtet ineinandergreifende Maßnahmen auf drei Systemebenen (der Makro-, Mikro- und Mesoebene) beruht. Die Kohärenz dieser Systemebenen wird wesentlich über länderspezifische institutionelle Strukturen, Organisationsmuster, die Lern- und Adaptionsfähigkeit der sozialen Gruppen und deren Einbindung in spezifische normative Wertkontexte hergestellt (Metaebene). »Systemische Wettbewerbsfähigkeit ohne gesellschaftliche Integration ist ein aussichtsloses Vorhaben.« [6]

## Am Besten orientiert

► In der wirtschaftsstrategischen Debatte hat sich mittlerweile die Auffassung durchgesetzt, dass für kleinere Ökonomien mit begrenztem Binnenmarktpotenzial eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie erfolgversprechender sei als eine Binnenmarktstrategie. Diese Aussage, die empirisch v.a. auf die Erfolge Japans, der Bundesrepublik Deutschland und Südkoreas als Exportökonomien verweist, schließt ideengeschichtlich nicht vollständig an die Freihandelsdoktrin an. Sie stellt vielmehr eine Reminiszenz an den Merkantilismus dar. Wie im historischen Merkantilismus besteht das Ziel darin, mittels staatlicher Förderung einen Handelsüberschuss zu erwirtschaften. Der Neomerkantilismus zielt nicht auf die komparativen Kostenvorteile des neoklassischen Außenhandelsmodell ab, sondern unterstreicht vielmehr die Bedeutung »absoluter Vorteile« zwischen ökonomischen Einheiten. Die Ansätze stimmen darin überein, dass im Wesentlichen die eigene Bereitstellung und Erarbeitung technologischer Kompetenz die Stellung einer Region/Ökonomie im Weltmarktzusammenhang bestimmt.

Die Ökonomie diktiert den Verhandlungsgegenstand

Strategisch zielt das DIE folglich darauf ab, die Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit in jedem Entwicklungsland politisch zu implementieren. Der entwicklungsstrategische Fixpunkt ist dabei die exportorientierte Weltmarktintegration. Internationale Wettbewerbsfähigkeit lässt sich in der globalisierten Ökonomie nur erzielen, wenn alle Maßnahmen ineinandergreifen und zudem von einer industriepolitischen Vision, einem gemeinsamen Modernisierungskonsens der wichtigsten nationalen Akteure und Gruppen gestützt werden. Dies setzt freilich voraus, dass sich das »unterentwickelte« Land auf allen Ebenen dem stilisierten Vorbild politisch-strategisch als auch institutionell annähert. In klassisch modernisierungstheoretischer Weise wird ihm das höher entwickelte Industrieland als vorauseilendes Beispiel und Leitbild vorgehalten.

Geldwertstabilisierung und die Politik der Privatisierung von staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen werden im Sinne neoliberaler Politik positiv bewertet. Die überkommenen und politisch verkrusteten Wirtschaftsstrukturen des binnenorientierten Industrialisierungsmodells in Lateinamerika, die eine rasche Exportorientierung verhinder-

ten, könnten durch die Intensivierung des Wettbewerbs in dem reformorientierten Land aufgesprengt werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb wird vom DIE als Motor der Produktivkraftentwicklung angesehen und akzeptiert. Darüber hinaus soll die strategische Handelspolitik mittels selektivem Protektionismus und wechselkurspolitischer Unterstützung den Erfolg einer exportorientierten Entwicklungsstrategie gewährleisten. Die Etablierung eines starken Nationalstaates und einer autonomen Zentralbank sind wesentliche Bestandteile der propagierten Wirtschaftsstrategie. Es ist somit kein Wunder, dass Vertreter dieses Ansatzes von der Notwendigkeit eines »positiven Wirtschaftsnationalismus« überzeugt sind, der sich in einer gemeinsamen Modernisierungsvision ausdrücken müsse.

## Der Staat wird zum Netz

► Mikroökonomisch müssen sich die Unternehmen an den Determinanten des neuen Produktionsparadigmas orientieren. Die erfolgreichen Unternehmen aus den neu entstandenen Branchen (Informationstechnologie etc.) setzen Maßstäbe der betrieblichen Produktion und Vertriebsweise. Die neuen sozialen, technologischen und organisatorischen Innovationen, die mit den Begriffen »simultaneous engineering«, »lean production« und »just-in-time« umschrieben werden können, verursachen Produktivitätsfortschritte, die von konkurrierenden Unternehmen adaptiert und angenommen werden müssen, um auf betrieblicher Ebene überlebensfähig bleiben zu können.[7] Die Unternehmen betreiben also die Politik des »best practice«, indem sie sich an den Verhaltensweisen und Strategien des jeweils Branchenbesten orientieren.

Die Mesoebene wird in der DIE-Konzeption zur zentralen Interventionsebene. Private Unternehmen, intermediäre Organisationen (Forschungseinrichtungen oder Bildungsinstitutionen) und Behörden versuchen in einem koordinierten Verhandlungs- und Politikprozess (Politiknetzwerke), die mittel- bis langfristigen Erfordernisse für die regionale Entwicklung zu eruieren und umzusetzen. Nur eine vertrauensvolle und auf Reziprozität gestützte Problemlösungssuche aller relevanten Akteure auf allen Handlungsebenen kann danach eine erfolgreiche nachholende Modernisierung ermöglichen. Der Staat findet hier seine neue Rolle als Moderator bzw. Mediator unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, die »Netzwerkblockaden« verhindern soll. Die Inhalte der Modernisierung, d.h. die Tagesordnung der Verhandlungsprozesse, werden jedoch letztlich von den technologischen Wandlungsprozessen, der Wirtschaftsstruktur und der Position des Landes in der internationalen Konkurrenz vorgegeben. Die Ökonomie diktiert also die Verhältnisse, die Handlungsspielräume und den Verhandlungsgegenstand.

Die zentrale Prämisse der Entwicklungsstrategie des DIE ist die Aussage, dass die Weltmarktkonkurrenz kein Null-Summenspiel darstelle. Jede nationale Wirtschaft entwickle historisch-spezifische Vorteile, die eine globale Branchenführerschaft begründen könnten. So verfügt z.B. die deutsche Industrie in der Automobilindustrie, in der Chemischen Industrie und im Maschinenbausektor über eine internationale Spitzenposition. Aus dieser theoretischen Möglichkeit, nationale Spezialisierungsprofile zu entwickeln, schließt das DIE auf die Möglichkeit von Nischenproduktionen, die sich am jeweiligen Entwicklungsstand einer Nationalökonomie zu orientieren haben. Es gilt also, regionale Wirtschaftsstrukturen politisch zu stärken und innovative Industrienetzwerke aufzubauen. Der Gedanke einer exportorientierten Nischenstrategie von Entwicklungsländern stößt sich aber daran, dass die kapitalistische Weltmarktkonkurrenz ungleiche Ausgangsbedingungen aufweist und Industrialisierung/Modernisierung nur als »positionelles Gut« sinnvoll gedacht werden kann: Die Entwicklung des einen Landes setzt die Nicht-Entwicklung eines anderen Landes voraus.

**Die Entwicklung des einen Landes setzt die Nicht-Entwicklung eines anderen voraus**

## Fehler im Saldo

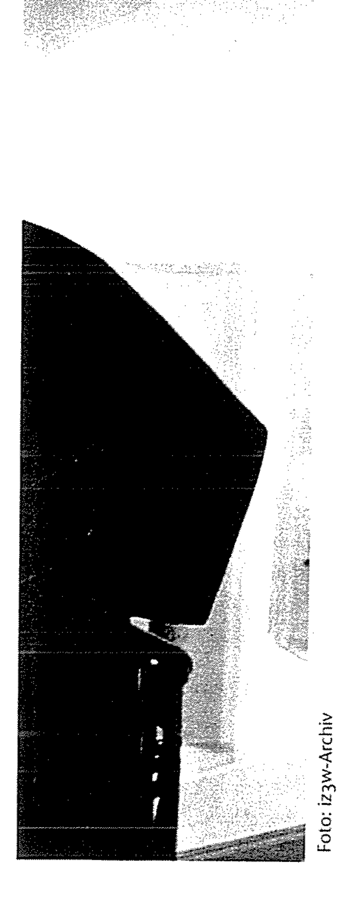
► Dies äußert sich zum einen darin, dass im Saldo die Exporte des einen Landes die Importe des anderen sein müssen. Eine gleichzeitige und erfolgreiche exportorientierte Entwicklungsstrategie von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist also systematisch ausgeschlossen. Die Industrieländer müssten zur Unterstützung dieser Entwicklungsstrategie Leistungsbilanzdefizite akzeptieren. Dies ist jedoch politisch vollkommen illusionär, denn eine solche Politik würde nicht nur die soziale Polarisierung in den Metropolen des Weltmarktes verschärfen, sie würde auch den politisch mächtigen Interessen des exportorientierten Kapitals nicht entsprechen. Das DIE erkennt nicht die im kapitalistischen Weltsystem vorherrschende Dialektik von Protektionismus und Freihandel, die sich in industrieländerfreundlichen Arrangements der globalen Handels- und Investitionsregime ausdrückt.[8]

Ein weiteres analytisches Defizit des DIE besteht in der Nichtberücksichtigung der



Der Staat als Moderator

Währungsverhältnisse des kapitalistischen Weltmarktes. Nur wenige Währungen werden von den internationalen Geldvermögensbesitzern akzeptiert. Länder mit schwächeren Währungen – und das sind in der Regel Entwicklungs- und Schwellenländer – vermögen diese Funktionen nicht zu erfüllen. Zum Teil werden die (internationalen) Geldfunktionen in einem solchen Land von einer internationalen Leitwährung übernommen. Die Rolle der nationalen Währung reduziert sich dann auf die unmittelbare Tauschmittelfunktion. So ist etwa in Russland der Wert der umlaufenden US-Dollar-Scheine höher als das in Rubel gemessene Nationaleinkommen Russlands. Auch Ecuador hat offiziell die Dollarisierung seiner Ökonomie beschlossen. Oft haben Entwicklungsländer ihre Währungen an stabilere Metropolenwährungen (Dollar, Euro und Yen) gebunden, um das Anlagerisiko für internationale Investoren zu minimieren. Eine solche Politik kann u.U. zwar inflationäre Prozesse eindämmen; sie führt aber auch zur Aufgabe der wirtschaftspolitischen Autonomie. Zum Problem wird dies dann, wenn die wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit der Entwicklungsländer außer Kraft gesetzt ist und sie zum Spielball der großen Währungen werden. Die »Peso-Krise« Mexikos (1994) und die Asienkrise (1997) haben gezeigt, dass Wechselkursturbulenzen


Foto: iz3w-Archiv

als Ergebnis von Portfolioumschichtungen internationaler Geldvermögensbesitzer wirtschaftlich starke Schwellenländer in eine dramatische Wirtschafts- und Finanzkrise führen können. Die Liberalisierung und Deregulierung des internationalen Kapitalverkehrs und die feste Bindung an eine internationale Leitwährung haben in diesen Ländern zu einem enormen Zufluss internationalen Geldkapitals geführt. Die zum großen Teil kurzfristig angelegten Gelder sind jedoch ebenso schnell wieder abgeflossen, als den internationalen Geldvermögensbesitzern die Geldanlage nicht mehr sicher genug erschien. Die Wechselkurse wurden freigegeben und der Wert der Währungen sank im freien Fall. Die Auslandsschulden der asiatischen Schwellenländer stiegen in Landeswährung gemessen um ein Vielfaches. Unternehmen gehen bankrott, Vermögenspositionen in den Unternehmensbilanzen müssen berichtigt werden und Kredite werden faul. Eine Währungskrise, die Kreditketten sprengt, wird zur allgemeinen Finanzkrise und reißt die gesamte Wirtschaft in eine Krise.

Die Faktizität global integrierter Finanzmärkte schließlich begründet einen geld- und profitgesteuerten Weltmarkt, der das Streben nach einer möglichst hohen Kapitalrendite zur ultima ratio wirtschaftlicher Entwicklung im globalen Maßstab macht. Die Beschleunigung des globalen Akkumulationsprozesses bewirkt an den lokalen Standorten die Zunahme von Konkurrenz und sozialer Polarisierung. Wie unter diesen Bedingungen die Versöhnung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Integration gelingen kann, bleibt ein Geheimnis der Autoren der Studie. Allein der goodwill von Politikern und anderen gesellschaftlichen Funktionsträgern (Organisationselite) wird zur Außerkraftsetzung der Ausschlusslogik des globalen Kapitalismus nicht ausreichen.

Globalisierung wird im DIE-Konzept als eine irreversible[7] Entwicklung interpretiert, die es – ganz im sozialdemokratischen Duktus – zu gestalten gelte. Es ist jedoch ein Grundirrtum der DIE-Autoren zu glauben, dass der Hinweis auf die besondere Bedeutung des Staates im Prozess der nachholenden Modernisierung bereits für sich genommen eine Konzeption begründet, die mit dem neoliberalen Projekt bricht.

Die integrierte Analyse von ökonomischer Entwicklung und politischer Steuerung bietet zwar ein realistischeres Bild von internationaler Wettbewerbsfähigkeit, regulationstheoretisch besteht jedoch kein Widerspruch zwischen Neoliberalismus und staatlicher Steuerung. Im Gegenteil, die ökonomische Globalisierung ist auf internationaler wie nationaler Ebene durchgesetzt worden. Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung führen zu einer Rejustierung des Politischen, die auch als Transformation des Staates diskutiert wird. Diese Prinzipien des Neoliberalismus sind von einem Bündnis sozialer Kräfte über den Staat verallgemeinert worden. Diese Akteurskonstellation – wie es die moderne Politikwissenschaft auszudrücken versucht – hat sich an die Stelle des alten fordistischen Klassenkompromisses gesetzt und dessen Prinzipien von Staatsinterventionismus, Gleichheit und Vollbeschäftigung von der politischen Agenda gestrichen. Die Verallgemeinerung neoliberaler Prinzipien bedarf des Staates als institutionellem Zentrum der Regulation, der das neue gesellschaftliche Kräfteverhältnis als bindende Entscheidungen kodifiziert. Um aber in diesem Diskurs überhaupt partizipieren zu können, muss man die Prinzipien des Neoliberalismus im Grundsatz akzeptieren. Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung als strategische Grundorientierung werden dabei nicht nur von internationalen Organisationen (WTO, IWF, Weltbank u.a.) propagiert, sie entsprechen auch den auf Export getrimmten Interessen der wirtschaftlich starken Industrieländer. Die politische Konstitution des Marktes im Zeichen der neoliberalen Globalisierung verdankt sich also einer transnationalen Interessenskonstellation von Regierungen, internationalen Institutionen und transnationalen Konzernen.

Die Aushandlungsprozesse für die institutionelle Festschreibung der neuen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eröffnen sicherlich hier und da leichte Korrekturen und anders gelagerte Nuancierungen des neoliberalen Projektes. An seiner globalen Verallgemeinerung ändern sie nichts. So ist es kaum überraschend, wenn auch das DIE mit seiner Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit im neoliberalen Diskurs verharrt. Es verpflichtet sich zu den Prinzipien Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung und möchte lediglich eine bessere Standortpolitik betreiben. Hierdurch bleibt es jedoch in den Strukturzwängen und Entwicklungssackgassen der Weltmarktkonkurrenz gefangen. Die DIE-Konzeption bietet deswegen auch keine Ansatzpunkte für eine Interessenkoalition sozialer Kräfte an, die eine andere globale Entwicklungsweise verfolgen möchten. Sie stellt vielmehr die deutsche Variante einer sozialdemokratischen Globalisierungsstrategie dar, die den alten sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag in einem sozial moderierten Neoliberalismus zu transformieren sucht.

## Anmerkungen:

1 Klaus Eßer/ Wolfgang Hillebrand/ Dirk Messner/ Jörg Meyer-Stamer: Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik, Berichte und Gutachten 11/1994, Berlin. Klaus Eßer et al. (1996): Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Köln.

2 CEPAL (1990): La Transformación productiva con equidad, Santiago de Chile. OECD (1992): Economy and Technology. The Key Relationship, Paris. Worldbank (1993): The East Asian Miracle, Washington. Weltbank (1997): Weltentwicklungsbericht 1997: Der Staat in einer sich verändernden Welt, Washington.

3 Vgl. Renate Mayntz: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Héritier, Adrienne (Hg.) (1993): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft. Opladen, S. 39-56.

4 Vgl. Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt a.M./New York.

5 Margit Köppen (1998): Strukturelle Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Ein Gegenentwurf zur Standortkonkurrenz, Marburg.

6 Dirk Messner (1995): Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, Köln.

7 Die Begriffe simultaneous engineering (Vernetzung von Produktion, Forschung und Design), lean production (systemische Rationalisierung von Produktion, Qualitätskontrolle und Logistik) und just-in-time (Vernetzung von Produktion und Zulieferbetrieben) umschreiben organisatorische und soziale Strukturveränderungen in der Wirtschaft, die weltweit zu beobachten sind.

8 Die Grundsätze der Welthandelsorganisation (WTO), das TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) und das gescheiterte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) zielen auf die radikale Öffnung der Ökonomien von Entwicklungsländern hin und begünstigen maßgeblich die Investitionsstrategien und Interessen transnationaler Konzerne.

► **Kai Mosebach** ist Politologe und arbeitet zu den sozialen Auswirkungen der Globalisierung auf Entwicklungsländer.

# Mönche als Kriegstreiber

## Bürgerkrieg in Sri Lanka schneller als der Friedensplan

*Obwohl die Regierung Sri Lankas einen Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt hat, die der tamilischen Minderheit mehr Rechte zugesteht, droht der Bürgerkrieg in dem südasiatischen Inselstaat zu eskalieren. Anfang September wurden bei Kämpfen zwischen Regierungstruppen und den »Befreiungstigern von Tamil Eelam« (LTTE) um die von der tamilischen Organisation besetzte Halbinsel Jaffna hunderte Menschen getötet. Die Fronten verlaufen allerdings nicht nur zwischen Tamilen und Singhalesen, sondern selbst innerhalb der Regierung. Noch während die Verfassungsreform zur Abstimmung vorlag, schürte die Regierung schon wieder den Bürgerkrieg und rüstete massiv auf.*

von **Walter Keller**

▸ »Was sich da abspielte, war entwürdigend«, heißt es in einem Kommentar der in Colombo erscheinenden Sunday Times. Und tatsächlich hat es wohl in Sri Lanka keine vergleichbare Parlamentssitzung seit der Unabhängigkeit des Landes 1948 gegeben. Während der Debatte wechselten im August Abgeordnete der oppositionellen ‚United National Party' (UNP) das politische Lager und fanden, unter wüsten Beschimpfungen ihrer ehemaligen Parteikollegen, Platz auf den Bänken der Regierungskoalition, wo sie von den neuen Kollegen sodann stürmisch begrüßt wurden.

Hintergrund für den deftigen Streit waren die Inhalte eines neuen Verfassungsentwurfs, den die Regierungskoalition ‚People's Alliance' (PA) zur Abstimmung eingebracht hatte, vor allem die Passagen, die der tamilischen Minderheit im Land zukünftig mehr Mitsprache und politische Unabhängigkeit vom Zentrum zugestehen sollen. »Dezentralisierung der Macht« ist das Stichwort, das auch die Bevölkerung der Inselrepublik seit langem in verschiedene Lager spaltet.

Zur Annahme der neuen Verfassung durch das Parlament hätte es einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedurft, die von der Regierungskoalition selber nicht aufgebracht werden konnte. Präsidentin Kumaratunga hatte deshalb schon vor Wochen mehr direkt als indirekt begonnen, Abgeordnete der oppositionellen ‚United National Party' (UNP) zu einem Parteiwechsel zu animieren und bei der entscheidenden Parlamentssitzung am 8. August mit ihren Stimmen die Annahme der neuen Verfassung zu garantieren. Tatsächlich wechselten einige Parlamentarier ins Regierungslager, darunter auch der ehemalige Finanzminister Ronnie de Mel, der dafür gleich mit einem Ministerposten belohnt wurde. Aber auch in die andere Richtung gab es Überläufer, etwa der Abgeordnete Jayasena Rajakaruna, der sogar noch mit S.W.R.D. Bandaranaike, dem Vater der jetztigen Präsidentin, Politik gemacht hatte. Zugeständnisse an die tamilische Minderheit sind für ihn nicht nötig. »Es existiert kein Minderheitenproblem in Sri Lanka. Wir haben vielmehr ein Problem mit Terroristen«, glaubt er und hebt damit auf die LTTE ab, die für einen unabhängigen Tamilenstaat auf der Insel kämpft.

Trotz Überläufern und politischem Taktieren war keine Mehrheit für die Regierungseingabe zu erzielen. Jetzt soll nach den Vorstellungen der amtierenden Präsidentin das neue Parlament – Wahlen werden am 10. Oktober stattfinden – erst einmal in eine verfassungsgebende Versammlung umgewandelt werden, weil dann für die Annahme der neuen Verfassung bereits die einfache Mehrheit ausreichen würde. Anschließend soll dann die Bevölkerung durch ein Plebiszit ihr Votum für das neue Grundgesetz abgeben. Doch die Chancen für die ‚People's Alliance' stehen derzeit ebenso schlecht wie die Annahme der neuen Verfassung durch einen Volksentscheid.

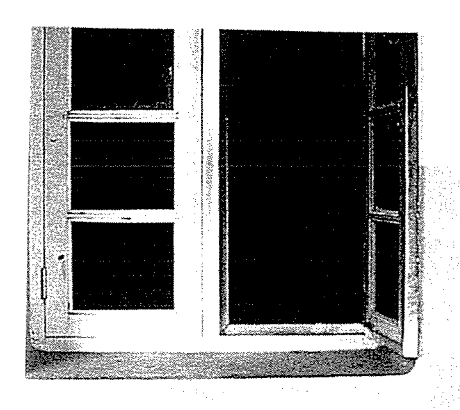
### Chauvinistische Militanz

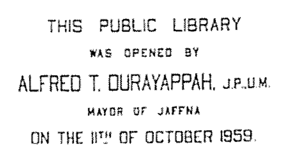
▸ Vor allem innerhalb der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung macht sich zunehmend Unmut über die Art und Weise breit, wie die Regierung versucht, die sogenannte »Nationale Frage«, sprich den Singhalesen-Tamilen-Konflikt, zu lösen. Immer mehr singhalesisch-chauvinistische Gruppierungen und Parteien, wie die vor kurzem gegründete ‚Sinhala Urumaya', laufen Sturm gegen die in der neuen Verfassung geplanten Zugeständnisse an die tamilische Minderheit. Mit teilweise gewalttätigen Straßenprotesten, Sitz- und Hungerstreiks haben sie immer wieder auf die »Gefahren« aufmerksam gemacht, die eine neue Verfassung mit den darin festgeschriebenen Rechten für Tamilen hätte. Dabei werden sie unterstützt von vielen buddhistischen Mönchen, die sich in der Geschichte des Landes schon immer als Speerspitze im Kampf gegen Zugeständnisse an Tamilen sahen. Ihr Protest basiert auf einem diffusen Mix aus singhalesisch-buddhistischem Herrschaftsdenken (»Singhalesen waren die ersten, die sich auf der Insel niederließen«) und der Angst, ein föderales Staatskonzept sei der Beginn der Teilung des Landes und ein großer Schritt hin zur Etablierung von Tamil Eelam, dem unabhängigen Tamilenstaat in den Nordost-Gebieten der Insel. Allein der Gedanke an die Teilung der Macht zwischen den im Land lebenden ethnischen Gruppen löst bei ihnen hysterische Reaktionen aus. Von der Diskriminierung der tamilischen Minderheit wollen sie nichts wissen – es seien eher die Singhalesen mit ihrem 70prozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung, denen gerade während der langen niederländischen, portugiesischen und britischen Kolonialzeit schlimmes Unheil widerfahren sei und die noch keinen adäquaten Ausgleich für die ihnen zugefügten Ungerechtigkeiten erfahren hätten.

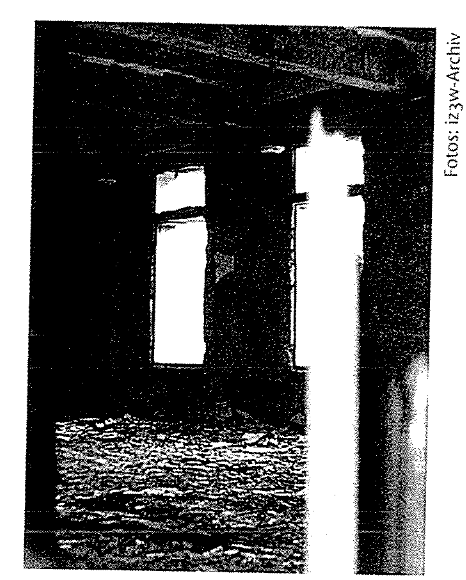
Tatsächlich wurden Tamilen – gerade von den Briten mit ihrer ‚divide et impera-Politik' – oftmals gegenüber Singhalesen bevorzugt. So hielten sie auch nach der Unabhängigkeit des Landes noch lange einen überproportionalen Anteil an Stellen im öffentlichen Dienst. Doch seit Mitte der 50er Jahre, als Bandaranaike mit seiner »Singhala Only«-Politik begann, hat sich nicht nur dieser Vorteil ins Gegenteil verkehrt. Heute beträgt der Anteil der tamilischen Bevölkerung an Stellen in der öffentlichen Verwaltung bei einem Gesamtbevölkerungsanteil von etwa 13 Prozent nur noch ganze zwei Prozent. Innerhalb des Militärs ist ihr Anteil prozentual schon nicht mehr messbar. »Natürlich gibt es auch einige progressive Mönche, die versuchen eine moderne, nach vorne gerichtete und demokratische Orientierung innerhalb des buddhistischen Klerus zu erreichen. Aber es sind die einflussreichen Mönche, die keinerlei Reformen zulassen,« schreibt das wissenschaftliche Magazin Pravada.

### Zwei »Nationen«, ein Staat?

▸ Anders als bei der LTTE, die immer wieder betont, sie kämpfe für die Loslösung der von Tamilen »traditionell besiedelten« Landesteile im Norden und Osten der Insel und für die Etablierung eines eigenen Tamilenstaates, wären gemäßigte Tamilen bereits einverstan-





Fotos: iz3w-Archiv

»Keine Zugeständnisse« – Tamilische Bibliothek nach einem Angriff

den, wenn die derzeitige Nord- mit der Ostprovinz zu einer politisch-administrativen Einheit verschmolzen würde. Für eine solche neu zu schaffende Provinz fordern sie mehr Autonomie und einen entsprechenden Grad von Selbstverwaltungskompetenzen. In den letzten zwei Jahren seien jedoch die Passagen der neuen Verfassung, die sich auf die zukünftige Form des Zusammenlebens der Völker Sri Lankas – vor allem Tamilen und Singhalesen – beziehen, aufgrund des Drucks aus der singhalesischen Bevölkerung, den chauvinistischen Organisationen und dem buddhistischen Klerus immer mehr verwässert worden, kritisiert der bekannte tamilische Journalist D.B.S. Jeyaraj. »Die Regierung hat einen Teil der ursprünglich gemachten Zusagen zurückgenommen und so dem Protest aus singhasischer Richtung entsprochen.« Zum Schluss seien dann Elemente übriggeblieben, die nicht nur von der LTTE, sondern auch von den gemäßigten tamilischen Parteien als »bei weitem nicht ausreichend« abgelehnt wurden. »Tamilen geht es vor allem um die Anerkennung der Gebiete im Norden und Osten als ‚traditionelle Heimatgebiete', wo sie eine größere Unabhängigkeit von Colombo garantiert wissen wollen. Außerdem streben sie den Status einer ‚Nation', verbunden mit dem Recht auf Selbstbestimmung an. Aber diese Forderungen werden von dem neuen Verfassungsentwurf nicht berücksichtigt.«

In der aktuellen politisch-militärischen Gemengelage werden selbst bisher gemäßigte tamilische Politiker wie der Parlamentarier Joseph Pararajasingham von der ‚Tamil United Liberation Front' (TULF) zu Verfechtern der Strategie der LTTE. »Mir erscheint der Kampf der LTTE für die Anerkennung der Rechte der Tamilen gerechtfertigt. Wenn es auf Seiten der singhalesischen Bevölkerung und der Politik nicht bald zu einem Umdenken kommt, dann müssen sich wohl alle tamilischen Parteien der Strategie der LTTE anschließen«. Um eine Situation zu vermeiden, in der die bisher zerstrittenen tamilischen Parteien und Organisationen an einem Strang ziehen und die militante Vorgehensweise der LTTE unterstützen könnten, appelliert das ‚National Peace Council' (NPC) an alle Beteiligten, die nächsten Wochen zu nutzen, um nicht das Chaos noch größer werden zu lassen und doch noch einen Konsens bei der Diskussion um die neue Verfassung zu erreichen. »Der Verfassungsentwurf wurde in einer Zeit erarbeitet, die von einem wachsenden ethnischen Konflikt, der Polarisierung der Gesellschaft, der Erosion demokratischer Werte und einer Kriegssituation in einigen Landesteilen geprägt ist«, heißt es in einer Presseerklärung Mitte August. Es müsse alles getan werden, um die extrem angespannte Lage nicht entgleisen zu lassen. Dazu gehöre auch die Zurückhaltung aller politischer Parteien im jetzt beginnenden Parlamentswahlkampf mit Äußerungen bezüglich der »Nationalen Frage«.

**Der Gedanke an die Teilung der Macht löst hysterische Reaktionen aus.**

Ob es noch vor den anstehenden Parlamentswahlen zu einer entscheidenden Schlacht zwischen Regierungstruppen und den ‚Tamil Tigers' auf der Jaffna-Halbinsel kommen wird, ist derzeit nicht absehbar. In den letzten Wochen hat es heftige militärische Auseinandersetzungen gegeben, nachdem die Monate zuvor von einer Art Pattsituation gekennzeichnet waren. Die Regierung hat nach den blamablen Niederlagen der letzten Monate und dem Verlust weiter Gebiete an die LTTE im Vanni, am Elephant Pass und auf der Jaffna-Halbinsel aufgerüstet. So wurden neue Waffensysteme für die Armee angeschafft, die Luftwaffe wurde mit israelischen Kfir- und russischen MIG-27-Kampfbombern verstärkt. Das Parlament genehmigte mit seiner ‚People's Alliance'-Mehrheit zwei Nachtragshaushalte zur Finanzierung der Käufe. Stand der alte Etat bereits bei 41 Milliarden Rupien, so wurde er im April und August um weitere 26 bzw. 28 Milliarden aufgestockt. Damit werden von der Regierung im laufenden Haushaltsjahr umgerechnet gut zweieinhalb Milliarden Mark für die Verteidigung ausgegeben. Die meisten Waffen kommen aus Israel, mit dem Sri Lanka seit kurzem wieder diplomatische Beziehungen unterhält, aber auch Tschechien, die Ukraine und Südafrika liefern an den Inselstaat. Seit neuestem ist auch Indien bereit, militärische Ausrüstung zu liefern: Für die srilankische Marine soll ein Patrouillenschiff bereitgestellt werden, damit die Küstengewässer effizienter überwacht und Waffenlieferungen der LTTE über den Seeweg aufgespürt werden können. Ob dieser »deal« jedoch das indische Parlament passieren wird, ist fraglich. Zu groß könnte die Opposition vor allem aus dem Süden Indiens gegen solche Geschäfte mit dem Nachbarn sein. Hier hat sich gerade in den letzten Monaten wieder mehr Sympathie für die Belange der tamilischen »Brüder und Schwestern« in Sri Lanka breitgemacht. Einige kleinere tamilisch-nationalistische Parteien wie die ‚Marumalarchi Dravida Munnetra Kazagam' (MDMK) oder die ‚Pattli Makkal Katchi' (PMK) fordern sogar offen die Unterstützung der LTTE – die in Indien immerhin als terroristische Vereinigung verboten ist – zur Etablierung eines Tamilenstaates auf der Insel. PMK-Führer S. Ramadoss sieht darin die einzige Lösung des Problems: »Tamilen und Singhalesen können nicht mehr länger zusammenleben«.

► **Walter Keller** ist freier Journalist, Gutachter in Asylverfahren, Mitarbeiter der Deutschen Stiftung für Intern. Entwicklung und war bis vor kurzem Geschäftsführer des Südasienbüros.

# Die Zivilgesellschaft spielt Golf

## Der ASEM-Gipfel in Seoul

von **Patrick Ziegenhain**

**Vom 19. bis 20. Oktober findet in Seoul der dritte ASEM-Gipfel europäischer und asiatischer Staats- und Regierungschefs statt. Sie peilen die Schaffung einer europäisch-asiatischen Freihandelszone bis zum Jahr 2025 (!) an. Mitreden wollen dabei auch die NGOs.**

▶ Das Asia-Europe-Meeting ist eine europäisch-asiatische Zusammenarbeit, zu der auf europäischer Seite die 15 Mitgliedstaaten der EU und die Europäische Kommission, auf asiatischer Seite die Mitgliedstaaten von ASEAN (Association of South East Asian Nations) sowie Japan, die VR China und die Republik Korea zählen. Konzipiert ist das Asia-Europe-Meeting als ein »informeller, kreativer und dynamischer Prozess«. Herausragende Foren sind die alle zwei Jahre veranstalteten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, die bisher im März 1996 in Bangkok und im April 1998 in London tagten. Daneben finden regelmäßige Runden der Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister und Beratungen auf der Ebene hoher Beamter statt. Vereinbart wurden außerdem Verhandlungen über Handelserleichterungen und die Ausarbeitung eines Investitionsförderplans sowie weitere Maßnahmen der technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

Das europäische Interesse an Entwicklungen in Asien ist vor allem ökonomisch begründet. Eine Vielzahl asiatischer Volkswirtschaften hatte in den 80ern und zu Beginn der 90er Jahre enorm hohe Wirtschaftswachstumsraten erzielt und zahlreiche Ökonomen bezeichneten das 21. Jahrhundert bereits als »das Jahrhundert Asiens«. So prognostizierte Heinrich von Pierer, Siemens-Manager und Präsident des Asien-Pazifik-Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages, noch 1995: »Der Aufschwung Asiens ist unaufhaltbar.« Der Optimismus gründete auf dem asiatischen Entwicklungsmodell mit seinem liberalen Wirtschaftssystem und der Orientierung an den westlich-kapitalistischen Märkten bei gleichzeitig autoritärer politischer Grundhaltung. Die darin vermutete Dynamik und Flexibilität schien langanhaltendes Wachstum zu versprechen.

In Europa stagnierten damals dagegen die Wachstumsraten, die Arbeitslosigkeit stieg. Als Nordamerika die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Wachstumsstaaten Südostasiens verstärkte und US-Präsident Clinton 1994 die Staats- und Regierungschefs der Pazifikanrainer zum ersten Gipfel der 1989 gegründeten Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) nach Seattle lud, wähnte Europa sich auf dem globalen Markt ins Abseits gestellt und musste reagieren.

So beauftragte die Bundesregierung 1993 das Auswärtige Amt, ein sogenanntes Asienkonzept zu erstellen. Dabei handelte es sich mehr um ein Außenwirtschaftskonzept, in dem deutsche Interessen in Asien sinngemäß als »Eroberung von Wirtschaftsräumen« bezeichnet wurden. Europäisches Motiv für die Einrichtung einer kontinuierlichen europäisch-asiatischen Zusammenarbeit im Rahmen des neu geschaffenen ASEM-Prozesses war also in erster Linie die Furcht, in den asiatischen Boomregionen zu kurz zu kommen. Themen wie Menschenrechte und Demokratisierung spielten auf der Tagesordnung des ersten ASEM-Gipfels 1996 keine Rolle. Die asiatischen Staaten zeigten großes Interesse an engeren Wirtschaftsbeziehungen, europäischen Direktinvestitionen und europäischer Technik. Zwei Jahre später beim Londoner Gipfel fanden sich viele asiatische Staaten infolge von Wirtschaftskrisen nicht mehr in einer Position der Stärke, sondern in der Rolle von Bittstellern wieder.

**Das Auswärtige Amt plant in Asien die »Eroberung von Wirtschaftsräumen«**

Bei dem im Oktober in Seoul stattfindenden 3. ASEM-Gipfel der Staats- und Regierungschefs sollen die Vorschläge der zuvor eingesetzten »Vision Group«, u.a. die Schaffung einer ASEM-Freihandelszone bis zum Jahr 2025 sowie die verstärkte Zusammenarbeit im Energie-, Umwelt und Bildungsbereich, diskutiert werden. Dennoch: Die wichtigen Entscheidungen werden woanders getroffen. Die Bedingungen etwa für Chinas Weltmarktöffnung und den Beitritt der Volksrepublik in die Welthandelsorganisation WTO wurden bilateral zunächst mit den USA und dann mit der Europäischen Union ausgehandelt. Während der Südostasienkrise hatten die ASEM-Staaten zwar einen Trustfonds in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, doch das Krisenmangement übernahm der Internationale Währungsfonds. Die IWF-Programme zwangen dann zahlreiche asiatische Staaten, innerstaatliche Märkte und Monopole zu öffnen.

Parallel zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs wird auch in Seoul eine Konferenz europäischer und asiatischer Nichtregierungsorganisationen, das ASEM 2000 Peoples´ Forum, stattfinden. In der »Peoples´ Vision«-Erklärung von 1998 forderten sie mehr Demokratie, nachhaltige Entwicklung, ArbeiterInnen- und Frauenrechte, eine Stärkung der Zivilgesellschaft, friedliche Konfliktprävention, Umweltschutz und eine Eindämmung des Waffenhandels. Eine der Hauptforderungen der KonferenzteilnehmerInnen von Seoul ist die permanente Einrichtung eines Sozialforums innerhalb des ASEM-Prozesses sowie die Einbeziehung von NGOs in die Verhandlungen. Zwar waren bislang am ASEM-Prozess schon einige Nichtregierungsorganisationen beteiligt – allerdings fast ausschließlich Wirtschaftsverbände und -interessenvertretungen. Ansonsten ist für nichtstaatliche Organisationen und Personen im offiziellen ASEM-Prozess kein Platz. Es sein denn, man versteht ein 1998 von ASEM in Singapur veranstaltetes Golfturnier europäischer und asiatischer Jung-Manager als People-to-People-Contact.

---

▶ **Patrick Ziegenhain** ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Südostasien Informationsstelle in Essen.

### ASEM im Internet:

- ▶ Zum ASEM-Gipfel: **www.asem3.org/english/index.htm**
- ▶ Zum ASEM Peoples' Forum: **www.asem2000people.org**
- ▶ Zu europäisch-asiatischen Beziehungen: **www.asienhaus.de/navigat/dialog**

# Katastrophal neutral

Als »Umkehr zum Schlimmen« bezeichnet das Wörterbuch die Katastrophe – in eine Szenerie, in der alles in seiner Ordnung zu sein scheint, bricht aus heiterem Himmel das Verderben herein. Wir kennen das aus der Dramaturgie von Katastrophenfilmen: Unschuldige Familien in amerikanischen Vorstädten wirbeln in Stürmen durcheinander; die harmonische Klassentrennung im Europa um die Jahrhundertwende geht mit der Titanic unter usw. usf.

Mit dem richtigen Leben haben diese Inszenierungen immerhin so viel zu tun, als dass in ihnen reale Sehnsüchte zum Ausdruck kommen – so wie die nach Abenteuer und Heldentum oder die Utopie menschlicher Gleichheit. Unabhängig von gesellschaftlichem Rang und Status sind in abstürzenden Flugzeugen und Fahrstühlen zutiefst humane Tugenden gefragt, mit denen auch der arme Schlucker zum Helden werden kann.

**Für die Armen findet die Katastrophe täglich statt**

Tatsächlich trifft die Katastrophe jedoch nur bei Unfällen (Concorde und Eschede oder Tschernobyl und Bhopal) die Menschen gleichermaßen. Unter Naturkatastrophen leiden sie dagegen höchst ungleich: Während ein Hurricane in den USA vor allem Sachschaden anrichtet, sterben bei gleicher Windstärke in Mittelamerika Tausende. Millionen Menschen werden bei Überschwemmungen in Bangladesh obdachlos, während die Oderflut lediglich einige Wenige existenziell bedrohte. In Notlagen, die nicht auf Naturkatastrophen zurückgehen, sondern von Menschen direkt selbst erzeugt sind (Hungersnöte, Vertreibungen und Kriege), fällt diese Ungleichheit noch weit extremer aus.

Katastrophal ist die Katastrophe nur für die Armen. Für diese findet sie jedoch tagtäglich statt. Davon will die punktuelle mediale Aufmerksamkeit aber nichts wissen. Sie täuscht darüber hinweg, dass die Lebensbedingungen der meisten Betroffenen vor und nach der Katastrophe unerträglich sind. Armut und Marginalisierung sind die Ursachen, die aus Erdbeben oder Dürre im Süden tausendfach Elend und Tod entstehen lassen. Nicht nur Kriegsnot ist menschengemacht. Davon lenkt das Spektakel der Medien ab, die nach der ersten Erregung den Blick auf die Helfer und Helferinnen richten.

Das bringt uns zurück zum Film: Hier braucht die Katastrophe die Erlösung. Das Gute muss obsiegen. In der Wirklichkeit spielen die Organisationen der Not- und Katastrophenhilfe die Helfer- bzw. Heldenrolle. Aber wie der Film funktionieren sie nach Marktgesetzen. Sie konkurrieren mit Konsumangeboten und um Staats- und Spendengelder. So beschäftigen sie PR-Profis, um sich dem Geschmack ihres Klientels entsprechend zu präsentieren.

Dieser Charakter der Nothilfeorganisationen als Unternehmen stellt aber ihr Leitmotiv infrage – die Neutralität, die Parteinahme allein für die Opfer: Zum einen präsentieren sie sich dort am liebsten, wo ihnen Medienaufmerksamkeit gewiss ist und spendenträchtige Bilder anfallen. Heute hier, morgen dort spielt ihr Geschäftsinteresse in die Auswahl der Empfänger von Hilfsleistungen hinein. Zum anderen sind viele Organisationen mehr oder weniger abhängig von staatlichen Geldern. Und diese Zuwendungen folgen vor allem außen-, wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Vorgaben. Besonders deutlich ist das im Kosovo-Krieg geworden, in dem NGOs eine tragende Rolle in der NATO- und EU-Flüchtlingspolitik erhielten.

Es stellt sich überhaupt die Frage nach dem Gehalt des Neutralitätsgebots. Schließlich ist jeder »humanitäre Einsatz« eine Intervention – auch ohne das Zutun von Militär und Staat. Das gilt vor allem für Hilfeleistungen in Kriegsgebiete, wie Irak, Ruanda, Somalia oder eben Kosovo, denn Kriege werden immer weniger zwischen Staaten, doch immer häufiger zwischen einzelnen Fraktionen zerfallender Staaten um die durch verschärfte Weltmarktkonkurrenz zunehmend knapper werdenden Ressourcen geführt. Hier wird jede Hilfeleistung als Parteinahme ausgelegt. Es gilt aber auch für vermeintlich »unpolitische« Notsituationen, wie in Nicaragua nach dem Orkan Mitch: Indem sie Hilfsleistungen gegen den Willen der nicaraguanischen Regierung am Staat vorbei und direkt an die Opfer leiteten, nahmen sich hier auch die Hilfsorganisationen das Recht zum Eingriff in staatliche Souveränität.

Nicht immer stellt sich das Problem so offensichtlich. Oft sind Lieferungen von Decken, Lebensmitteln und Arznei schlicht Lieferungen von Decken, Lebensmitteln und Arznei. Immer jedoch reproduziert die Nothilfe das Bild von Gebern und Nehmern. Wie der Katastrophenfilm erweckt sie edle Gefühle, indem sie die leidenden Opfer dem entschlossenen Zupacken der Wohltäter gegenüber stellt. Und immer ist die Nothilfe Sozialarbeit – ein Reparaturbetrieb, der mit den ungleichen Verhältnissen die Ursachen unangetastet lässt, stattdessen deren Folgen annehmbarer gestaltet und als Unfälle erscheinen lässt.

Die Konsequenz, die Nothilfe deshalb abzuschaffen, erscheint absurd. Zumindest muss sie sich aber der politischen Implikationen ihres Handelns bewusst werden und ihre formelle Neutralität als Schimäre anerkennen. Dabei können die Hilfsorganisationen sich nicht einfach dem Trend zur Intervention anschließen, sondern müssen sich im Einzelfall entscheiden: Ließ sich ihre Intervention in Nicaragua aus emanzipatorischer Sicht rechtfertigen, bedeutete sie im Kosovo die Unterstützung eines Angriffskrieges. Es kann hier keine eindeutigen allgemeingültigen Kriterien geben, wo, wie, für und gegen wen interveniert wird. Auf jeden Fall gehören aber zur Einmischung in die Gemengelage die Betroffenen dazu – nicht als Opfer, sondern als Handelnde.

*die redaktion*



Foto: iz3w-Archiv

# Das Böse ist immer und überall

## Über die Neutralität der Nothilfe

von **Jochen Müller**

▶ Das Prinzip der Neutralität ist so etwas wie die heilige Kuh der Not- und Katastrophenhilfe. Partei ergreifen sollen die staatlichen wie zivilen Nothilfeorganisationen nur für die Opfer von Krieg, Hungersnöten, Erdbeben oder Wirbelstürmen. Allein dieser Grundsatz, so das allgemeine Credo, verleihe den Hilfsorganisationen ihre Glaubwürdigkeit. Das gelte für die vornehmlich aus öffentlichen Geldern finanzierte Welthungerhilfe genauso wie etwa für medico international, die sich vor allem aus privaten Spenden finanziert.

Im Kalten Krieg gaben sich die Hilfsorganisationen »unparteiisch« und konnten sich zwischen den Großmächten als neutrale Helfer profilieren. Die im kollektiven Gedächtnis verankerte Geschichte ihrer Einsätze begann wohl mit dem Biafra-Krieg (Nigeria 1967-70). Seitdem gehört das Personal der Hilfsorganisationen, die »Helfer und Helferinnen«, zum Erscheinungsbild jeder Katastrophe. Erst in den 90er Jahren rückte aber die Nothilfe ins Zentrum politischer Aufmerksamkeit. Zum einen zählten ihre Organisationen zusammen mit vielen anderen multinationalen, vermeintlich neutralen Institutionen jetzt zu den Hoffnungsträgern der »Neuen Weltordnung«, die auf der wachsenden Bereitschaft zu staatlicher wie ziviler Intervention basierte. Zum anderen hat sich seitdem die Zahl bewaffnet ausgetragener Konflikte erhöht, deren Folgen die Nothilfeorganisationen bis heute weit mehr beschäftigt als die Auswirkungen von Naturkatastrophen.[1] Militärisch dienten Interventionen den hegemonialen Mächten zur Durchsetzung ihrer Weltordnungspolitik. Humanitäre Organisationen zielten hingegen auf die Linderung von weltweit zunehmender Not. Bald sollte sich zeigen, dass militärische und humanitäre Intervention nicht allzu weit auseinander liegen.

Bis Mitte der 90er Jahre erhöhte sich die Bedeutung, die der Nothilfe als ziviler Interventionskraft zugemessen wurde: Stellten die OECD-Staaten in den 80er Jahren jährlich ca. 600 Millionen Dollar für Soforthilfemaßnahmen ab, stieg diese Summe bis 1994 auf 3,5 Milliarden. Eine Vielzahl neuer und auf Teilbereiche wie Konfliktbearbeitung oder Minensuche spezialisierter NGOs entstand. Bis zum Kosovo-Krieg war dieser Trend dann wieder rückläufig[2] – u.a. wegen fehlgeschlagener militärischer Interventionen wie in Somalia.

**Die Nothilfe wurde zum Bestandteil von Weltordnungspolitik**

In Somalia und anderen seit den 90er Jahren zunehmenden innerstaatlichen bewaffneten Konflikten zeigte sich, dass auch Nothilfe-Organisationen keine neutrale Partei sind. In Bürgerkriegen werden sie zu wichtigen Akteuren. Sie werden zu Geiseln, ihre Ressourcen zu Kriegszielen, ihre Intervention wird von den kriegführenden Parteien an Bedingungen geknüpft. Die Nothilfe selbst gehört dabei zur Ökomomie des Krieges und zu den Mitteln der Reproduktion, die den Warlords die Fortsetzung des Krieges geradezu nahe legen.[3]

In den Flüchtlingslagern in und um Ruanda unterstützten 1994/95 mehr als 200 NGOs ohne militärischen Beistand nicht nur die Opfer des Genozid, sondern auch Angehörige der Hutu-Milizen. Als das Morden weiter ging, keine militärische Intervention erfolgte und die internationale Medienaufmerksamkeit nachließ, verließen bis zum Sommer 1995 die meisten NGOs die Region der Großen Seen. Zu den ersten NGOs, die Ruanda verließen, zählte Médecins sans frontières (MSF). Für diese 1971 gegründete Hilfsorganisation gilt das Neutralitätsgebot nicht absolut. Sie will humanitäre Hilfe nur gewähren, wenn sie in der betroffenen Region der Durchsetzung der Menschenrechte dient. In Ruanda, so Rony Braumann, Mitbegründer und bis April 1994 Präsident von MSF, hätten viele humanitäre HelferInnen begriffen, »dass die Forderung nach Neutralität ihres Tuns – also nicht zwischen 'guten'und 'schlechten' Opfern zu unterscheiden – untauglich ist«. Sie ignoriere die Ursachen des Leidens. Braumann forderte eine internationale militärische Intervention in Ruanda unter anderem mit der Begründung, dass Tatenlosigkeit und Duldung auch Auschwitz ermöglicht hätten. »Das Spektakel der Hilfe ist mittlerweile an die Stelle der Politik getreten, die punktuelle Linderung des Leidens ersetzt in unserer Fernsehgesellschaft den Kampf gegen das Böse« .[4]

Bereits im Irak 1991 und in Somalia 1992 war die Zusammenarbeit zwischen Militär und Hilfsorganisationen enger geworden,

letztere mussten sich den Interessen der im Namen der UN kriegführenden Staaten unterordnen. Nach Ruanda machten sich viele der dem Morden hilflos gegenüber stehenden NGOs endgültig das Credo der UN zu eigen, demzufolge diese sich im Namen von Menschenrechten über staatliche Souveränität hinweg setzen kann. Bernard Kouchner (MSF): »Die Epoche der strikten staatlichen Souveränität ist vorbei und eine neue Ära der Intervention hat begonnen.« Auf einem Gipfel der größten Nothilfeorganisationen in Madrid 1995 hielten diese wohl noch an den Prinzipien von »Überparteilichkeit und politischer Neutralität« fest, forderten aber gleichzeitig, »humanitäre Hilfe nicht als Ersatz für politisches Handeln zu benutzen« – eine Positionierung, hinter der sich die meisten Hilfsorganisationen noch zusammen finden konnten.

## Politisierung der Krisenmanager

▶ Mit dem Krieg gegen Jugoslawien fand dann diese Interventionsgeschichte ihren vorläufigen Abschluss. Es zeigte sich aber, dass Menschenrechte nicht objektiv bestimmbar sind und schon gar nicht die verschiedenen Möglichkeiten der Reaktion darauf. Die NATO setzte sich selbst an die Stelle der UN, die militärische Intervention wurde im Namen der humanitären ausgeführt und mit Auschwitz und der Verletzung von Menschenrechten legitimiert. Die Bundeswehr führte Krieg im Kosovo und präsentierte sich gleichzeitig als Nothilfeorganisation für Flüchtlinge. Kriterien für einen Einsatz gegen »das Böse«, der nun an die Stelle des neutralen Selbstverständnisses der Nothilfe hätte treten können, gibt es dabei nicht. Den Ausschlag geben vielmehr die Interessen der westlichen Führungsmächte in UN und NATO. Stellte sich den Hilfsorganisationen vor ein paar Jahren also noch die Frage, ob sie zu Anhängseln militärischer UN-Intervention werden wollen *(iz3w 244)*, müssen sie sich jetzt entscheiden, ob sie zur Rechtfertigung der sich humanitär gebenden NATO-Weltpolitik beitragen wollen.

Darüber scheiden sich die Geister. In Deutschland findet die Diskussion vor allem im 'Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe' (KHH)[5] statt. Diesem lag Mitte September ein Entwurf des Auswärtigen Amts zu »Leitlinien zum Verhältnis der humanitären Hilfsorganisationen und der Bundeswehr in Konflikten und Naturkatastrophen« vor. Er sieht die engere Anbindung der Arbeit von Nothilfe-NGOs an staatliche Ziele und Militäreinsätze vor. Der Kosovo-Krieg und die von großem Propagandaaufwand begleiteten Bundeswehr-Einsätze in Mosambik dürften hier Pate gestanden haben.[6]

Nun haben einige der Nothilfe-NGOs (u.a. ASB, Johanniter) nichts gegen eine intensivere Zusammenarbeit mit Staat und Bundeswehr einzuwenden (s. Kasten). Andere distanzieren sich hingegen. In einem Papier der entwicklungspolitischen Dachorganisation VENRO kritisieren sie die staatlichen Vereinnahmungsbestrebungen, bleiben dabei aber »unpolitisch« und verweisen lediglich auf die gegenüber dem Militär effizientere Nothilfearbeit der NGOs. Einige wie Caritas International und das Diakonische Werk distanzieren sich klarer von der Instrumentalisierung von NGOs in politisch-militärischen Konflikten und nehmen keine der in großem Umfang zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel für Projekte im Kosovo an. Wenn schon, dann wollen sie die Kooperation auf Interventionen mit UN-Mandat beschränkt sehen. Auch diese Position bleibt formell. Denn die UN sind ebenso wenig wie die NATO eine unparteiische und allein an Not oder Menschenrechten orientierte Ordnungsmacht.

Vielmehr müssten die Hilfsorganisationen auf ihrer völligen Unabhängigkeit bestehen, das Ideal von der Neutralität aufgeben und sich im jeweiligen Fall selbst politisch entscheiden, ob, wie und auf wessen Seite sie eingreifen wollen und können. Und dabei müssen sie viel mehr als sie es teilweise schon tun auf die soziale Natur der Ursachen und Folgen von Katastrophen hinweisen. Gerade ihr Image als »neutrale Helfer« und Krisenmanager in der Not trägt in den Industriestaaten zu der Wahrnehmung bei, dass man mit den Katastrophen eigentlich nichts zu tun habe. Vermeintlich »selbstlose« Nothilfeleistungen bestärken weiter das Gefühl von »Wir sind die Guten«, obwohl Krieg, Not und Flucht nicht zuletzt durch die von den Industriestaaten verfolgte Weltordnungspolitik ausgelöst werden.[7] Diese Folgen eigenen Handelns hier und da zu mildern und sie nicht näher an die »Geber« heran treten zu lassen – dazu dient nicht zuletzt die Nothilfe. Das zumindest sollte ihren Institutionen auch bewusst sein.

### Anmerkungen:

1 Caritas International gab 1999 von insgesamt 122 Millionen DM knapp 89 Mio. für die Not- und Katastrophenhilfe aus. Regional gingen davon 31 Mio. nach Europa – zum allergrößten Teil nach Ex-Jugoslawien. Nach Notursachen geordnet entfielen von den insgesamt 89 Mio. lediglich 26 Mio. auf die Hilfe nach Naturkatastrophen (Dürre, Erdbeben, Sturm und Flut, Epidemien), während 63 Mio. auf die Folgen von Krieg und Flucht (50), sozialen Konflikten (9) und ökonomischen Krisen (4) verwandt wurden.

2 1997 belief sich die Summe weltweit auf ca. 2,3 Mrd. Dollar, was für die Industriestaaten im Schnitt 5-10% ihrer Ausgaben für die Entwicklungspolitik entsprach; UN-Organisationen gaben 1998 1,2 Mrd. für die humanitäre Hilfe aus, was 5-8% des UN-Haushalts ausmacht (vgl. Reinhard in: iz3w Nr. 224; und der überblick 1/99).

3 vgl. Jean/Rufin, Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg 1999

4 Rony Braumann, Hilfe als Spektakel, Das Beispiel Ruanda, Hamburg 1995, S.25ff.

5 Dem Koordinierungsausschuss (s. auch nachfolgender Artikel) gehören u.a. an: Auswärtiges Amt, BMZ, BMI, BMV und GTZ auf staatlicher Seite sowie der Arbeiter Samariter Bund, Ärzte ohne Grenzen, CARE Deutschland, Caritas International (kath.), Diakonisches Werk (ev.), DRK, Deutsche Welthungerhilfe, Malteser Auslandsdienst, THW, VENRO, Worldvision, medico international.

6 Die SPD wärmte nach dem Kosovo ihre Vorstellung eines militärisch-zivilen Nothilfeverbandes auf. Bereits seit Jahren versuchen UN, ECHO und das IRK die Kooperation zwischen humanitären Akteuren und NATO-Militärs (Direktorat für Zivile Notstandsplanung) zu konzipieren. Das strebt auch das US-Nothilfenetzwerk Interaction an.

7 Vor dem Hintergrund dieses Ursache-Wirkungsverhältnisses wäre es das Mindeste, die Milliarden weniger zur Projektfinanzierung hiesiger Institutionen, sondern – wo es möglich ist – für Aufbau und Ausstattung von Nothilfestrukturen vor Ort zu verwenden. Wie anders sähen alleine Fernsehbilder aus, wenn sich etwa schwarze HelferInnen über schwarze (und weiße) Notleidende beugten. (Allerdings verlören die Bilder dann einen Großteil ihres Thrills.)

---

▶ **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

*Who is Who*

*Es sind die Regierungen der USA und der EU, die das humanitäre Hilfssystem dominieren. Die weltweit größten Agenturen der öffentlichen Katastrophenhilfe sind das Humanitäre Büro der EU (ECHO) und UN-Organisationen. Etwa die Hälfte der Mittel von ECHO und US-AID wird mittlerweile über NGOs abgewickelt, von denen das Internationale Rote Kreuz die weitaus größte ist. Über Budgets von mehreren hundert Mio. Dollar verfügen u.a. weiterhin World Vision, Catholic Relief Service, Save the Children, Oxfam und MSF. Teils stammen ihre Mittel zu weit über 50% aus öffentlichen Geldern (UN, EU, Regierungen). In Deutschland sind Deutsche Welthungerhilfe, Caritas International, Rotes Kreuz Auslandshilfe und die Diakonie Katastrophenhilfe die größten Nothelfer. Während sich die Welthungerhilfe zu beinahe 90% aus öffentlichen Geldern finanziert, waren es bei Caritas 1999 nur ca. 25% – 64% entstammten Spenden. Vor dem Hintergrund der Abhängigkeit vieler NGOs von staatlichen Mitteln (zuletzt v.a. für Kosovo-Projekte), erklärt sich wohl auch die Zustimmung einiger deutscher NGOs zu den Versuchen der Regierung, sie enger in staatliche Politik einzubinden: Ohne die Mittel könnten sie ihre Existenz verlieren, mit ihnen höchstens ihre Unabhängigkeit.*

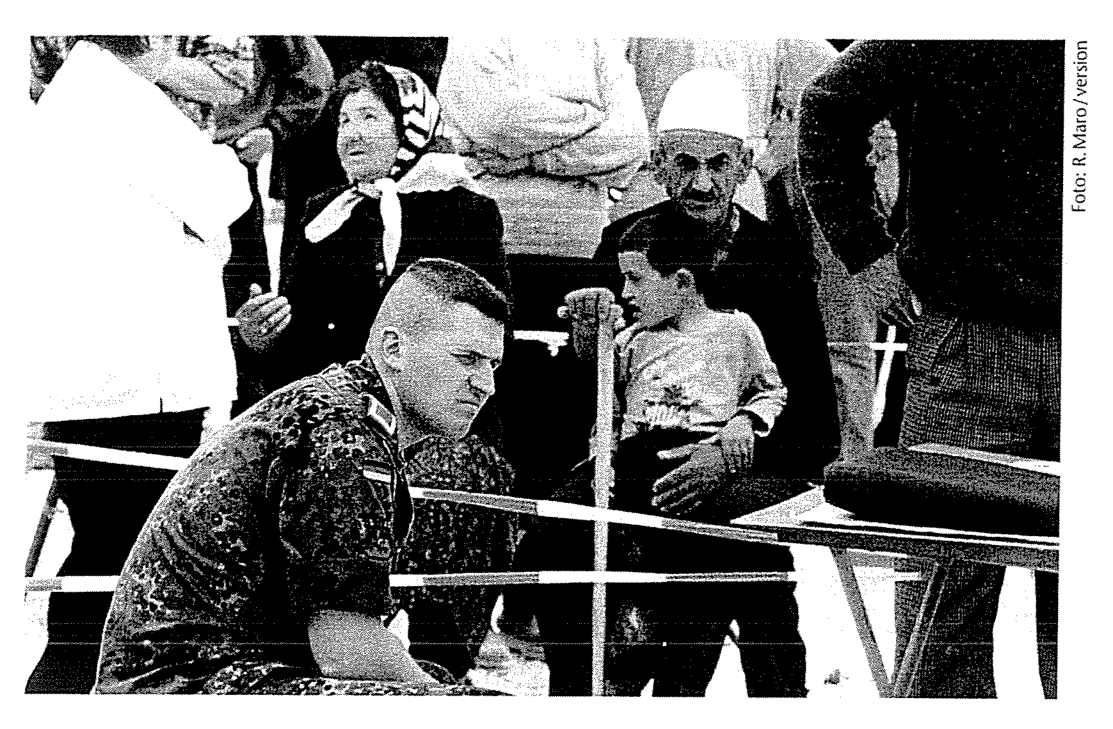


Foto: R. Maro / version

# Provide Comfort

## Hilfsorganisationen im Geflecht staatlicher Interessen

**Im Kosovo hat sich bestätigt, was sich nach dem Irak-Krieg andeutete – Hilfsorganisationen werden in staatliche »humanitäre Interventionen« integriert. Damit verlieren sie nicht nur ihren Nimbus der Neutralität. Vor allem erfüllen NGOs einen der Hauptzwecke von Interventionen: Im Zusammenspiel mit dem militärischen Einsatz helfen sie bei der Abwehr von Flüchtlingsströmen in Not- und Katastrophenfällen.**

von **Thomas Seibert**



▶ Mit Beginn des als »humanitäre Intervention« deklarierten NATO-Kriegs kam es im Kosovo zu Massenvertreibungen: Serbische Milizen, Guerillaoperationen der UCK und die Angriffe der NATO-Luftwaffe zwangen 680.000 Menschen zur Flucht in die Nachbarstaaten.[1] Die serbische Polizei trieb die Flüchtlingstrecks ins Grenzgebiet oder brachte sie per Bus und Bahn direkt zu den Grenzübergängen. In enger Kooperation mit internationalen Hilfs- und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) errichtete die NATO dann auf mazedonischem und albanischem Gebiet ein ausgedehntes System von Auffanglagern. In ihnen waren den Flüchtlingen Kontakte zur Außenwelt so gut wie unmöglich, BesucherInnen gelangten erst nach strengen Einlasskontrollen und langen Wartezeiten in die von hohen Drahtzäunen umschlossenen und von bewaffneten Polizeipatrouillen mit scharfen Hunden bewachten Lager.[2]

Damit übten die NGOs quasi-staatliche Funktionen in der Festsetzung und Kontrolle der Internierten aus: Sie überwachten den »Grenzverkehr«, sammelten und erfassten die erschöpften, desorientierten und z.T. traumatisierten Menschen und organisierten deren Verteilung in die bis weit ins Landesinnere Mazedoniens und Albaniens gestaffelten Zeltstädte. In den Lagern sicherten die NGOs die Unterbringung, Ernährung und medizinische Versorgung der Vertriebenen.[3]

Natürlich war es unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt und erforderlich, den Opfern Unterkunft und Hilfsgüter bereitzustellen. Entgegen der eigenen Verpflichtung auf »humanitäre Neutralität« wurden die NGOs aber politisch und materiell zur Kriegspartei. Politisch, weil sich die allabendlich live gesendeten Bilder des Lagerelends und der engen Kooperation von NATO- und NGO-Personal bestens in die militärhumanistische Propaganda der »internationalen Staaten- und Wertegemeinschaft« einfügte. Materiell, weil ohne die Hilfsdienste der NGOs der Fortgang der Kampfhandlungen unmöglich geworden wäre, mehr noch: weil die Lager selbst zum Einsatz im Kampf der Kriegsparteien wurden.

Manche NGOs haben den Status der Kriegspartei sogar willentlich und offensiv akzeptiert. Dabei ging der Chef des Notärztekomitees Cap Anamur, Rupert Neudeck, so weit, die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa – und d.h. die reale Alternative zur Lagerinternierung – kategorisch abzulehnen, weil »mit dem Ausfliegen« ein Signal gesetzt würde, »dass man den Kosovo nicht zurückhaben« wolle. Deswegen solle nicht »die Erwartung geweckt (werden), es könnten am Ende Hunderttausende nach Mitteleuropa kommen« (a.a.O., S. 116). Inniger kann die Zusammenarbeit zwischen politischem Staat und »ziviler Gesellschaft« gar nicht ausfallen: Das im hilfserprobten Humanitarier personifizierte Weltgewissen legitimiert in einem Atemzug den Angriffskrieg der »Staatengemeinschaft« sowie das menschenverachtende Flüchtlingsregime im eigenen Land und die ethnizistisch-rassistische Ideologie, die beide, den Krieg und das Flüchtlingsregime, miteinander vermittelt.

Unmittelbar nach Kriegsende kehrte der Großteil der Flüchtlinge ins Kosovo zurück, wo Anfang Juni '99 64% der Häuser schwer und weitere 20% leicht beschädigt, 40% der Wasserversorgung durch Viehkadaver und Leichen kontaminiert und 80% der Korn-

produktion vernichtet waren. Unter diesen Bedingungen richtete die NATO ein Protektorat ein, dessen Verwaltung offiziell der United Nations Mission in Kosovo (UNMIK) übertragen wurde. Deren Statthalter – an ihrer Spitze Bernard Kouchner, Gründer und langjähriger Präsident der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen – teilten sich die Macht von Anfang an mit der »Kosovo-Befreiungsarmee« UCK.[4]

Auch den NGOs fällt im Protektoratsgebiet eine zentrale Rolle zu. Als in den NATO-Staaten nach dem Krieg große Teile der Mittel aus den entwicklungspolitischen Etats zu Gunsten des Kosovo umgeleitet wurden, zogen vor allem die auf staatliche Fördermittel angewiesenen NGOs reihenweise mit – auch hier unter dem Banner der »Neutralität«. Damit sind sie nun nicht nur der NATO-Politik dienstbar, sondern zugleich dem serbischen Regime und der UCK: Die massiven Geldzuwendungen zerstören den Rest der noch während des Krieges lebendigen Institutionen der albanischen »Parallelgesellschaft«, die so viele Jahre der Belgrader Diktatur widerstanden hatten. An deren Stelle treten jetzt die finanziell potenten und technisch perfekt ausgestatteten ausländischen NGOs – allein im gesundheitspolitischen Bereich sind es mittlerweile 300 Büros. Um deren Arbeit untereinander zu koordinieren, ist das Kosovo nicht nur in getrennte »Schutzzonen« der einzelnen Besatzungsmächte, sondern auch in »Areas of Responsibility« (AOR) unterteilt worden, die jeweils unter Federführung einer NGO stehen. So fiel unmittelbar nach Kriegsende die Region Pec an Mercy Corps International, Djakovica an die Organisation Solidarité, Prizren an die Catholic Relief Services, Urosevac an CARE, Gnjilane an das International Rescue Committee, die Region Pristina gemeinsam an Action Against Hunger und die Organisation Children's Aid Direct und die Region Mitrivica an Oxfam. Gemäß eines vom UNHCR aufgestellten Plans koordinierten diese Organisationen die Verteilung der Lebensmittel und Hilfsgüter, entweder in Eigenarbeit oder in Zusammenarbeit mit Private Volunteer Organisations (PVOs). Die Arbeit in solchen Organisationen ist zur einzig sicheren Einkommensquelle vieler Kosovaren geworden – und nicht wenige der PVOs sind Unterorganisationen der UCK.

**Im Kosovo wurden die NGOs politisch und materiell zur Kriegspartei**

### Lehren aus dem letzten Krieg

► Dem Krieg ums Kosovo kommt in mehrfacher Hinsicht paradigmatische Bedeutung zu. Zunächst einmal ist sichtbar geworden, wie die dominanten Staaten der Neuen Weltordnung diese Ordnung verteidigen werden. Sichtbar wurde auch, wer dabei zu den »Hauptfeinden« zählt: Menschen, die vertrieben werden oder sich Unterdrückung, Ausbeutung und materieller Not durch Migration entziehen wollen: Die Weltordnungspolitik der NATO-Staaten ist zu einem erheblichen Teil eine rassistisch und ethnizistisch begründete Migrationspolitik. Sichtbar wurde zuletzt, dass eine so verstandene Weltordnungspolitik auf einer public private partnership beruhen wird, deren Kern die systematische Integration von NGOs bildet.

Dreh- und Angelpunkt der Migrationspolitik ist die Ersetzung des in der Genfer Konvention niedergelegten individuellen Rechts auf Asyl durch die freiwillige und zeitlich begrenzte Aufnahme von bestimmten »Kontingenten« ethnisch definierter Flüchtlingsgruppen. Vorab soll allerdings dafür gesorgt werden, dass das Gros der potentiell Asylsuchenden den eigenen »Heimatboden« gar nicht erst verlassen kann. Wie das zu organisieren ist, wurde erstmals während des Golfkriegs 1991 im Irak vorgeführt.

Nach dem Waffenstillstand zwischen dem Regime Saddam Husseins und der amerikanisch dominierten Anti-Irak-Koalition kam es zu Aufständen der schiitischen und der kurdischen Minderheiten. Die Aufständischen rechneten auf die Unterstützung der »internationalen Staatengemeinschaft«, die während des Kriegs massiv zur Erhebung gegen Hussein aufgerufen hatte. Allerdings blieb jede Hilfe aus: Die Anti-Irak-Koalition hatte mit der Schwächung des Diktators bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Regimes und vor allem bei Wahrung der territorialen Einheit des Irak ihr Ziel erreicht. Die humanitären Koalitionäre sahen tatenlos zu, als die iraki-

## Neutrale NGOs im Golfkrieg?

► Die Hilfsorganisation medico international beteiligte sich 1991 an der NGO-Hilfe für die im Rahmen der Operation 'provide comfort' zurückgeführten kurdischen Flüchtlinge und setzte dabei die bis dahin für medico-Verhältnisse immense Summe von über 10 Millionen DM um, von denen 7 Millionen aus Mitteln des Auswärtigen Amtes stammen. Abweichend von den Rahmenrichtlinien der Bundesregierung suchte medico jedoch die enge Kooperation mit den Organisationen und Institutionen der kurdischen Autonomie und beteiligte sich etwa am flächendeckenden Aufbau der Gesundheitsversorgung in der Region um die Stadt Suleymania. Von hier aus wurden in den folgenden Jahren jeweils zwischen 2 und 4 Millionen DM umgesetzt – ein erheblicher Teil davon für den Auf- und Ausbau der Selbstverwaltungsorgane. Damit widersetzte sich medico nicht nur der eigenen Regierung, sondern – und hier zeigt sich die Prekarität und das Dilemma gerade eines politisch verstandenen NGO-Engagements – ergriff Partei in den innerkurdischen Auseinandersetzungen. Die Selbstverwaltungsstrukturen der Region Suleymania sind nämlich durch die PUK besetzt, deren Koalition mit der KDP immer brüchiger wurde. Beide Organisationen repräsentieren die feudale kurdische Clangesellschaft. Die Entscheidung zur Kooperation mit den von der PUK dominierten Selbstverwaltungsorganen war politisch insofern begründet, als deren Bereitschaft zu einer tatsächlichen Demokratisierung der kurdischen Gesellschaft ernst genommen werden konnte.

1994 zerbrach die Koalition zwischen KDP und PUK; für die KDP wurde medico jetzt – objektiv nicht ganz zu Unrecht – zum Gegner im internen Krieg. KDP-Chef Barzani beschwerte sich bei der EU und beim Auswärtigen Amt und wurde dabei von der türkischen Regierung unterstützt, die die medico-Aktivitäten in den kurdischen Flüchtlingslagern auf türkischem Boden unterbinden wollte. Die Bundesregierung drohte mit der Streichung jeglicher Zuschüsse, wenn medico nicht auf den Pfad humanitärer Neutralität zurückkehren würde. Jetzt intervenierte auch das irakische Regime und untersagte die Ein- und Ausreise von medico-MitarbeiterInnen, die nun in Suleymania festsaßen. Damit war das Kurdistan-Projekt gescheitert. Das Büro wurde geschlossen und mitsamt den diversen Einzelprojekten an eine eilends aufgebaute kurdische NGO übergeben.

Weil die Errichtung einer substanziellen kurdischen Autonomie unmöglich war, verstärkten sich in der Folge noch die Raub- und Kriegsökonomie und die clangesellschaftlichen Strukturen. Als sich 1996 die KDP offen mit dem irakischen Regime verbündete und die bis dahin von der PUK gehaltene Stadt Erdil eroberte, löste das eine Massenflucht von zehntausenden KurdInnen aus den von der PUK kontrollierten Gebieten in Richtung Iran aus. In solchen und ähnlichen Konflikten bleibt den Flüchtlingen kaum etwas anderes übrig, als sich der einen oder anderen Partei anzuschließen. Können Hilfsorganisationen vor diesem Hintergrund Neutralität bewahren?

sche Luftwaffe Napalm und Phosphor gegen die Aufständischen einsetzte und nachrückende Truppen die Überlebenden in die Flucht trieben. Wenig später saßen rund 400.000 eingekesselte kurdische Flüchtlinge vor der verschlossenen türkischen Grenze fest. Statt die Türkei gemäß den Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention zur Öffnung ihrer Grenzen zu nötigen, richtete die NATO auf irakischem Territorium – d.h. im Kriegsgebiet selbst und damit unter neuerlicher Verletzung der Flüchtlingskonvention – mehrere kleine Schutzzonen (»Save Havens«) ein, in die die Flüchtlinge im Rahmen der Operation »provide comfort« zurückgeführt wurden.

In den nun von verschiedenen kurdischen Milizen kontrollierten Gebieten bildeten die Kurdische Demokratische Partei (KDP) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) eine Koalitionsregierung. Das kurdische Autonomiegebiet blieb allerdings vollständig von den Hilfsdiensten und -lieferungen der internationalen NGOs abhängig, denen zugleich jede offizielle Kooperation mit der kurdischen Regierung untersagt war. Weil die meisten NGOs an einer solchen Kooperation gar nicht interessiert waren, bildete sich recht bald eine Parallelstruktur von kurdischer Autonomie einerseits und NGO-Protektorat andererseits.

Dabei investierten die NGOs Millionen Dollar in Hilfs- und Entwicklungsprojekte, die ohne Zustimmung, ja oft auch ohne jede Absprache mit den kurdischen Selbstverwaltungsorganen durchgeführt wurden. Diese ermöglichten den alliierten Regierungen direkte Interventionen in die autonomen Gebiete: Unter dem Vorwand, die Verwendung ihrer Hilfsmittel kontrollieren zu wollen, reisten Regierungsdelegationen aus den USA oder Europa frei im Land umher und entfalteten dabei eine umfangreiche Schattendiplomatie, in der sie gemeinsam mit den NGOs und kooptierten kurdischen Führern die Angelegenheiten entschieden, die eigentlich von der gewählten Regierung und dem gewählten Parlament zu entscheiden gewesen wären. Dabei unterhielt bspw. das der US-Regierung angeschlossene Office for Desaster Aid (OFDA) zur Begleitung der mit jährlich 30 Millionen Dollar finanzierten Nothilfeprojekte landesweit eine eigene Verwaltungsstruktur, der – offiziell zur »Projektevalution« – auch Offiziere des US-Militärs angehörten.

Der geballten ökonomischen und politischen Macht der aus Nothilfebudgets finanzierten UN- und NGO-Strukturen hatte die kurdische Autonomie wenig entgegenzusetzen. Dabei beschränkte sich das Gros der NGOs darauf, Notunterkünfte und eine provisorische Wasserversorgung einzurichten und tonnenweise Nahrungsmittel und Medikamente zu verteilen, statt den Wiederaufbau von Produktionsanlagen, die Schaffung von



Steiniges Terrain

# Die Verstaatlichung der humanitären Hilfe

► Anfang Dezember 1990 lud das Auswärtige Amt die an der Operation ‚Provide Comfort' und den Hilfsaktionen im Irak und der Türkei beteiligten humanitären Organisationen sowie die Vertreter diverser staatlicher Stellen zu einem mehrtägigen Treffen in das Kloster Wallerberg bei Bonn ein. Der Verlauf der Operation hatte die Notwendigkeit einer grundlegenden Klärung des Verhältnisses zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Not- und Katastrophenhilfe unterstrichen: Einerseits sollte die Zusammenarbeit aller Beteiligten besser abgestimmt, andererseits die unterschiedlichen Ziele und Aufgaben eindeutiger bestimmt werden. Im April 1992 konstituierte sich dann der »Gesprächskreis Humanitäre Hilfe«, dem die wichtigsten deutschen Hilfsorganisationen, Vertreter mehrerer Bundesministerien, der Bundesländer, der staatlichen Entwicklungsorganisation Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und des Technischen Hilfswerks (THW) angehörten. Grundlage der Zusammenarbeit sind die dem »Code of Conduct« der Rote Kreuz- bzw. Roter Halbmond-Bewegung entsprechenden »Zwölf Grundregeln der Humanitären Hilfe«. Diese wird darin in ebenso allgemeinem wie vagem Konsens als ein Recht bestimmt, das ohne Ansehen »von Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischer Überzeugung und sonstigen Unterscheidungsmerkmalen« allen Menschen zusteht und jeder jedem gewähren darf. Humanitäre Hilfe soll »Überlebenshilfe« sein, die Menschen beisteht, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Sie soll eigenverantwortlich durchgeführt werden, zugleich aber »Recht und Brauchtum« des Einsatzlandes respektieren, ihre EmpfängerInnen von Anfang an mit einbeziehen, deren »Selbsthilfekräfte« stärken und dabei auch »Entwicklungsbedürfnisse« respektieren.

**Die Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee hat die »Harmonie« der Nothilfeorganisationen gestört**

Während die Regierungsseite den NGOs wiederholt ihre Pläne zur Aufstellung eines staatlichen zivilen Hilfskorps unterbreitete, setzten diese auf die Stärkung der bestehenden Strukturen in ihrer relativen Unabhängigkeit von staatlichen Stellen. Deshalb bestanden sie anfangs auch auf dem informellen Status des Gesprächskreises als eines primär dem Informationsaustausch dienenden Beirats.

Dies änderte sich nach den Massakern und den Massenfluchten von Ruanda. Die Bundesregierung finanzierte damals im Gesamtumfang von 584 Mill. Mark Hilfsmaßnahmen

dauerhaften Erwerbsmöglichkeiten und die Förderung autonomer sozialer Strukturen zu unterstützen. Einzelne Versuche, die Projektarbeit politisch mit der kurdischen Autonomie abzustimmen und sich dabei an deren Maßgaben auszurichten, wurden massiv behindert und unterdrückt (s. Kasten). Dabei kam es zu einer breiten Koalition, in der das Regime in Bagdad mit den ebenfalls durch kurdische Oppositionsbewegungen angefochtenen Regimen in Teheran und Ankara sowie die »internationale Staatengemeinschaft« – EU und USA – zwanglos zusammenwirkten. Ihr gemeinsames Ziel bestand in der Stabilisierung der im Krieg neu justierten Herrschaftsverhältnisse, die zu diesem Zeitpunkt nur noch durch die kurdischen Autonomieansprüche bestritten wurden.

## NGOs marschieren mit

▶ Was 1991 noch ein durch unmittelbare Not begründeter und insofern tatsächlich humanitär gerechtfertigter Bruch der Genfer Flüchtligskonvention war, ist im Kosovo methodisches Kalkül und Strategie geworden: Politisches Ziel ist nicht mehr der Schutz von, sondern der Schutz vor Flüchtlingen. Die systematische Abschottung der »Festung Europa« vor der »Flüchtlingsgefahr« ist der wahre Erfolg der »humanitären Intervention«.[5]

Die Erfahrungen der »humanitären Intervention« in Jugoslawien und ihrer Vorläufe im Irak und anderswo hat die NATO anlässlich ihres 50. Jahrestags offiziell zur Strategie erhoben. Das neue strategische Konzept skizziert ein »breites Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken« für die Sicherheit des Bündnisses (Das strategische Konzept des Bündnisses. Presse- & Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 24, 3.5.99). Dazu gehören: »Ungewissheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses (...), ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, (...) die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten (...), Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen«. Dieses wahrhaft globale Bedrohungsszenario erfordere »militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind«.

In diesem Szenario fehlen nur noch die NGOs. Und tatsächlich ziehen auch hier einige gleich mit: So schlägt etwa ein von der Forschungs-NGO Centre for European Policy Studies (CEPS) erstelltes Arbeitspapier der EU-Kommission vor, Kroatien, Albanien,

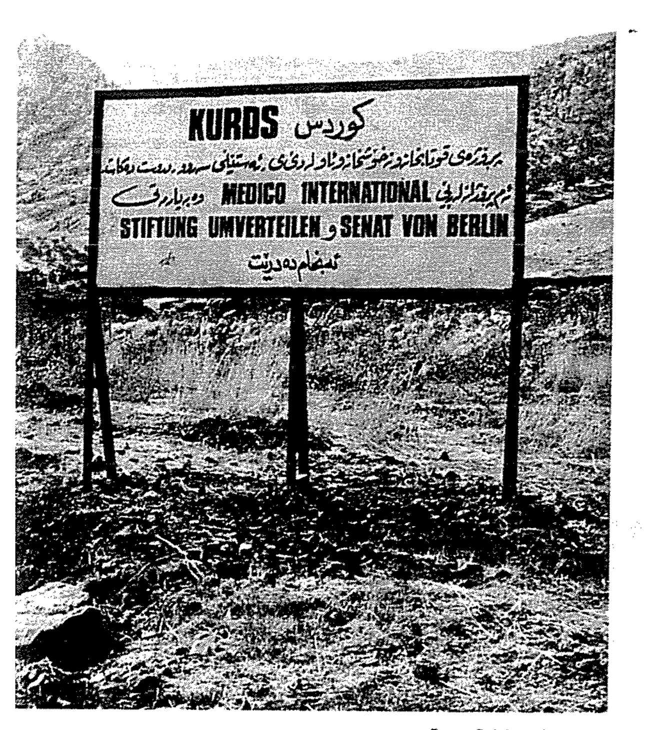



Foto: R. Maro / version

der UNO, des THW, des Roten Kreuzes sowie deutscher und internationaler NGOs. Dabei kam dem Auswärtigen Amt durch eine im zairischen Goma eingerichtete »Koordinierungsstelle Ruanda« die Federführung zu. Auf Initiative des Bundesaußenministers Kinkel wandelte sich der Gesprächskreis jetzt in den »Koordinierungsauschuss Humanitäre Hilfe« um. Seit seiner formellen Gründung im Dezember 1994 tagte dieses Gremium regelmäßig alle zwei Monate. Der Ausschuss ist allerdings kein übergeordnetes Leitungsorgan, dem etwa die Zuteilung von Finanzmitteln oder auch nur eine Vorzugsbehandlung der Mitgliedsorganisationen zufallen könnte. Auf seinen ordentlichen Sitzungen wie auf ein- bis zweimal jährlich stattfindenden mehrtägigen Klausurtagungen geht es vielmehr um die Abstimmung und Auswertung der fortlaufenden Praxis. In akuten Krisenfällen allerdings wird aus der Mitte des Ausschusses ein »Stab« gebildet, der besondere Organisationsaufgaben in der Vorbereitung und Durchführung der Hilfsmaßnahmen übernimmt und dabei vor Ort – so in Ruanda, dem Nord-Irak, Somalia und Ex-Jugoslawien – »Verbindungsbüros« einrichtet.

Im Rahmen der Formalisierung des Gremiums wurden sowohl für die beteiligten NGOs wie für die Regierungsstellen Kriterien der Zugehörigkeit und ein Verfahren für die Neuaufnahme weiterer Mitglieder entwickelt. Die NGOs müssen im Ausland überregional mit mehreren Projekten vertreten sein, mindestens fünf Jahre praktischer Erfahrung nachweisen und sich zur Einhaltung bestimmter Regeln der Spendenwerbung sowie der Grundsatzpapiere des Ausschusses selbst verpflichten. Die Regierungsstellen verpflichten sich zu einem »substanziellen Beitrag zur Katastrophenprävention« sowie zur »Vorbereitung und Abwicklung von Maßnahmen der Humanitären Hilfe.«

Der Krieg im Kosovo und die beabsichtigte Umstrukturierung der Bundeswehr zur weltweit operierenden Interventionsarmee haben die »Routine« des Ausschusses nachhaltig gestört. Verstärkt wurde die Unruhe durch wiederholte Ankündigungen des EU-Kommissars für Humanitäre Hilfe und Entwicklung, Poul Nielson, Fördermittel der EU künftig unter Ausschluss aller kleineren NGOs auf wenige große große Hilfswerke zu konzentrieren, die dann engstens mit der Kommission, den nationalen Regierungen und dem Militär kooperieren sollten.

Die im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungs-Organisationen (VENRO) zusammengeschlossenen NGOs haben unter Bezug auf ihr Neutralitätsgebot in einem dem Koordinierungsausschuss im Juni 2000 vorgelegten »Positionspapier« die Tendenz zur Verstaatlichung der humanitären Hilfe kritisiert (Humanitäre Hilfe von Staats wegen? Positionspapier des VENRO; vgl. auch VENRO-Presserklärung 8/200: Gegen eine Militarisierung der humanitären Hilfe). Doch haben sie ihre Kritik zuletzt nur mit ihrer dem Militär vorgeblich überlegenen Effizienz und den knappen staatlichen Fördergeldern begründet. Die nächsten Runden werden hier die Weichen stellen: Während der Deutsche Caritasverband, das Diakonische Werk und medico international eine grundsätzliche und politisch qualifizierte Kritik an der Instrumentalisierung der NGOs einfordern und auf ihrer Unabhängigkeit bestehen, sind andere offenbar bereit, auf staatliche Avancen einzugehen. *ths*

Mazedonien, Bosnien und einem von Milosevic befreiten Jugoslawien ab 2000 bzw. 2002 den Status von »New Associate Members« (NAM) zu verleihen – eine Art virtueller EU-Mitgliedschaft ohne jegliches Mitbestimmungsrecht. Bis zum Jahr 2006 sollen die NAMs bis zu 5 Milliarden Euro erhalten. Diese Gaben sollen allerdings an die bedingungslose Unterwerfung unter das Regime der Zentralbank und »an die Zustimmung zu den jeweils erforderlichen Kontrollen und Maßnahmen durch die EU gekoppelt« werden. Dazu zählt insbesondere eine »EU-polizeiliche oder paramilitärische Aufsicht an Häfen und Grenzen, um die Korruption ein für allemal zu beseitigen«. Mit Bezug auf die

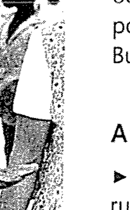


Foto: G. Huber

für die Einreise der MigrantInnen nach Europa zentralen Häfen Albaniens schlägt das NGO-Papier vor, dass »die Zollposten von EU-Zollämtern nicht nur beraten, sondern geführt werden, Polizeikräfte und paramilitärische Einheiten, vorzugsweise aus Griechenland und Italien, könnten den Zustrom illegaler Migration kontrollieren, insbesondere den über das Adriatische Meer, dem an der Albanischen Küste viel effektiver zu begegnen wäre, als nachts Schnellboote auf offener See zu jagen. Die einheimischen Polizeikräfte könnten eine Zeit lang von EU-Bürgern ,geführt und durch paramilitärische Kontingente geschützt werden« (CEPS, A System for Post-War-South-East-Europe. Brüssel, Mai 1999; zit. nach Dietrich/Glöde, S. 55f.).

Allerdings sind nicht alle NGOs dem Marsch ins Kosovo gefolgt. So haben die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, medico international und WEED den Krieg der NATO strikt verurteilt und die »emanzipatorischen Teile der Zivilgesellschaft« in einer gemeinsamen Erklärung aufgefordert, »alles in ihren Möglichkeiten stehende zu unternehmen, um den demokratischen Kräften innerhalb Jugoslawiens und der anderen Länder der Region in ihrem Widerstand gegen die eigenen nationalistischen Regime wie gegen die militarisierte Großmachtpolitik der NATO-Staaten beizustehen«. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen hat sich zwar im Kosovo engagiert, in einer öffentlichen Erklärung aber demonstrativ auf die Finanzierung ihrer Hilfsleistungen durch staatliche Gelder verzichtet. Und in einem dem Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe, einem Beratungs- und Vermittlungsgremium von Bundesregierung und NGOs vorgelegten »Positionspapier« verwahren sich die im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammengeschlossenen NGOs ausdrücklich gegen den »zunehmenden Trend zur Verstaatlichung und Instrumentalisierung der humanitären Hilfe« im Zusammenhang mit dem »Umbau der Bundeswehr zu einer militärischen Interventionstruppe, die in Europa und den angrenzenden Regionen im Rahmen der EU, NATO oder UNO Krisen bewältigen und politisch-strategische Interessen der Bundesregierung durchsetzen soll«.[6]

## Aufgeklärte Neutralität

▸ So notwendig solche Distanzierungen sind – ihrer Instrumentalisierung für die Weltordnungs- und Flüchtlingsabwehrpolitik können die NGOs nur entgehen, wenn sie ihre Neutralität in einer umfassenden Staats-, Gesellschafts- und Herrschaftskritik begründen. Das bedeutet jedoch den Abschied vom formellen Neutralitätsgebot der humanitären Hilfe, das den NGOs die »überparteiliche« Parteinahme auf der Seite der Opfer politischer Konflikte ermöglichen soll. Demgegenüber muss eine kritische Neutralität die Bestimmung internationaler Macht- und Ausbeutungsverhältnisse einschließen: Imperialistische Strategien – und um solche handelt es sich beim »Neuen Strategischen Konzept« der NATO ebenso wie bei der im Balkan, in Osteuropa und im Mittelmeerraum praktizierten Politik einer konzentrisch gestaffelten »EU-Erweiterung« – müssen von NGOs auch als solche benannt werden.

Für eine dergestalt aufgeklärte Neutralität bedeutet die Parteinahme auf seiten der Opfer auch die kritische Solidarität mit den Parteien, in denen diese ihre Interessen selbst zu organisieren suchen. Dies ist ein stets prekärer Schritt, mit dem NGOs unvermeidlich »ins Handgemenge« geraten – auch ins Handgemenge mit ihrem eigenen Neutralitätsgebot. Die Herrschaftskritik muss sich deshalb auch auf die Machteffekte der humanitären Hilfe selbst richten: dort, wo die Hilfe von Herrschaftsstrategien funktionalisiert wird, aber auch dort, wo sie solcher Funktionalisierung in kritischer Solidarität mit denen zu entkommen sucht, die sich ihrer Beherrschung widersetzen.

### Anmerkungen:

1 Für diese und die folgenden Zahlenangaben vgl. Helmut Dietrich/Harald Glöde, Kosovo. Der Krieg gegen die Flüchtlinge, hrsg. von der Forschungsstelle Flucht und Migration, Berlin 2000.

2 In einem Lager in Albanien verwalteten österreichische Militärs in Kooperation mit österreichischen NGOs (Rotes Kreuz, Malteserorden, Caritas, Diakonie) ca. 1000 Flüchtlinge und setzten zu deren Überwachung und Schutz neben Wachtürmen und dreifachem Stacheldrahtverhau beinahe 500 Soldaten ein.

3 Im Netz zwischen den NATO-Truppen, den diversen Regierungen und den NGOs kommt der in Genf ansässigen International Organization for Migration (IOM) eine zentrale Rolle zu. Sie ist die international führende zwischenstaatliche Institution der Migrationspolitik, und zwar sowohl in logistischer, operationaler wie in konzeptioneller Hinsicht. Wo immer Kriege, Aufstände, Aufstandsbekämpfung oder diktatoriale Repression zu Massenfluchten führten, war die IOM zur Stelle – nach eigener Auskunft stets dem »Prinzip« verpflichtet, dass »eine humane und geregelte Migration zugleich den Migranten und der Gesellschaft dient«. In der Erfüllung der eigenen Mission ist sie allerdings den Interessen ihrer Mitgliedsstaaten verpflichtet, unter denen die USA und die EU schon aus finanziellen Gründen eine besondere Bedeutung haben.

4 Die UCK sollte eigentlich gleich nach Waffenstillstand demobilisiert und entwaffnet werden. Als die warlords die Herausgabe der Waffen verweigerten, wandelten UNMIK und NATO die Guerilla in ein hilfspolizeiliches Kosovo Corps um. Sie wurden ausgebildet zu einer »civilian emergency and humanitarian force«. Bis jetzt ist die künftige »humanitarian force« jedoch vornehmlich in den nun gegen SerbInnen und Roma gerichteten »ethnischen Säuberungen« engagiert.

5 Da ist es nur konsequent, dass in der EU aufgenommene Flüchtlinge aus dem Kosovo und aus Bosnien in ihre »Schutzzonen« abgeschoben werden. Diese bieten gegenüber dem Kurdenprotektorat in den KDP- bzw. PUK-Gebieten, in die nicht mehr nur kurdische, sondern mittlerweile auch irakische Asylsuchende abgeschoben werden (die sich bis nach Europa durchschlagen konnten), den »Vorteil«, unmittelbar von den Kommandeuren der NATO und den Agenturen europäischer Hilfsorganisationen verwaltet zu werden.

6 Humanitäre Hilfe von Staats wegen? Positionspapier des VENRO zur Klausurtagung des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe vom 16. – 18. Juni 2000. Allerdings begründet VENRO seine Position im weiteren damit, dass die »neutralen« NGOs die anfallenden Aufgaben doch effizienter und kostengünstiger erledigen könnten als das Militär und andere staatliche Organisationen.

---

▸ **Thomas Seibert** ist Mitarbeiter von medico international.

# Getreidesäcke zu Handgranaten?

## Krieg und Nothilfe in Eritrea

**Im Sommer führten mit Eritrea und Äthiopien zwei der ärmsten Staaten der Welt erneut Krieg gegeneinander. Dies entfachte in den »Geberstaaten« eine Diskussion, ob Länder, die Kriege führen und ihre knappe Ressourcen für Waffenkäufe verwenden, Nothilfe erhalten sollten. Den Menschen in Eritrea stellt sich diese Frage nicht.**

von **Stefanie Christmann**

► Für Tekeste, Geschäftsmann in der eritreischen Hauptstadt Asmara, ist Präsident Isaias Afeworki auch nach dem verlorenen Krieg gegen Äthiopien (Mai 1998 bis Juni 2000) unfehlbar: Was, das Land habe nur noch Getreidevorräte für einen Monat, weil Isaias die wenigen vorhandenen Devisen für Waffenkäufe statt für Nahrungsmittel verwandte? »Unmöglich! Das würde der Präsident niemals tun! Natürlich brauchen wir Waffen gegen die Woyane[1], aber Isaias würde nie derart das Volk gefährden! Nie! Wer hat dir das gesagt?« Zwei Tage später hat Tekeste eine Erklärung gefunden: »Wenn es tatsächlich stimmt, dass wir nur noch Getreidevorräte für einen Monat haben, dann nur deshalb, weil die Importeure wegen der äthiopischen Invasion rekrutiert wurden. Sobald Frieden herrscht, sobald sie zurück von der Front sind, werden sie wieder Getreide einführen. Aber zuerst müssen die Woyane raus aus unserem Land.«

Im staatlichen Fernsehen, im Radio und in den staatstragenden Zeitungen findet sich nichts über den drohenden Nahrungsmittelmangel. Schon in den vergangenen Jahren gestand die Regierung ihrer eigenen Bevölkerung den Engpass nicht ein, obwohl die ERREC (Eritrean Relief & Refugee Commission) schon 1998 und 1999 Nahrungsmittelhilfe von der »internationalen Gemeinschaft« forderte. Eritrea erhielt 1999 jedoch nur knapp 30 Prozent der gewünschten Nothilfe. Also griff die Regierung auf Reserven zurück und plünderte diese bis auf einen kleinen Rest – während sie etwa 300 Mio. Dollar für Waffenkäufe ausgab, nahezu das Bruttosozialprodukt eines Jahres. Im Mai 2000, als Eritrea nur noch Nahrungsmittel für weniger als einen Monat vorrätig hatte, erklärte Worku Tesfamichael, die Leiterin von ERREC: »Da uns der akute Devisenmangel keine Importe erlaubt, ist bilaterale und multilaterale Nahrungsmittelhilfe die einzige verbleibende Quelle, um die eritreischen Getreidenotvorräte aufzufüllen.«

Zwar waren Devisenknappheit und Nahrungsmittelnotstand Monate vorher absehbar, aber niemand hatte dieser Situation genug Bedeutung beigemessen, um alles zur Verhinderung eines neuen Waffengangs zu unternehmen. Dies, obwohl Anfang Mai Tag und Ziel der äthiopischen Invasion bekannt waren und offensichtlich war, dass die sehr viel umfangreicheren Waffenkäufe der Äthiopier den kleineren nördlichen Nachbarn in die Position des Schwächeren gebracht hatten. Trotzdem entschied sich die eritreische Regierung nicht dazu, aufzugeben oder durch die Errichtung von ausreichenden Auffanglagern zumindest Vorsorge zur Evakuierung der Zivilbevölkerung zu treffen. Am Ende der ersten Juniwoche war dann die Hälfte der eritreischen Bevölkerung »displaced« und es wurde getan, als sei eine unvorhersehbare Katastrophe hereingebrochen. Weshalb stellten Offizielle erst Mitte Juni fest, dass Ende Juni Regenzeit ist und die Binnenflüchtlinge ihre Felder nicht bestellen konnten? War die Aussicht, mindestens anderthalb Jahre von Nahrungsmittelhilfe abhängig zu sein, nicht abschreckend?

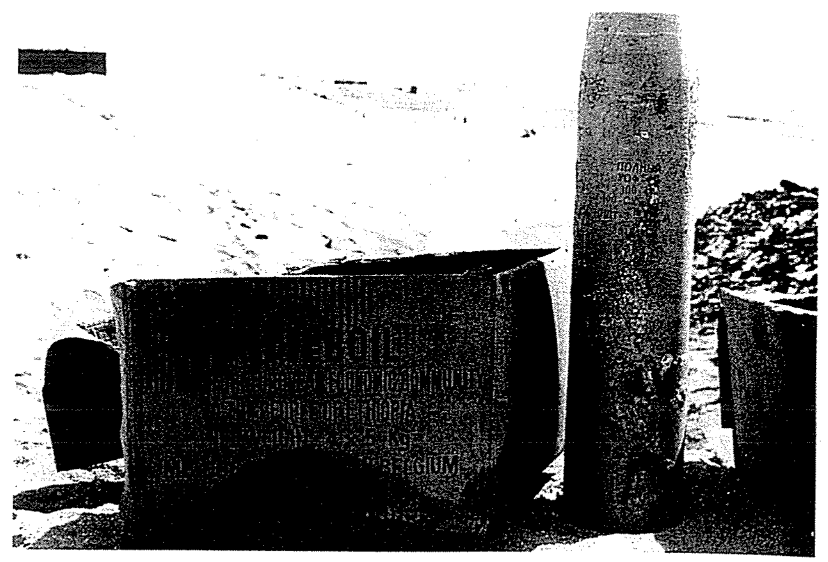
> 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge ließen Hilfsorganisationen und Regierung zusammenrücken

Auch die internationale Staatenwelt trifft Mitschuld am Entstehen der Notsituation, denn sie ließ die Äthiopier handeln, statt zumindest mit einem Waffenembargo, der Androhung von Sanktionen oder einer Schutzgarantie für Eritrea alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Äthiopier von der Invasion abzuhalten. Selbstkritik wurde aber weder von eritreischer, noch von internationaler Seite geäußert, als sich am 10. Juni die ERREC und internationale Hilfsorganisationen zu einer Nothilfekoordinierung trafen. Schließlich stellten knapp 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge (»internally displaced persons«) alle vor eine bedeutende Aufgabe.

Und wie die desaströse Lage die eritreische Regierung und die internationalen »Geber« zusammenbringt, so eint sie auch die Bevölkerung und Präsident Afeworki. Anfang 1998 hatte es in Eritrea spürbare Kritik am Präsidenten gegeben, u.a. weil Getreide für viele unerschwinglich geworden war, als der Handel mit Äthiopien – Eritreas Hauptbezugsland für Getreide – zum Erliegen kam (s. Kasten). Afeworkis Einmarsch im zwischen beiden Ländern umstrittenen Badme-Dreieck im Mai 1998 lenkte von dieser Versorgungskrise ab und verhinderte außerdem die Festlegung eines Wahltermins. Auch der äthiopische Präsident Meles Zenawi stand unter Druck der großen Bevölkerungsgruppen im Land. Beiden innenpolitisch bedrängten Präsidenten bot der Zustand zwischen Krieg und Frieden und schließlich der Krieg die Möglichkeit, ihre Macht zu stabilisieren und Kritiker ins Aus zu stellen. Seit Kriegsbeginn schoben die Eritreer alle Missstände und Engpässe dem Krieg und den Äthiopiern in die Schuhe, nicht mehr der eigenen Regierung. Hätte sich aus den Unzufriedenen von Anfang 1998 eine handlungsfähige Opposition gebildet, die Demokratie erzwingen und den Krieg hätte verhindern können, wenn nicht die internationale Nahrungsmittelhilfe eingesprungen wäre? Immerhin lieferte sie 30 Prozent der gewünschten Menge an ein waffenimportierendes Land, das den lange schwelenden Grenzkonflikt im Mai 1998 auf eine deutlich aggressivere Ebene gehoben hatte.

Arild Jacobsen, langjähriger Repräsentant der Norwegian Church Aid (NCA) in Asmara, ist im Juni unüberhörbar genervt von der Frage, ob die Nothilfe auch in diesem Konflikt die Kriegsparteien unterstützte: »Bei jedem Krieg erheben Journalisten diesen Vorwurf von Neuem. Wozu? Bei den erfahrenen NGOs mit gutem Ruf, dazu zähle ich z.B. Save the Children, Oxfam, Care und die NCA, werden keine Hilfsgüter an Kriegsparteien abgezweigt. Wir stellen sicher, dass die Hilfe bei den Menschen in Not ankommt. Schwarze Schafe unter den NGOs gibt es unbestreitbar, aber deshalb kann man doch nicht die gesamte Nothilfe der NGOs in Frage stellen. Hier in Eritrea schon gar nicht. Wir können die Verteilung bis auf die Dorfebene kontrollieren. Hier wird nichts fürs Militär abgezweigt. Dass Regierungen Devisen für Waffenkäufe verwenden statt zur Versorgung ihrer Bevölkerung, ist ein altes Problem. Was

erwarten Sie? Sollen wir als kleine NGO eine Regierung zu good governance zwingen? Stellen Sie doch diese Frage der UN oder der EU! Ich halte es für unmöglich, eine Regierung durch die Verweigerung von Nothilfe von einem Krieg abzubringen, zu dem sie sich entschlossen hat.« Jacobsen fügt hinzu, dass nicht die Nothilfe Kollaborateur-wider-Willen sei, sondern die Regierungen des Nordens. Die wollten möglichst wenig involviert werden und außerdem keine Kriegspartei brüskieren – vor allem nicht die (waffen)kaufkräftigeren Äthiopier. Jacobsen: »Hätte die internationale Gemeinschaft sofort mit klaren Worten jede Grenzverletzung als nicht hinnehmbaren Bruch internationaler Verträge verurteilt, hätte das die Kriegsparteien zum Einhalt bringen können.«



Äthiopien 1985: Hilfen im Zeichen der Blockkonstellation Foto: B. Vollmer

Eine ähnliche Position vertritt Simon Nghongo, seit einigen Monaten UN-Repräsentant in Asmara: Eine Regierung, die Waffen kaufen wolle, werde das in jedem Fall tun, das müsse man als gegeben hinnehmen. Nghongo hat eine kritische Haltung gegenüber der eritreischen Regierung. Doch ihm sitzt die Erfahrung von Ende 1997 im Nacken, als die eritreische Regierung die meisten UN-Programme aus dem Land warf. Er will sich strikt auf Not- und Entwicklungshilfe beschränken: »Politisch zu argumentieren, würde uns in eine sehr schwierige Situation bringen, wir würden vielleicht aus dem Land hinausgeworfen.« Amnesty international und Journalisten sollten dem Land gegenüber kritisch sein, das sei nicht Aufgabe der UN. Im Übrigen könne man Nothilfe nicht von Bedingungen abhängig machen – alleiniger Gradmesser müsse die Situation der Notleidenden bleiben. »Oder soll man die Menschen verhungern lassen?«

**Für die EritreerInnen gibt es offenbar so etwas wie ein Naturrecht auf Nothilfe**

Die eritreische Bevölkerung selbst scheint davon auszugehen, dass es so etwas wie ein Naturrecht auf Nothilfe gibt. Dass Äthiopien (und Eritrea) der privaten und staatlichen internationalen Nothilfe die Sozialhilfe überantworte und die eigenen Ressourcen stattdessen für den Krieg verwende, ist hier kein Thema. Die eritreischen Binnenflüchtlinge verteidigten Anfang Juni, also während des Krieges, auch das Recht der ÄthiopierInnen auf Nothilfe, obwohl sie wussten, dass deren Regierung sie z.T. veruntreute. Die Eritreer argumentieren anders als die entwicklungspolitische Szene in Deutschland: »Dass wir vertrieben und enteignet wurden,[2] dass die Woyane mit unserem Besitz Waffen gekauft haben und dass das Ausland dazu geschwiegen hat, ist viel schlimmer, als die Frage, ob nun ein paar Getreidesäcke für die äthiopischen Soldaten abgezweigt wurden oder nicht«, sagt ein Ladenangestellter in Asmara, der in Addis Abeba 22 Jahre lang ein eigenes Geschäft hatte. Auch persönlich nicht Betroffene sind über die schweigende Duldung der Vertreibung und die dadurch ermöglichte Finanzierung von Waffenkäufen viel erboster als über das Geschäft mit der Nothilfe.

Die Hungernden in Äthiopien in jedem Fall zu unterstützen, hält auch Luul Gebreab, Vorsitzende der Frauenunion, für richtig: Alles andere sei inhuman. Aber die Hilfsorganisationen müssten die Vergabe stärker kontrollieren und konditionieren. Es habe selbst während des Krieges stets das Angebot Eritreas gegeben, die Nothilfe für Äthiopien über den eritreischen Hafen Assab zu löschen. Weshalb ließen sich dann die Hilfsorganisationen trotzdem darauf ein, über Häfen in Somalia (Berbera) oder sogar Kenia zu verladen, obwohl dadurch Transportkosten entstün-



# Nach dem Krieg war vor dem Krieg

► Als die UNO 1952 eine Föderation der früheren italienischen Kolonie Eritrea (1941 von den Briten erobert) mit dem Kaiserreich Äthiopien beschloss, sollte Eritrea eine autonome Einheit bleiben. Kaiser Haile Selassie griff jedoch in den 50er Jahren immer stärker in die Autonomie Eritreas ein, vergalt den seit 1961 militärisch agierenden Widerstand (Eritrean Liberation Front, ELF) u.a. mit brutalen Kollektivstrafen und annektierte Eritrea 1962 als 14. äthiopische Provinz. Während des 30jährigen Unabhängigkeitskrieges (1961-91) wurde Äthiopien von den Großmächten unterstützt – erst von den USA, später, nach der sozialistischen Machtübernahme Mengistus 1974, von der UdSSR. Die Eritreer dagegen kämpften weitgehend mit Hilfe von Guerillataktiken. 1970 spaltete sich von der ELF die Eritrean People's Liberation Front (EPLF; heute: People's Front for Democracy and Justice) unter der Führung von Isaias Afeworki ab. Die EPLF entwickelte ein sozialrevolutionäres Programm, das auf Gleichberechtigung der Geschlechter, Landreform und Demokratie zielte. Während die ELF an Bedeutung verlor, verbündete sich die EPLF 1988 mit der Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) von Meles Zenawi. Gemeinsam erkämpften sie zunächst die Befreiung Eritreas. Meles konnte danach auch den seit 1989 geschwächten Mengistu stürzen.

Zenawi wurde Präsident in Äthiopien, Afeworki in Eritrea. Wirtschaftlich überwog zunächst die Kooperation: Äthiopien erhielt hervorragende Konditionen zur Nutzung des Hafens in Assab, beide hatten den Birr als Währung, es gab rege Handelskontakte. Allerdings empfand man in Äthiopien die Konkurrenz eritreischer Fertigwaren zunehmend



Eritrea 2000: Warten auf den nächsten Krieg? Foto: M. Pennacchio

den, die doppelt so hoch seien wie der Wert der Lebensmittel? »Nutzen hat davon nur der äthiopische Transportsektor«, fügt sie an. Abgesehen davon sei es langfristig widersinnig und kontraproduktiv, immer wieder Nahrungsmittelhilfe nach Äthiopien zu bringen, in einen Staat mit viel fruchtbarem Land, in dem keine Knappheit herrschen müsse.

Sehr viel vehementer argumentiert Worku Tesfamichael von der ERREC: »Äthiopien hat humanitäre Hilfe zur Versorgung seiner Soldaten verwandt. Äthiopien hat auch humanitäre Hilfe verkauft und mit den Erlösen Waffen geordert. Wer unter diesen Bedingungen Nothilfe gibt, hilft den Äthiopiern bei ihrer militärischen Expansionspolitik. Der Missbrauch muss gestoppt werden. Um jeden Preis.« In dieser Radikalität ist das jedoch eine Minderheitsmeinung.

**»Mit der Verweigerung von Nothilfe, bringt man keine Regierung davon ab, einen Krieg zu führen«**

In Eritrea spürt man bei Gesprächen mit der Bevölkerung, mit Offiziellen oder Vertretern des Auslands Verachtung für die äthiopische Regierung, die erst um Nothilfe bat, als es für viele schon zu spät war. Die eigene Regierung wollen sie nicht kritisieren – trotz der dramatischen Situation im Juni. So schafft die Notsituation, der Blick auf die Ärmsten, zugleich eine Perspektive, in welcher die Verantwortung für eben diese Situation ausgeblendet bleibt. Die ERREC hat ein Konzept zur humanitären Hilfe für »die Opfer von Krieg und Dürre in Eritrea« aufgestellt (183 Mio. Dollar bis Ende 2000). »Dürre« und »Krieg« sind zwar zwei unterschiedliche Ursachen, aber in etlichen Einzelgesprächen mit Vertretern internationaler Organisationen wollte niemand daran Anstoß nehmen, dass dieses Etikett politische Verantwortlichkeiten für die Not überdeckt.

Auch UNICEF, vor drei Jahren beim Präsidenten in Ungnade gefallen, kehrt nun nach Eritrea zurück. Die Ankunft noch während der Kämpfe war ein Medienereignis, dem die eritreischen Medien die Botschaft unterlegten: »Die internationale Gemeinschaft steht hinter uns.« Weitere solche Vereinnahmungen sind absehbar. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, auch Deutschland wolle mit GTZ und KfW wieder in Eritrea und Äthiopien einsteigen. Aufträge locken, jeder will den Fuß in der Tür haben. Tekeste, der die Entwicklungshilfe begrüßt, wird die Erfolge seinem Idol Isaias Afeworki zuerkennen. Tatsächlich wird der eritreische Präsident – so wie Meles Zenawi auch – der »owner« dieser Projekte sein. Die Korruptheit des Nordens stützt auf diese Weise kriegsbegünstigende Strukturen, Militärregime im Süden – und damit auch die Gefahr weiterer Kriege. Denn dass Äthiopien erneut angreifen wird, gilt auch unter ausländischen Beobachtern als wahrscheinlich – und ebenso, dass Afeworki dann erneut auf eigene militärische Stärke vertrauen wird. Seine Rede am Martyrs' Day, zwei Tage nach dem Waffenstillstandsvertrag von Algier, war eindeutig.

**Anmerkungen:**

1 Woyane ist die eritreische Bezeichnung für die TPLF-Kämpfer des äthiopischen Präsidenten Meles Zenawi.

2 1998/99 wies Meles Zenawi 70.000 EritreerInnen aus und zog ihren Besitz ein.

---

▶ **Stefanie Christmann** ist Autorin des Buchs »Die Freiheit haben wir nicht von den Männern. Frauen in Eritrea« (Horlemann 1996) und Vorsitzende eines gemeinnützigen Vereins zur Förderung alleinerziehender Frauen in Eritrea (www.esel-initiative.de).

als Nachteil für die eigene Strategie der Importsubstitution. Die Eritreer, deren Wirtschaftspolitik auf Export ausgerichtet ist, hatten daran jedoch ein Interesse. Der Handel kam zum Erliegen, als Eritrea im November 1997 eine eigene Währung einführte und Äthiopien auf der Verrechnung in Dollar bestand.

Beide Präsidenten standen 1998 vor inneren Schwierigkeiten: Afeworki sah sich Forderungen nach Demokratie und Machtbeteiligung sowie einer wachsenden Versorgungskrise gegenüber. In Äthiopien verübelten die großen ethnischen Gruppen (Amharen, Oromo) Zenawi und seiner von Tigray dominierten Regierung die Freundschaft mit Afeworki, dem Zenawi auch verwandtschaftlich verbunden ist. Sie warfen ihm vor, Eritrea und damit auch den Zugang zum Meer verschleudert zu haben. Meles hatte daher Interesse daran, sich gegenüber Eritrea hart zu zeigen. Der zum Krieg führende, bereits seit 1992/93 schwelende Grenzkonflikt in der Nähe von dem Badme-Dreieck war so für beide Seiten nichts als ein gesuchter Anlass, sich innenpolitisch zu stabilisieren.

Äthiopien und vor allem Eritrea weisen erhebliche Entwicklungserfolge auf. Zugleich verletzten aber beide über Jahre die Menschenrechte. Vor allem in Eritrea kann man nicht von Demokratie oder freier Presse reden. In den 90er Jahren wurde dies international weitgehend ignoriert. Teils, weil etwa die USA die Spitzen beider Militärregime als good guys sehen wollten, die man als Gegengewicht zum Sudan in der Region aufbauen müsse; teils, weil die Länder – wie Eritrea in Deutschland – eine starke Lobby haben. So wurden mit sehr viel staatlicher Entwicklungszusammenarbeit (Deutschland war für Äthiopien der zweitwichtigste Geber, die weitgehende Einstellung der EZ mit Eritrea Ende 1997 erfolgte auf eritreischen Wunsch) Militärregime gestützt, statt die zivilen Kräfte der Gesellschaft zu stärken. Und genau diesen Fehler begeht die Entwicklungspolitik nach dem Krieg erneut.

*StC*








# Die Hilfe nach dem Sturm

## Demokratie-Injektion in Nicaragua

**Im Oktober 1998 stürzte der Orkan Mitch in Mittelamerika Hunderttausende ins Elend. Eine große Welle internationaler Aufmerksamkeit und Hilfeleistungen folgte. Im Falle Nicaraguas waren sich Nothilfe-Organisationen, Solidaritätsbewegung und staatliche Entwicklungspolitik einig, dass die Hilfe an den offiziellen Stellen des Landes vorbei direkt den Betroffenen zugeführt werden sollte. Was jedoch als neutrale Position auf Seiten der Opfer gerechtfertigt erscheint, ist gleichzeitig eine Parteinahme gegen die nicaraguanische Regierung.**

von **Christian Neven-du Mont**

► Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist Nicaragua das zweitärmste Land der westlichen Hemisphäre, an Negativrekorden nur noch übertroffen von Haiti. Die internationale Entwicklungshilfe an das Land und der Drogenhandel übertreffen mit ihrem Finanzvolumen jeweils deutlich seine legalen Exporte. Nur noch 18% der Bevölkerung können sich den Grundwarenkorb leisten, in den staatlichen Schulen sitzen viele Kinder auf dem Boden, weil ihre Eltern die zwei Dollar Monatsmiete nicht aufbringen können, die für die Benutzung einer Schulbank verlangt werden. Jeder Zweite im arbeitsfähigen Alter ist arbeitslos.

Am oberen Ende der sozialen Leiter bereichern sich oligarchische Cliquen. Staatspräsident Arnoldo Alemán hat nach eigenen – höchst unvollständigen – Angaben sein Privatvermögen von 1990, als er das Amt des Bürgermeisters von Managua antrat, bis 1996, als er Präsident wurde, von 26.000 auf eine Million Dollar vermehrt und weigert sich seitdem erfolgreich, seine Vermögensverhältnisse offenzulegen. Die Konzentration des Eigentums in wenigen Händen macht auch die Erfolge der Agrarreform zunichte und beraubt viele Bauern ihrer Lebensgrundlage.

Da die politische Macht ihnen derart günstige Akkumulationsbedingungen bietet, ist es wenig verwunderlich, dass Alemán und seine Gefolgsleute in der Liberal-Konstitutionalistischen Partei ihre Herrschaft verewigen wollen. Weil die Verfassung eine Wiederwahl des Präsidenten verbietet, soll nach ihren Vorstellungen bei den nächsten Wahlen im Jahr 2002 statt eines Präsidenten und der Nationalversammlung nun eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden, um mittels einer neuen Verfassung die Hindernisse zu beseitigen. Methodische Anleihen bei Menem, Chavez und Fujimori sind unverkennbar, allerdings verfügt Alemán nicht über eine Massenbasis wie diese drei. Auch ein populistisches Mäntelchen will dem dicken Herrn nicht passen – zu sehr erinnert sein Vorgehen an die Somoza-Diktatur, die den Staatsapparat in den Dienst einer kleinen Clique stellte und sich nicht einmal im Umgang mit anderen Fraktionen der Oligarchie an bürgerliche Spielregeln hielt.

> Alemán konnte seine Karosse nicht mehr verlassen, ohne mit Schlamm beworfen zu werden

Auf der institutionellen Ebene gibt es faktisch keine Opposition mehr, da der tonangebende Flügel der FSLN unter Daniel Ortega mit Alemán einen »Pakt« geschlossen hat, der dem FSLN-Establishment das politische Überleben als eine Art Juniorpartner der Regierungspartei sichert. Beiderseits wird das Ergebnis beschönigend als »Zweiparteiensystem« bezeichnet, doch an einen Machtwechsel denkt niemand, auch wenn Ortega seine Basis zum Stillhalten bewegen will und argumentiert, dass der Pakt seine Wahlchancen verbessere. Die Errungenschaften der 80er Jahre würden zurückkehren, wenn der Präsident erst einmal wieder Sandinist sei. Diese Fortschritte erscheinen heutigen NormalverbraucherInnen im Rückblick als paradiesisch: relative soziale Sicherheit, Rechtssicherheit, ein halbwegs funktionierendes Gesundheits- und Erziehungswesen, Wohnen im eigenen Häuschen bzw. auf eigenem Land, abends ohne Angst vor Über-

# Der Staat und die Hilfe

► Als im Oktober 1988 der Orkan »Joan« Nicaragua verwüstete, bemühte sich die sandinistische Regierung mit wenig Erfolg um Not- und Katastrophenhilfe aus den Industrieländern. Im Zeichen des Kalten Krieges verhielten sich Regierungen und Institutionen gegenüber Nicaragua lieber nach dem Motto »Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer«, als gemäß dem eigenen Anspruch, Nothilfe neutral und nur nach Bedürftigkeitskriterien zu leisten. Anders nach »Mitch«: Nicht nur Überbleibsel der Solidaritätsbewegung, auch Repräsentanten der »Internationalen Gebergemeinschaft« sind der Ansicht, dass Nothilfe am Staat vorbei, am besten über unabhängige Nichtregierungsorganisationen (NRO) direkt an die Betroffenen zu leisten sei. Selbst US-Präsident Clinton ging während eines kurzen Staatsbesuchs in Nicaragua auf größtmögliche Distanz zu Präsident Alemán und besuchte demonstrativ die von Mitch am schwersten betroffene sandinistische Gemeinde Posoltega.

Die Aufwertung der NRO gegenüber dem Staat ist vielleicht unvermeidlich, wenn den Menschen schnell geholfen werden soll. Sie birgt u.a. aber das Risiko, dass die Aktivitäten der NRO in der Basisversorgung wie im Gesundheits-und Erziehungswesen den Behörden als Vorwand dienen, diese zentralen Aufgaben weiter zu vernachlässigen und den NRO nicht nur die Folgen des Sturms, sondern auch die der gesellschaftlichen Liberalisierung zu überlassen. Legitime Forderungen werden dann erst gar nicht mehr an den Staat gerichtet. Außerdem laufen hiesige Solidaritätsbewegung und Nothilfeorganisationen mit ihrer berechtigten Kritik am Staat Gefahr, allzu widerspruchslos in die allgemeine Kritik an »bad governance« im Süden einzustimmen. Damit leisten sie einer Sichtweise Vorschub, welche die Menschen in der Dritten Welt nebst den verlotterten Staatsapparaten für ihr Elend allein schuldig erklärt und die Verantwortung für alles Übel endogenen Faktoren wie Korruption, Ineffizienz usw. zuschiebt. Diese Kritik lenkt zum einen von anderen Ursachen wie Weltwirtschaftsordnung, Strukturanpassungen und Verschuldung ab und dient zum anderen gegenwärtig vor allem dazu, Interventionen zu rechtfertigen – seien diese nun militärisch, politisch oder »humanitär«.

**Solidaritätsbewegung und Nothilfe stimmen in die Kritik an »bad governance« ein**

Schließlich kritisiert auch die US-Regierung Korruption und Rechtsunsicherheit in Nicaragua und treibt gleichzeitig die Restauration des Somozismus voran, indem sie sich die Ansprüche eingebürgerter Somozisten (Profiteure der Somoza-Diktatur) zu eigen macht und das »Eigentum amerikanischer Bürger« in Nicaragua verteidigt. Jahr für Jahr werden Hilfsleistungen der USA von Fortschritten bei der »Wiedergutmachung« abhängig gemacht, d.h. von Entschädigungszahlungen an die Somozisten bzw. Revision der Bodenreform in Stadt und Land. Sie unterstützt auch die US-Konzerne, die die nicaraguanische Atlantikküste abholzen und damit dazu beitragen, dass Mitch eine so verheerende Wirkung entfalten konnte. *cn*

fällen auf die Straße gehen zu können, einem prügelnden Ehemann mit der Polizei drohen können ...

In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Pakt um eine Art Besitzstandsgarantie für sandinistische Parlamentarier, dafür müssen sie auf Opposition verzichten und Verfassungsänderungen zustimmen. Der oligarchische und antidemokratische Charakter der »Verfassungsreformen«, denen bis auf vier alle einstigen Revolutionäre auf den Abgeordnetenbänken der FSLN zugestimmt haben, wird auch in der Einschränkung des passiven Wahlrechts deutlich: Bisher im Voraus an Kandidaten gezahlte Zuschüsse für Wahlkampfkosten gibt es jetzt nur im Nachhinein. Nur wer seine Wahlkampfkosten vorstrecken kann, oder eine Partei hat, die das für ihn tut, hat noch eine Chance. Freie Bürger(innen)listen dürfen nicht mehr kandidieren. Ehemalige Präsidenten und Vizepräsidenten werden nach ihrer Amtszeit automatisch zu Dauerabgeordneten und genießen so weiter juristische Immunität. Ein Bonbon für Alemán und für Ortega, der bis zum St. Nimmerleinstag vor einer gerichtlichen Klärung der Vergewaltigungsvorwürfe seiner Stieftochter sicher ist.

Eric Hobsbawm sagte, dass die einzige bleibende Errungenschaft der Französischen Revolution das metrische System sei. Die einzige bleibende Errungenschaft der Sandinistischen Revolution scheint zu sein, dass sich durch den Übergang ehemaliger Staatsbetriebe und großer Teile des Parteivermögens in Privatbesitz die traditionelle Oligarchie um eine sandinistische Fraktion erweitert hat, die ihre Pfründe um so erbitterter verteidigt, je mehr die Masse ihrer einstigen GenossInnen im allgemeinen Elend versinkt.

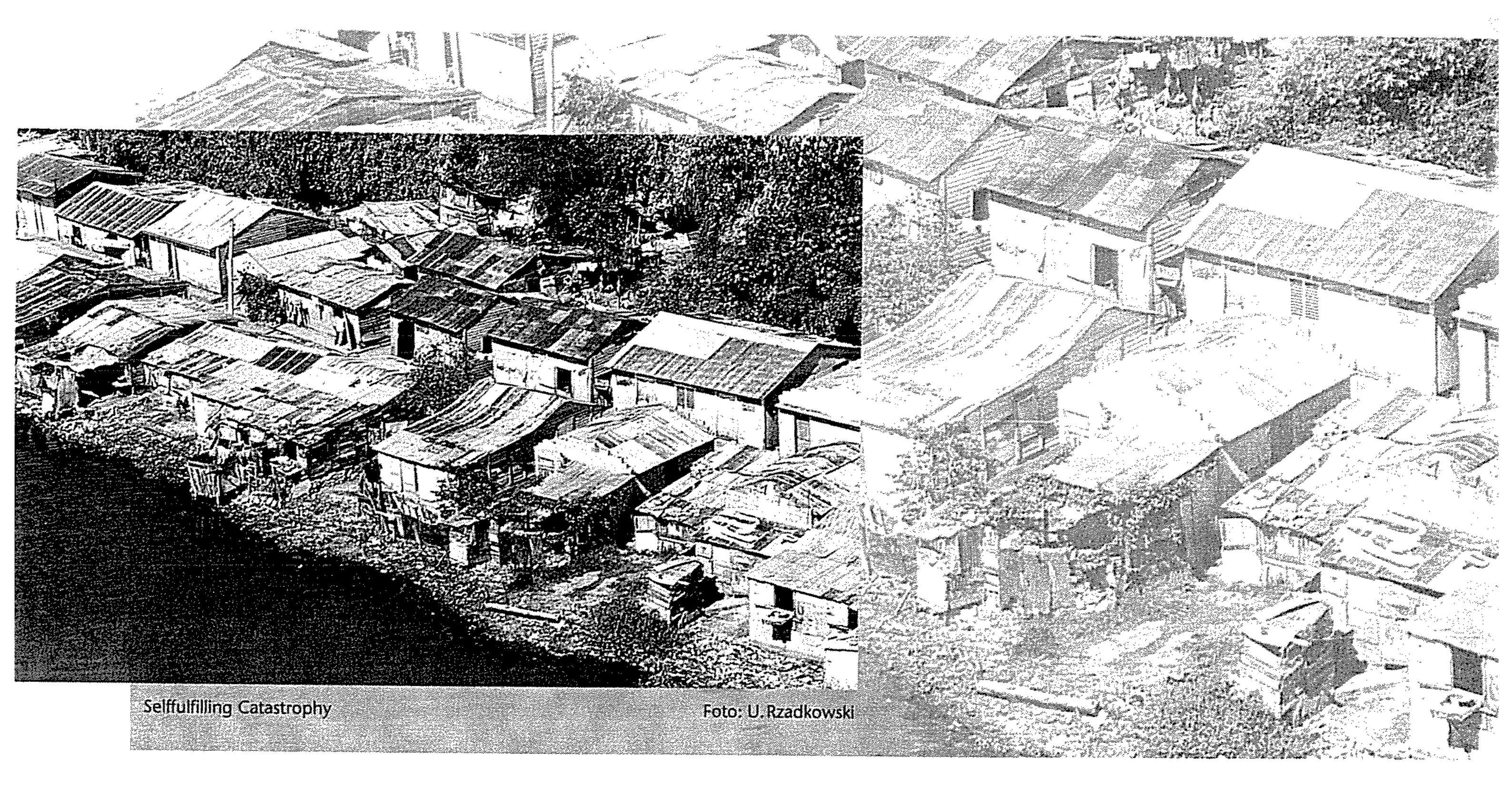
Opposition gibt es vor allem außerhalb des Parlaments. Die Mehrheit der Massenmedien kritisiert den Pakt und Alemáns autokratische Tendenzen scharf. Das gilt auch für viele Sandinisten wie etwa den sandinistischen Sender *Radio Ya*, der Ortega und seine Parlamentsfraktion zuletzt als »Schweine«, »Verräter« und »Prostituierte« bezeichnete und daraufhin auf Antrag der Parteiführung mittels Gerichtsbeschluss und Polizeieinsatz auf Linie gebracht wurde. Ein breites Bündnis von Ex-Sandinisten und bürgerlichen PolitikerInnen bis hin zu Violeta Chamorro versucht, das diskriminierende Parteiengesetz zu unterlaufen – um der Einheit willen allerdings weitgehend programmfrei.

Auch die öffentliche Meinung ist eindeutig oppositionell, aber es fehlt ihr an Durchschlagskraft, weil sich nur eine Minderheit der Bevölkerung den Luxus erlauben kann, an dieser Auseinandersetzung teilzunehmen. Zudem lassen sich auch Teile der Linken vom *Caudillismo* beeinflussen, der Vorstellung, dass starke Männer die Geschichte machen. Und nicht zuletzt geraten die Regierungen der sogenannten »internationalen Gebergemeinschaft« und die Bretton-Woods-Institutionen in Konflikt mit Alemán, da sie ihre Ziele, Märkte zu öffnen und günstige Investitions- und Akkumulationsbedingungen zu schaffen, durch dessen Willkür und die Auflösung staatlicher Strukturen gefährdet sehen.

## »Hör auf meinen Rat, sei gegen den Staat« *(R. Schamoni)*

► Der Orkan Mitch zeigte, dass die Regierung weder fähig noch willens war, die Bevölkerung zu schützen. Das größte Unglück, die Schlammlawine am Vulkan Casita, war lange vorhersehbar gewesen – die Regierung tat nichts, lediglich die sandinistische Bürgermeisterin der nahen Kleinstadt Posoltega versuchte, die Bevölkerung evakuieren zu lassen, nachdem Alemán ihre Forderung nach Katastrophenschutz als »verrückt« bezeichnet hatte und von der Zentralregierung keine Hilfe zu erwarten war. Kaum war die Katastrophe vorüber, versuchte die Regierung, die eintreffende Katastrophenhilfe zu monopolisieren, erklärte sich als allein zuständig für den Wiederaufbau und weigerte sich, auch nur einige der ca. 2.000 Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Land einzubeziehen. Wie alle autonomen Regungen aus dem Bereich, der heute als Zivilgesellschaft bezeichnet wird, sind der Regierung die NRO ein Greuel, weil sie sie nicht kontrollieren kann.

Nachdem Alemán seine Staatskarosse nirgendwo mehr verlassen konnte, ohne von



Selffulfilling Catastrophy Foto: U. Rzadkowski

aufgebrachten Menschenmengen mit dem reichlich vorhandenen Schlamm beworfen zu werden, wurde ihm klar, dass es vielleicht nicht ratsam sei, die Verantwortung für den schleppenden Wiederaufbau allein tragen zu wollen. Um die NRO zu umgehen, beauftragte er nun die katholischen Bischöfe mit der Verwaltung der Hilfsgelder. Diese wiederum betrieben im wahrsten Sinn des Wortes Kirchturmpolitik und versorgten lieber Freunde und Verwandte, als mit evangelischen und nicht-religiösen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund bildete sich spontan ein Verband von 350 NRO, die *Zivile Koordination für Nothilfe und Wiederaufbau* (CCER), um die Hilfe landesweit zu koordinieren und der politischen Einseitigkeit der Regierung etwas entgegenzusetzen. Da die NRO wichtige Partner der Entwicklungshilfe-Geber sind und diesen gut in ihr Konzept von Transparenz, Dezentralisierung und Stärkung der »Zivilgesellschaft« passen, werden sie von ihnen protegiert und durften an der Geberkonferenz zur Koordinierung der Mitch-Hilfe in Stockholm 1999 teilnehmen. Als Oppositionsersatz und Kontrollorgan für das Finanzgebaren der Regierung taugen sie jedoch nur mit großen Einschränkungen, da ihre Interessen zu unterschiedlich sind und ihre Kapazitäten Grenzen haben. Manchmal hat Alemán nicht ganz Unrecht in seiner Häme: »In Nicaragua ist es einfach, eine NRO aufzumachen. Vier Hungerleider tun sich zusammen, bilden eine NRO und erklären sich zu Repräsentanten der Zivilgesellschaft.« Auf der anderen Seite bedient sich die Regierung der NRO nach außen als demokratisches Aushängeschild, während sie innenpolitisch vielen Schikanen ausgesetzt sind. Etwa einem Drittel wird der Status als juristische Person verweigert. Mittlerweile ist der nicaraguanische Staatsapparat selbst dabei, »NRO« zu gründen, um über diese an die Nothilfetöpfe zu gelangen.

Ein Jahr nach Mitch ergab eine Umfrage der CCER unter Hilfsempfängern, dass 40% von ihnen Unterstützung von internationalen Organisationen erhalten hatten, 31% von nicaraguanischen NRO, 10% von einer der Kirchen, weitere 10% vom Roten Kreuz und nur 8% von der Regierung. 40% der Geschädigten lebten aber immer noch in Notunterkünften oder unter Plastikplanen. So muss auch die Bedeutung des Umfangs humanitärer Hilfe relativiert werden: Von den versprochenen 2,6 Mrd.$ sind anderthalb Jahre nach Mitch nach Angaben des Präsidenten der Zentralbank nur 25%, nach Angaben des Außenministeriums gar nur 17% in Nicaragua eingetroffen. Das wären dann höchstens 0,6 Mrd.$ – gerade eben der Betrag, um den in demselben Zeitraum die Auslandsschuld des Landes anstieg. Ähnlich sieht es in Honduras aus, wo im gleichen Zeitraum die Außenschuld um 450 Mio.$ auf 4,3 Mrd.$ wuchs.

## Geber sind Gläubiger

▸ Die Forderungen der Geber- und Gläubigerkonferenzen weisen gewisse Ähnlichkeiten mit denen der nicaraguanischen Opposition auf – ein Vertreter der deutschen Botschaft verstieg sich sogar zu der Einschätzung, dass »wir heute alle an einem Strang ziehen«. Gefordert werden etwa nachhaltige Ressourcennutzung, Entwicklung der Infrastruktur, Beteiligung der Zivilgesellschaft, Dezentralisierung (Entwicklung der Kommunen) oder *Good Governance* (damit sind korrekte Rechnungsführung gegenüber den Geldgebern, Rechtssicherheit für Investoren und Normalbürger und Gewaltenteilung gemeint). Soziale Forderungen (»Armutsreduktion«) werden von den Gläubigerstaaten zwar erhoben, ihre Einhaltung aber kaum überprüft. Ganz anders bei der Durchsetzung von Strukuranpassungsmaßnahmen: Hier bekommt Nicaragua das gesamte Gewicht seiner Auslandsabhängigkeit und der Auslandsschuld von 6,7 Mrd.$ zu spüren. Mit buchhalterischen Kriterien werden rigoros messbare Erfolge eingefordert und penibel kontrolliert. Dass die Privatisierung von Staatsbetrieben und Banken, die Streichung von Subventionen und öffentlichen Dienstleistungen, Teilprivatisierung und Verteuerung des Erziehungs- und Gesundheitswesens, Privatisierung des Rentensystems usw. aber keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sondern viele Menschen noch schneller in Notsituationen bringen, dürfte einleuchten.

Besonders hat sich die »Internationale Gemeinschaft«, sprich: die Industriestaaten und unter ihnen auch die Bundesregierung, für die Privatisierung des lukrativsten Staatsunternehmens Telcor (Post- und Fernmeldewesen) stark gemacht. Dort hat jetzt MasTec das Sagen, der Konzern des mittlerweile verstorbenen »zukünftigen Präsidenten Kubas« Jorge Más Canosa, Anführer des Hardlinerflügels der Exilkubaner in Miami. Die Exilkubaner haben als verlängerter Arm der US-Außenpolitik Alemán in den Sattel gehoben, indem sie seinen Wahlkampf finanzierten. Ein kleiner Somoza an der Karibikküste sollte ihnen gegen Fidel Castro helfen. Der Kalte Krieg ist in dieser Weltgegend noch nicht vorbei. Und ob sie wollen oder nicht, sind die Organisationen der Solidaritätsbewegung wie der Not- und Katastrophenhilfe darin verflochten.

▸ **Christian Neven-du Mont** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



# Die Natur der Katastrophe

## Die Nothilfe als Retterin der Zivilisation

Flüchtlingslager in Tansania Foto: UNHCR

von **Stephan Günther**

**In der Warengesellschaft wird die Natur durch Zerstörung und Ausbeutung zum Objekt. Wenn sie in Form der Katastrophe »zurückschlägt«, wird ihr andererseits ein Subjektstatus zugeschrieben. Die Katastrophe wird zum naturhaften Gegenstück der Zivilisation – beinahe unabhängig davon, wie sehr der Mensch beteiligt ist und ob es sich um Kriege, Stürme oder Flugzeugabstürze handelt. Der Katastrophenhilfe kommt dabei die Rolle einer Retterin der Zivilisation zu.**

► Die Bändiger der Natur, die Jäger und Fänger wilder Tiere, die Ingenieure, die Flüsse regulieren, oder die Förster, die den Wald in Reih und Glied pflanzen, haben ihren Status als Pioniere der westlichen Welt verloren. In der Regel nämlich ist die Natur unter Kontrolle. Die Sehnsucht nach »unberührter Natur«, nach Wildnis und Urtümlichkeit ist stärker geworden als die Angst vor deren Gefahren. Nur im Fall von Katastrophen, wenn Wälder brennen, die Erde bebt, Stürme toben oder Vulkane spucken, wenn also die Natur zur Katastrophe wird, dann ist nach wie vor technische Hilfe gefragt, um die Gewalten zu zähmen.

In der Beschreibung von Katastrophen drückt sich das Verhältnis von Kultur und Natur am stärksten aus. Egal ob Naturromantiker, die die Zerstörung durch die menschliche Kultur beklagen, oder Bändiger: Sie alle reproduzieren die Trennung von Kultur und Natur. So wird die Zivilisation als Gegenpol zur Katastrophe gesehen, auch wenn es sich um Flugzeugabstürze oder Hungerkatastrophen handelt, also ganz offensichtlich um Folgen menschlichen Handelns. Die Katastrophe wird meist mit der »Natur« in Verbindung gebracht, die »zurückschlägt«, die also selbst zum Subjekt wird. Warum so unterschiedliche Naturvorstellungen heute so ähnliche Wahrnehmungen der Katastrophe auslösen können, macht erst der Blick in die Geschichte des Verhältnisses von Kultur und Natur deutlich.

> In der Katastrophe wird auch der Mensch wieder zum Teil der Natur

### Am göttlichen Plan vorbei

► Noch im 15. und 16. Jahrhundert galten Naturereignisse wie Stürme oder Erdbeben als Wunder, als Gottes Mahnungen oder Werke des Teufels, denn die »Natur« war als Schöpfung harmonisch. Erst um 1600 wurde der aus dem Lateinischen entlehnte Begriff »Katastrophe« im deutschsprachigen Raum gängig. Er bezeichnet eine »entscheidende Wendung zum Schlimmen: Unheil, Verhängnis, Zusammenbruch« (Duden Herkunftswörterbuch). Die frühe Aufklärung brauchte noch eine gedankliche Konstruktion, die es ermöglichte, Phänomene wissenschaftlich zu erklären, ohne die göttliche Schöpfung zu hinterfragen. Also musste jede Erscheinung einen Zweck haben, weil nämlich »die Prozesse der Natur sich nicht selbst steuern, sondern gesteuert werden«.[1] Nur solange der Mensch das Wunder des ganzen Universums akzeptiert, fragt er nicht nach Sinn oder Unsinn katastrophaler Ereignisse.

Diese Grenze der Erklärung, die im Verweis auf das göttliche Ganze gesetzt war, wurde schon bald überschritten. Nicht Gott ist nunmehr der Lenker der Ereignisse, sondern das Gesetz der Natur. Die Natur wird subjektiviert, sie handelt – wenn auch nach ihren eigenen, objektiven Naturgesetzen, die mess- und interpretierbar sind. Mehr noch: »Aus der Wahrnehmung des Menschen als Subjekt entwickelte sich das romantische Verständnis der Natur.«[2] Zunächst – mit der Aufklärung – bekommt die Natur also ihre eigenen Gesetze und in der Romantik dann ihre eigene Seele.

Aus dieser veränderten Sicht auf die Welt ergeben sich bezüglich der Katastrophenwahrnehmung zwei zunächst höchst gegensätzliche Folgen. Der Natur werden Eigenschaften zugeschrieben, die – im Falle von Katastrophen – grausam sein können. Sie muss also gebändigt werden, was möglich erscheint, weil die Naturwissenschaften in ihr dynamische, also veränderbare Potentiale sehen, die in der Evolutionslehre benannt werden. Das romantische Naturverständnis dagegen ist statisch. Die ewige Natur zeigt als Gegenstück zur menschlichen Zivilisation deren Schwächen auf. Die Romantisierung der Natur – bis hin zur heutigen Naturschutzbewegung immer wieder aufkommend – ist die Folge dieses kulturpessimistischen Verständnisses. Angesichts der Vollkommenheit der Natur wird die Kultur zur eigentlichen Katastrophe, die die Ordnung der Dinge zu zerstören droht. Der Verweis auf diese Vollkommenheit führt in der Romantik zur Idealisierung. Natur wird zur Ideologie.[3]

### Der Sinn der Katastrophe

► Diese beiden Betrachtungsweisen der Natur sind jedoch nur vordergründig widersprüchlich. Weil beide die Natur in Gegensatz zur Kultur setzen, sind auch beide, die angeblich »natürliche Ordnung« oder das

scheinbar »natürliche Gleichgewicht«, als Erklärungen für die Unumstößlichkeit von Machtstrukturen bestens geeignet. Denn weder die übergeordnete Gewalt der Natur noch die Naturgesetze sind außer Kraft zu setzen. Beide setzen »natürliche« Wahrheiten voraus, die eine liegt im großen Gott, die andere im kleinen Gen.

Und so wie die christliche Lehre im Geheimnis Gottes und die Romantik im Willen »der Natur«, so findet auch die darwinistische Lehre einen Sinn in der Katastrophe: Die Gesetze der Evolution verheißen den Sieg des Stärkeren über den Schwächeren und damit den Fortschritt. Und wann könnten Starke von Schwachen besser »ausgelesen« werden als zu Zeiten von Katastrophen, die »untrennbar mit der Evolution verbunden sind«[4]? Nur die widerstandsfähigsten und geschicktesten Geschöpfe überleben Brände und Überschwemmungen – und geben ihre überlegene Erbmasse an ihre Kinder und Kindeskinder weiter. Katastrophen werden zu Phasen bester und konsequentester Auslese – Rückschritte sind die Ausnahme in der evolutionären Entwicklung, wenn die Katastrophe auch mal die Starken trifft, bisweilen gar Dinosaurier und andere Arten ganz auslöscht. In dieser Konsequenz ist die »Evolution als Katastrophengeschichte« zu lesen.[5] Die Lehre der Evolution impliziert jedes Handeln und sieht in der Entwicklung einen vorgegebenen, quasi schicksalhaften Prozess. In der Katastrophen- und »Nahrungskrisenforschung« wird auch sprachlich der Schritt zur Naturforschung vollzogen: »Bei weiter erhöhter Destablisierungsdynamik, meist ausgelöst durch plötzliche Krisensituationen (z.B. Bürgerkriege) oder Naturkatastrophen (Dürren, Fluten o.ä.) erfolgt der Eintritt in die nächste Phase des Hungerprozesses, der Hungerkrise. Das Nahrungssystem zerfällt nun rapide, der Prozess erreicht einen entscheidenden Wendepunkt. Fehlen nun Gegenmaßnahmen oder sind sie unwirksam, so kommt es zu einer Hungerkatastrophe mit vollständigem Zusammenbruch des Nahrungssystems.«[6]

In der Katastrophe wird auch der Mensch wieder zum Teil der Natur. Die der Zivilisation eigene Trennung von Natur und Kultur wird dabei allerdings nicht aufgehoben. Die betroffenen Menschen, die explodierenden Raketen oder die versinkenden Schiffe verlassen für eine Zeitlang das Terrain der Zivilisation und begeben sich auf das der Natur. Gedanklich hier angelangt, können menschgemachte und »Naturkatastrophen« logischerweise nicht mehr differenziert werden.[7] Menschliches Handeln wird so naturalisiert. Folglich sind die Kriege nicht mehr wesentlich von Epidemien unterscheidbar, der Absturz der Concorde oder die »Katastrophe« von Tschernobyl könnten auch Vulkanausbrüche sein.

***Katastrophenprophet Nostradamus***

*Der 1503 geborene Michele de Nostredames sah »Antichristen«, die Kriege bringen würden, Vulkanausbrüche und Sturmfluten voraus. Noch interessanter aber als die Weissagungen sind die heutigen Interpretationen. So schreibt John Hogue in »Nostradamus – Jahrtausendwende. Was bringt uns die Zukunft?«: »Was der Prophet in seinen Trancen kommen sah, ist eine Epoche der Gespaltenheit, der Seuchen, Kriege und Atomkatastrophen. Er spricht von nie dagewesenen Veränderungen und prophezeit der Menschheit ihr Verlöschen im Jahre 2000.« Während die Kapitel in Hogues Buch, die sich mit den vermeintlichen Vorhersagen über Napoleon (»Antichrist«) und über Hiroshima (»Jahrhundert der Sonne«) beschäftigen, noch in der Sprache Nostradamus' betitelt sind und damit auf den strafenden Gott anspielen, heißt das Kapitel zum Jahr 2000 »Die Erde schlägt zurück«. Die Natur wird Subjekt.*

*Im Übrigen wird dies die letzte Ausgabe der iz3w sein, denn für das Jahr 2000 prophezeite Nostradamus: »Im Frühjahr wird es Omen geben. (...) Und im Monat Oktober wird eine große Bewegung des Erdballs sein, dergestalt, dass man meinen wird, dass die Erde ihre natürliche Schwerkraft verliert und sie nunmehr in den Abgrund ewiger Finsternis fallen wird.« Und unter diesen Bedingungen werden wir nicht arbeiten.* *step*

## Rettung der Ordnung

▶ So verwundert es kaum noch, dass die bunten Seiten der Tageszeitungen – die »Katastrophenseiten« – ungefähr zu gleichen Teilen über Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Waldbrände einerseits sowie Flugzeugabstürze, Verbrechen und Chemieunfälle andererseits berichten. Es ist egal, wo die tägliche Dosis Katastrophe ihre Ursachen hat, denn zumindest in Katastrophenfällen wird der Mensch auf seine vermeintliche Natur zurückgeworfen. Das auslösende »menschliche Versagen« steht gleichberechtigt neben dem »technischen Versagen« und den »höheren Gewalten«. Fast unabhängig von fehlerhafter Technik oder menschlichem Einfluss bleibt die Katastrophe natürlich in dem Sinne, dass sie das Gegenstück zur Zivilisation bildet. Die Not- und Katastrophenhilfe steht folglich für die Rettung der Zivilisation in Katastrophenzeiten. Sie lindert den Schmerz, verteilt Nahrung und Kleidung. Mehr noch: Erst in der Katastrophe erkennt sich die Zivilisation, im Angesicht des Chaos wird erst der Wert der Ordnung deutlich. Die Katastrophenhilfe bereitet den Weg für die Rückkehr der Kultur.

Nach der »Katastrophe«, mit der »Stunde Null«, beginnt die Stunde der Zivilisation. Analog zu den Arten, die mit Mutationen auf Katastrophen und Veränderungen reagieren, wird auch der Kapitalismus als anpassungsfähig und besonders dynamisch nach Kriegen und Katastrophen beschrieben. Die höchsten Wachstumsraten verzeichnete das »Wirtschaftswunder« nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber auch jede kleine Katastrophe sorgt mit ihren Zerstörungen für neue Aufträge für Katastrophenschutz, Bauunternehmer und Versicherungsmakler. Zwar wird beim Wirtschaftswunder regelmäßig unterschlagen, dass es nur durch massive Intervention von außen, also quasi durch die Katastrophenhilfe des Marshallplans möglich wurde. Dennoch: Der Markt, so die Wirtschaftswissenschaften, reagiert nach Zerstörungen besonders lebendig.

All dies suggeriert eine heilende Wirkung von Zivilisation und Markt. Die sozialen Ursachen der Miseren, wenn etwa die (normale) Armut so groß ist, dass jeder kleine Sturm und jede Trockenheit Katastrophen auszulösen vermögen, werden dabei genauso ausgeblendet wie die ökologischen. Nur dadurch, dass die Katastrophe nach wie vor außerhalb der Zivilisation gedacht wird, wird erklärbar, dass sie wieder und wieder von ebendieser produziert wird.

### Anmerkungen:

1 Marco Bormann: Der Begriff der Natur. Eine Untersuchung zu Hegels Naturbegriff und dessen Rezeption. Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000.

2 Andreas Schmidt: »Wolken krachen, Berge zittern, und die ganze Erde weint...« Zur kulturellen Vermittlung von Naturkatastrophen in Deutschland 1755 bis 1855. Waxmann Verlag, Münster 1999.

3 Herbert Mainusch: Natur als Ideologie. In: Ruth-Elisabeth Mohrmann (Hrsg.), Argument Natur – Was ist natürlich? LIT Verlag, Münster 1999.

4 Franz M. Wuketis: Naturkatastrophe Mensch. Evolution ohne Fortschritt. Patmos Verlag, Düsseldorf 1998.

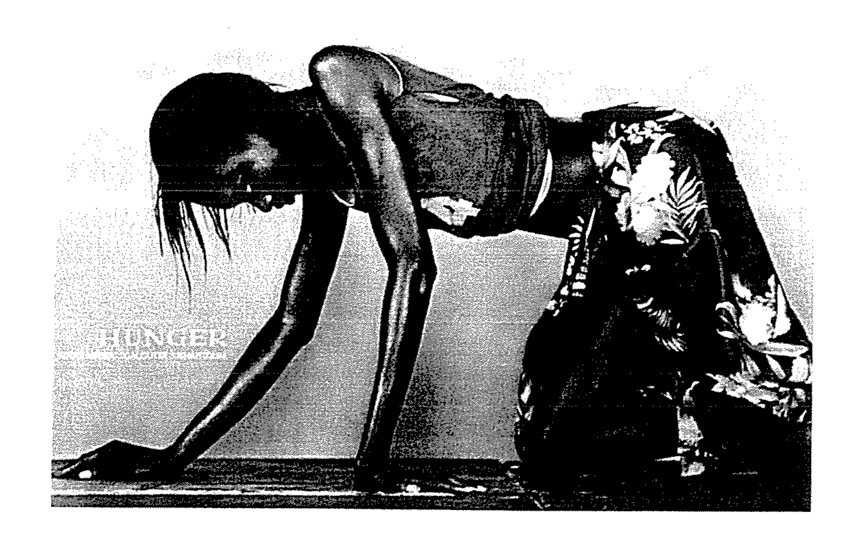
5 Franz M. Wuketis: Die Selbstzerstörung der Natur. Evolution und die Abgründe des Lebens. Patmos Verlag, Düsseldorf 1999.

6 Hans-Georg Bohle und Fred Krüger: Perspektiven geographischer Nahrungskrisenforschung. In: Die Erde, 123/1992, S. 257-266.

7 Franz M. Wuketis schreibt dazu: »Selbst die Sklaverei hat nicht der Mensch erfunden«, weil auch Ameisenarten andere für sich arbeiten ließen. »So wie die »Versklavung« von Ameisen durch andere Ameisen nur einer von vielen Wegen ist, die Lebewesen gehen, um sich Ressourcen zu sichern und erfolgreich fortzupflanzen, so sind auch die vielen Raubzüge des Menschen nur Mittel eines Lebewesens im Dienste des eigenen Lebens und Überlebens.« (vgl. Anm. 5)

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

# Die heimliche Fremde




**So wenig wie die Hilfsorganisationen vor Ort »neutral« sein können, so wenig sind sie es in ihrer Spendenwerbung. Hier müssen sie sich an den vermeintlichen Vorlieben ihres Klientels orientieren – Bilder extremen Elends etwa sind selten geworden. Wie diese Orientierung an Sehgewohnheiten in die Reproduktion rassistischer Stereotypen münden kann, zeigt die aktuelle Kampagne von WorldVision.**

von **Thomas Cernay**

▶ Die gerade laufende Spendenkampagne von *WorldVision*, die sich »Hunger: Frühjahr/Sommer 2000« nennt, strebt die vollendete Mimikry der Mode an. Nach eigenem Bekenntnis ging es dem Schöpfer des Motivs darum: »nicht diese typischen Elendsbilder zu machen ... sondern fragliche Fashionfotos, bei denen man nachdenken sollte und die vor allem die richtige Zielgruppe treffen – Menschen, denen nichts wichtiger ist als ihre Markenwelt.« Schlechter kann man seine guten Absichten nicht verheimlichen. Und beim Vollzug ist diesem moralischen Pragmatismus folglich jedes Mittel recht.

So die Idee, das Model auf allen Vieren zu präsentieren und in ein rassistisch/sexistisches Stereotyp einzubinden – der Standard zur Herstellung des begehrenswerten Objektes. Dann kommt die Mode ins Spiel: Sportliches Leibchen und Blumentuch als Requisiten einer Inszenierung, die mit der Mode auf die Mode weist. Dem standartisierten Narzissmus jener members der Markenwelt gibt dies die Möglichkeit zur Identifikation. Wichtiger aber als das bisschen Stoff sind hier die Zeichen. Auch sie sind weniger geworden seit der letzten Kollekte oder Kollektion von *WorldVision*: Stand im letzten Jahr unter den Lettern H,U,N,G,E,R noch der Standort der Firmenfilialen – Calcutta • Addis Abeba • Harare • Khartoum – so wurde Harare für »Frühjahr/Sommer 2000« gestrichen – aus tiefer Sorge um die Gleichheit zu G,U,C,C,I – Paris • New York • London.

Der eigentliche und bemerkenswerte Charakter des Bildes lebt aber nicht von diesen Verschiebungen und gegen Null strebenden Differenzen, sondern von der Doppelung des Themas Identifikation und Abgrenzung. Einem Wiederholungszwang folgend wird aus dem Model, das eigentlich Negersklavin ist, eine Sportikone, die eigentlich eine Verhungernde darstellen soll. Dazu werden alle Register gezogen: Das Klischee der hageren schwarzen Athletin in Startposition, der theatralische Zusammenbruch der Ausgezehrten, der magere Typ des Models, der Erinnerungen weckt an den kaum vergangenen Heroin- und Bulimie-Chic (und der als Irrläufer die einzig reale Verbindung zum Hungern ist). Die sublime Darstellung der hageren Arme als ins Bild laufendes Beinpaar durchbricht nicht nur die Statik der Pose, sondern bahnt zugleich die Assoziation zu Sport und Laufsteg. Noch heimlicher und im Zentrum des Bildes operiert die »4«, das einzige Zeichen auf dem Körper, das stumm passt, wo eine Startnummer »1« mit Sicherheit störend wäre. Sie erübrigt Gedanken an eine dritte oder gar vierte Welt, während sie diese, vermutlich unbewusst, bezeichnet.

Und trotzdem werden Gespenster geweckt. Was der »Realismus« bekannter Kampagnen mit Hungerbäuchen und emporgereckten Arme wachrufen wollte, wird hier mit märchenhaften Mitteln inszeniert: Die Darstellung einer fiktiven Welt, die das Bedrohliche neutralisiert, von dem sie spricht. So lässt sich die Trauerarbeit, sonst höchst gefährliche Konfrontation mit dem Selbstbild jener markenbewussten 18-35jährigen, in klingende Münze wandeln. So darf das Stigma der Sterblichkeit durch den Set der narzisstischen Identifikationsfiguren schimmern. Die kontrollierte Künstlichkeit macht die Rückkehr des Verdrängten nicht nur akzeptabel, sondern auch noch angenehm – und zwar durch die Kanalisierung der Verstörung als Gefühl der Schuld. Denn dieses schlechte Gewissen lässt sich in der Logik des Tausches durch ein Almosen sogleich beruhigen. Dank dieses Rahmens wird Schuldgefühl sogar zum Ich-stärkenden Genuss. Wer geben kann, steht eben nicht auf der Seite jenes Anderen, das in den Armen erkennbar wird.

Der Vater der Psychoanalyse hätte an dem Foto seine helle Freude. Seine Schrift »Das Unheimliche« hebt mit einer Untersuchung des Wortes »heimlich« an, dessen Bedeutung von »vertraut« bis »verborgen« schwankt und damit auch sein Gegenteil umfasst. Dass »heimlich« mit der beunruhigenden Fremdheit von »unheimlich« zusammenfällt, galt ihm als Indiz einer grundlegenden Dynamik des Unbewussten. Freuds aufklärerische Leistung besteht in der Erkenntnis, dass das Ich der frühkindlichen narzisstischen Phase das unangenehm und bedrohlich Empfundene aus sich heraus projiziert und so das Fremde als dämonischen Doppelgänger schafft. Mit anderen Worten, das Fremde verliert seine Bindung an Rasse, Religion oder Nation und wird als verdrängtes Eigenes zum integralen Bestandteil des Selbst. Diese Prämisse wäre die hoffnungsvolle Bedingung eines gelungenen Multikulturalismus.

Der multikulturelle Touch dagegen, den das Kampagnenmotiv verrät, zeugt nur vom Scheitern der guten Absicht. Statt des Respekts für das Unversöhnbare erfolgt die Aufnahme des Fremden in eine Warenförmigkeit, die es verdinglicht und als Eigenes auslöscht. Obwohl es vor identifikatorischen Überblendungen wimmelt, ist es ein unvollständiges Bild, das das Unheimliche nur in der irrealen schwarzen Fremden zulassen kann. Ein Gespenst, das man sich mit dem Ablasshandel vom Leibe hält.

▶ **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

»Little World« in Inuyama, Japan    Foto: J. H. Gleiter

# Reversed Exoticism

## Wie japanische Themenparks die europäische Moderne »überwinden«

von **Jörg H. Gleiter**

**In Japan sind in den achtziger Jahren unzählige Themenparks mit detailgetreuen Nachbildungen holländischer Städte, peruanischer Klöster oder bayerischer Bauernhöfe entstanden. Sie sind mehr als nur kurzlebige, kommerzialisierte Freizeit- und Ereigniswelten. Die japanischen Themenparks sind neue Formen kultureller Produktion, die einen Angriff auf die europäische Moderne als Original und Vorbild mit ihrem Anspruch auf universelle Gültigkeit darstellen.**



▸ Die Japaner haben anscheinend keine Skrupel, sich über das Konzept von Authentizität hinwegzusetzen: Europa erfindet, Japan kopiert. Darüber scheint auf beiden Seiten Einigkeit zu herrschen. Im Zuge der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse sieht es aus westlicher Sicht so aus, als wäre langfristig nicht nur die Übernahme westlicher Techniken sondern auch der westlichen Kultur, Ästhetik und Ethik als Ganzes für Japan unausweichlich.[1] Damit wäre jeder neue japanische Musiker in einem westlichen Symphonieorchester oder jeder neue japanische Modedesigner nicht in erster Linie Konkurrenz und schon gar nicht eine Bedrohung im Sinne einer feindlichen Übernahme der westlichen Kultur, sondern geradezu Bestätigung für deren universellen Geltungsanspruch.

Die japanischen Themenparks scheinen diesen Trend auf den ersten Blick mehr als nur zu bestätigen. Bilder aus der Presse von japanischen BesucherInnen – die in der nachgebauten Dorfkirche ins falsche Gebet versunken sind oder von in europäische Trachten verkleideten Schülerinnen – werden so als »Profanisierung der westlichen Kultur« gerade einmal mitleidig belächelt. Man könnte die Themenparks in der Tat nur als hilflose Annäherungsversuche an das westliche Ideal betrachten. Vorausgesetzt wäre aber, dass das Ziel aller japanischen Sehnsüchte der Westen in seiner Totalität als authentisches Original eines modernen Lebensentwurfes wäre. Daran sind jedoch Zweifel anzumelden.

### Kopien nicht-kopierbarer Kultur

▸ Paradoxerweise entsteht erst mit der industriellen Massenproduktion die Idee einer authentischen Kultur. Sie ist eine Erfindung der europäischen Moderne. Die Möglichkeit

der endlosen technischen Vervielfältigung bedarf einer einzigen Vorlage und wertet diese als Original oder Prototyp auf, während bei der vormodernen manufakturiellen Fertigung dagegen jedes Objekt mehr oder weniger Original und Kopie zugleich war. Gleichzeitig fördert die moderne entindividualisierte Massenfertigung das Verlangen nach einem Original als Objekt individueller Identifikation. Mit dem Kult ums Authentische als zentralem Moment westlicher Selbstfindungsprozesse existiert Europa Japan gegenüber in einer Art Doppelrolle. Einerseits bringt die westliche Kultur Originale in Form von technischen und kulturellen Erfindungen hervor, die weltweit kopiert werden. Auf der anderen Seite aber fungiert die Idee der Moderne im Sinne ihres aufklärerischen Universalitätsanspruchs als Ganzes selbst als Prototyp und wird als ein solches kulturelles Original bei ihrer globalen Verbreitung bestätigt durch jede bessere oder schlechtere Kopie. Diese Rolle als Original wiederum ist die Voraussetzung für die Identifikation der europäischen Kultur mit sich selbst, die sich erst mit einer Kopie ihrer selbst als Einheit bestätigt. Damit bedeutet die Moderne einen Prozess der Lokalisierung und Verortung der europäischen Kultur durch dessen Gegenteil, der Internationalisierung ihrer Prinzipien.

Die Themenparks kopieren wortwörtlich und auf geradezu perfekte Art und Weise das, was in der europäischen Kultur, weil orts- und kulturgebunden, als nicht kopierbar gilt: Das europäische architektonische Kulturerbe, das vielleicht technisch konstruktiv, aber als absolut identische Kopie in seinen ethischen, 'atmosphärischen' und emotionalen Komponenten und als Teil der Alltagskultur nicht nachahmbar zu sein scheint. Als einmalige Kopie unverwechselbar, sind die Themenparks keine Massenprodukte und unterscheiden sich damit von der modernen Technologie und ihren endlosen Vervielfältigungen. Sie unterscheiden sich gleichermaßen von den Techniken der Postmoderne, den Kollagetechniken, denen auch das Prinzip der beliebigen Wiederholbarkeit eigen ist. Als Kopien von etwas, was nicht als kopierbar gilt, sind die japanischen Themenparks, das soll hier gezeigt werden, Angriffe auf den Kult des Authentischen im Allgemeinen und ganz explizit Angriffe auf die europäische Moderne als Original und Vorbild in ihrem Anspruch auf universelle Gültigkeit und ihrer als selbstverständlich angenommenen bedingungslosen Übernahme in Japan. Ihr Ziel ist, die idealistische Einheit westlicher Kultur als unhintergehbares Vorbild technischer wie kultureller Modernität aufzubrechen. Die Themenparks sind in diesem Sinne Maschinen der Trennung der technisch wissenschaftlichen Modernität von ihrer kulturellen Komponente.

## Europa als vormodernes Kuriositätenkabinett

► Zu einem der beliebtesten und größten Themenparks gehört der in der Nähe von Nagasaki gelegene 'Huis ten Bosch'. 'Huis ten Bosch' ist die Essenz der holländischen Stadt mit seinem nachgebauten neogotischen Rathaus von Gouda, einer Nachbildung des Amsterdamer Hotel Europa, des königlichen Schlosses Huis ten Bosch zusammen mit einer Vielzahl anonymer holländischer Stadt- und Bürgerhäuser, mit Grachten, Windmühlen, Tulpen und Zugbrücken. Alles wirkt real und echt. Holland wurde mit dem Bau von 'Huis ten Bosch' kurzfristig zum größten Klinkerexporteur der Welt. Entgegen allem detailgetreuen Kopieren ist 'Huis ten Bosch' die Simulation einer Realität, die es so in der exakten Entsprechung in Europa trotz allem nicht gibt. In diesem Sinne ist 'Huis ten Bosch' vielleicht eine der künstlichsten aller Welten; eine Märchenwelt ist es, im Gegensatz zu Disneyland beispielsweise, jedoch nicht.

**Die moderne Massenfertigung fördert den Kult ums Authentische**

'Huis ten Bosch' ist Amsterdam, Gouda und Utrecht, ist Europa und Japan in einem – es existiert an vielen Orten gleichzeitig. Alle Vorstellungen zeitlicher Linearität von Kultur sind aufgelöst. Ganz unzweideutig in gründerzeitlicher Stilvielfalt präsentiert 'Huis ten Bosch' in Echtzeit das Europa des 19. Jahrhunderts. Doch die Eindeutigkeit der zeitlichen Referenz bleibt unmittelbar auf die architektonische Erscheinung beschränkt, denn die Taxen und Busse, die in 'Huis ten Bosch' unterwegs sind, passen als Zeichen der Technisierung und Mechanisierung der Massen offensichtlich nicht in die Idylle des vormodernen biedermeierlichen Europas. Sie sind alle Nachbauten von Automobilen aus den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts und gehören nicht wirklich in die holländische Idylle des 19. Jahrhunderts. Interessant ist jedoch, dass die Embleme, unaufdringlich aber gut sichtbar angebracht, die Autos als Nachbauten gerade nicht europäischer Automarken, sondern japanischer Automobilfirmen auszeichnen. Dem Europa des 19. Jahrhunderts als rein ästhetisches, enttechnisiertes Ereignis steht, so deutet sich hier an, ein technisches Japan des 20. Jahrhunderts gegenüber.

Zwar bleibt der Westen nicht ganz ohne Repräsentation seiner technischen Substanz. In verschiedenen Museen werden technische Apparate und Herstellungsverfahren gezeigt, wie zum Beispiel Glockenspiele, Musikboxen und Orchestrions – in einem besonderen Ausstellungsraum wird das Gießen von Kirchenglocken und die Mechanik von Leierkästen vorgestellt. Doch man kommt nicht umhin: Die Museen gleichen eher Kuriositätenkabinetten, der Westen wird nur mit einem Teil seiner Technikgeschichte aus dem 19. Jahrhundert repräsentiert. Gleichzeitig werden in nahezu schizophrenem Kalkül die Orchestrions und Orgeln den anderen Attraktivitäten des Parks, den Virtual Reality Shows, 3D-Kinos und den simulierten Weltraumflügen entgegengesetzt. Die Aussage ist unzweideutig: Europa wird zelebriert als Ideal frei von moderner Technologie. Die Technik, in Form japanischer Automobile, wird nicht nur der europäischen Kultur (in Form der Architektur) gegenüber gestellt, sondern Europa als Ganzes von seiner technisch wissenschaftlichen Rationalität geradezu getrennt. Was übrig bleibt ist ein Europa als rein ästhetisches, teilweise kurioses und darüber hinaus vormodernes Ereignis, dem ein technisiertes, d.h. modernes Japan gerade in der Kopie einer ursprünglich europäischen Erfindung, dem Automobil, bewusst entgegengesetzt wird. Die Rhetorik der Themenparks folgt damit der üblichen Rezeption von Moderne und Vormoderne in der Polarisierung zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen, aber in direkter Inversion ihrer Inhalte: Der Westen, historisch Inbegriff der Moderne, dem es nachzueifern gilt, ist jetzt auf seinen vormodernen Gehalt reduziert, während Japan innerhalb des fiktiven Kontextes von 'Huis ten Bosch' als ein den Westen übertreffendes High-Tech Produkt präsentiert wird.

Die Themenparks entstanden unter dem direkten Einfluss des 1979 vom japanischen Ministerpräsidenten Ohira Masayoshi proklamierten 'bunka no jidai' oder »Zeitalter der Kultur«. Danach entwickelte sich die japanische Nachkriegsgesellschaft in Perioden von fünfzehn Jahren. Auf das Zeitalter der politischen Stabilisierung und internationalen Anerkennung, dem 'Zeitalter der Politik' von 1950 bis 1965, folgt das der Wirtschaft, das seinen Höhepunkt im Anschluss Japans an die Spitze der führenden Industrienatio-

nen 1980 findet. Beide Phasen waren politisch wie ökonomisch von europäischen oder amerikanischen Vorbildern geprägt. Auf sie folgt das Zeitalter der Kultur, das die Frage der Definition der eigenen Kultur und ihrer Selbstvergewisserungsprozesse in Abkehr von der Politik der Amerikanisierung ins Zentrum stellt. Auf der Basis der vollzogenen, notwendigen Industrialisierung und Modernisierung schien die Zeit für die Definition einer eigenen, allumfassenden japanischen Kultur gekommen. Man knüpfte nicht zufällig an die nationalistisch geprägte Diskussion aus dem Jahr 1942 an und holte die »Beschwörungsformel« von der »Überwindung der Moderne« wieder aus der Tabuzone. Da die Moderne vielfach mit dem Westen gleichgesetzt wurde, bedeutete ihre Überwindung »vor allem die 'Überwindung des Westens' in militärischer wie in geistiger Hinsicht... In diesem Sinne ist sie bis auf den heutigen Tag ein Fetischwort, an dem sich die Geister scheiden.«[2] Mit der aufkommenden Postmoderne – simplifiziert und übereilig als das Ende der Moderne und damit das Ende des Westens in Japan proklamiert – schien sich ein Instrument zur Formulierung einer japanischen kulturellen Autonomie anzubieten.

»In Japan ist die Postmoderne immer schon zuhause«, lautet eine in den achtziger Jahren häufig vertretene These. Man bezieht sich auf das Primat des Ästhetischen vor dem Politischen, auf das fehlende Zentrum in der japanischen Kultur, den in der japanischen Gesellschaft schon traditionell angelegten Konsumismus und das fehlende Konzept einer westlich geprägten Subjektzentrierung. Indem die Postmoderne als ureigen Japanisches beansprucht wird, wird sie zur antiokzidental eingefärbten »Wiederentdeckung« einheimischer Folkore, vermeintlich authentischer Alltagskultur.«[3] Verbunden mit der Vorstellung von einer eigenen Entwicklungslinie aus der Tiefe der Geschichte Japans heraus in die zeitgenössische, vom technisch wissenschaftlichen Diskurs bestimmten Gesellschaft hinein, wird die Vorstellung von einer authentisch japanischen (post-)modernen Identität postuliert. Damit führt der Weg zu einer genuinen japanischen Gegenwartskultur nicht mehr durch oder über die westliche Moderne. Die Postmoderne als eine Form der »Überwindung der Moderne« stellt damit in ihrer japanischen Theoretisierung letztendlich den Versuch dar, die Wurzeln der modernen Industriegesellschaft aus der Eindeutigkeit ihres westlich aufklärerischen Zusammenhangs herauszulösen und eine eigene japanische Modernität und Authentizität aus der eigenen Tradition heraus zu konstruieren. Die Internationalität der japanischen Themenparks hat also wenig mit der »nichtjapanischen Welt zu tun, sondern mehr mit einem innerjapanischen Diskurs über die eigene nationale und kulturelle Identität.«[4]

## Die Exotisierung des Trivialen

► Bei den Vorbildern der Themenparks handelt es sich nicht um die »hohe« westliche Kultur. Es sind überwiegend Bauernhöfe oder bürgerliche Stadthäuser, Vogelhäuschen und Blumenbeete, die kopiert wurden und die auch im Westen kaum mehr als dem Klischeehaften der Alltagskultur zugerechnet werden können. Die absolute Perfektion und Hyperrealität selbst der geringsten Nebensächlichkeiten in den Themenparks dient aber weder der Trivialisierung der »hohen« westlichen Kultur noch ist sie ein missglückter Versuch ihrer Aneignung durch die Japaner. Ihre Strategie ist die Exotisierung des Trivialen. Es geht daher nicht um die Bewunderung und Verehrung einer westlichen kulturellen Authentizität, sondern um deren Subversion. Damit verliert die westliche Kultur gegenüber der japanischen ihren bisherigen Vorbildcharakter. Sie wird in der Musealisierung und Fixierung im Ästhetischen überwunden, wird historisch und verliert damit ihre Relevanz als nachzueiferndes Vorbild für ein hochtechnologisiertes Japan.

Mit dieser Exotisierung des Trivialen scheinen die kulturellen Rezeptionsmuster zwischen Ost und West auf den Kopf gestellt, denn als Kulturtechnik dem Fremden gegenüber war der Exotismus immer ein Privileg des Westens im Umgang mit außereuropäischen Kulturen. Er war eine Technik der Grenzziehung zwischen dem westlichen, modernen Eigenen und dem traditionellen, ausländischen Fremden und damit eine Technik, das Fremde fremder zu machen oder fremd und außerhalb des westlich modernen Kontextes zu halten.

**Die Exotisierung und Miniaturisierung westlicher Kultur zielt auf einen populären Begriff des Schönen**

Was als exotisch deklariert wird, ist nicht mehr und nicht weniger als das schon lange und zu Gunsten einer höheren Lebensform überwundene Eigene der westlichen Kultur.

So wertete der europäische Blick auf das alte Japan das dort alltäglich Triviale durch seine Exotisierung auf, entzieht es jedoch gleichzeitig dem Alltag. An seiner Stelle klafft im Bereich des Alltags dann ein Vakuum. In Japan wird etwa der Kimono auf diese Weise zur Kunstform und selbst in seiner einfachsten Alltagsvariante scheidet er als hoch stilisiertes Kulturgut für den täglichen Gebrauch aus. Die entstandene Leere wird durch die Übernahme westlicher Kulturelemente, in diesem Falle westliche Kleidung, wieder aufgefüllt. Die Exotisierung ist somit als eine Kulturtechnik erkennbar, die die andere Kultur unterhöhlt, indem sie sie scheinbar erhöht. Sie etabliert die Universalität westlicher Kultur durch das Mittel der »Verkunstung« und damit der Ausklammerung des ursprünglich Alltäglichen aus den tagtäglichen Lebenszusammenhängen der außereuropäischen Kulturen. In diesem Sinne gehört die bildungsbürgerliche Begeisterung für die ewigen Werte der anderen fremden Kulturen und die gleichzeitige Verachtung der Alltagskultur in ein und dasselbe Schema. Impliziert ist im Kult dem alten Japan gegenüber, dass der Westen die dominante globale Macht ist. Mit dem Mittel des Exotismus wird klar gestellt, dass sie es auch bleibt. Exotisierung bedeutet damit die Traditionalisierung der Kultur des Anderen als Erfindung. Sie meint aber nicht deren Autonomie, sondern ihre Koppelung an die westliche Moderne als deren Negativ.



»Huis-Ten-Bosch« in Sasebo, Japan

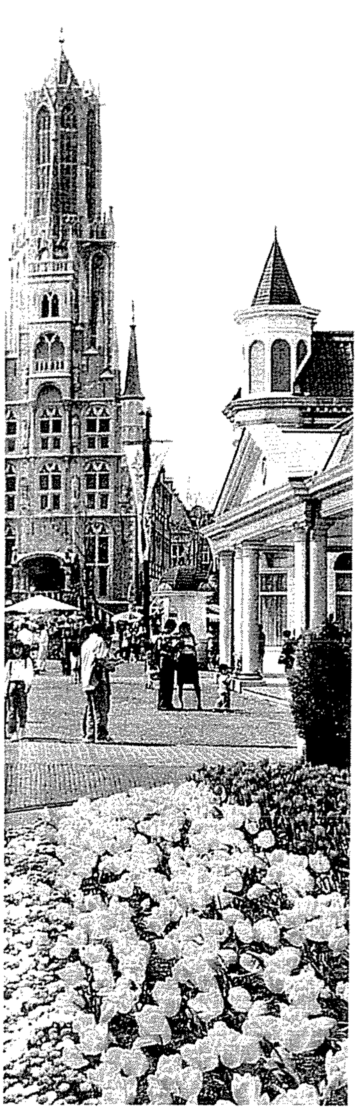


Foto: J. H. Gleiter

Die japanischen Themenparks sind die direkte Antwort darauf, indem sie umgekehrt das alltäglich Triviale der westlichen Kultur zu einem unerreichbar Künstlichen erheben.

## Übung im Meistern des Schrecklichen

► Eine direkte Entsprechung zum europäischen Exotismus, quasi mit negativem, japanischem Vorzeichen, sind die japanischen Themenparks jedoch nicht. Sie mögen auf westliche BesucherInnen noch so bizarr wirken – für JapanerInnen folgen sie in subtiler Anspielung eher einem alt bekanntem Schema der Miniaturisierung. Sie nehmen in ihrer Anlage direkt Bezug auf den traditionellen Landschaftsgarten der Edo-Zeit (1603-1868) und binden damit den Diskurs um die Moderne zurück an das, was unzweifelhaft als ein Teil der Tradition Japans bezeichnet werden muss.

Die Exotisierung der westlichen Alltagswelt durch die Themenparks unterscheidet sich auch in einem weiteren Punkt ganz entschieden von der westlichen Praxis der Exotisierung der japanischen Kultur: Die Parks bleiben kommerzialisierte Ereignisse. Als Teil einer an der Alltagskultur orientierten Kulturindustrie erheben sie das Exotisierte nicht in die Sphäre der Kunst, sondern zielen auf einen Begriff des populären Schönen, der sich nicht zufällig vom hohen Begriff des Schönen einer westlich-aufklärerischen Ästhetik absetzt. Diese folgt dem vom Humanismus ererbten »Parallelismus von Sinnen und Verstand, von cognitio sensitiva und cognitio rationale.«[5] Ihm entspricht der Parallelismus von Wissenschaft und Kultur. Die japanischen Themenparks zielen dagegen auf deren Trennung. Schön ist demnach nicht, was sich im erzieherischen Impetus über uns erhebt und dem wir nacheifern sollen, sondern was sich uns unterordnet; was also als klein, glatt und angenehm empfunden wird. Sinnlichkeit dient nicht mehr der Erkenntnis, sondern einer gefühlsmäßigen Selbstversicherung: Das Erhabene eines Gewitters, erlebt aus der Sicherheit des Hauses, erzeugt ein Wohlgefühl, das umso intensiver erfahren wird, je größer der nachlassende Schrecken des Donners ist. Das übergroße Fremde führt, obwohl es nicht zur Erkenntnis im aufklärerischen Sinne führt, doch zur existenziellen Bestätigung des Eigenen.

Die Miniaturisierung westlicher Kultur in den Themenparks stellt eine Technik der Verkleinerung einer bedrohlich in die eigene Kultur eingreifenden westlichen Ästhetik dar. Das aus japanischer Sicht für lange Zeit als Bedrohung erfahrene, ehrfurchtsvoll Erhabene der westlichen Kultur wird im japanischen Kontext zu einem gezähmten und damit beherrschbaren Sinnesreiz und zur conditio sine qua non der japanischen Kultur. »Es ist eine Übung im Umgang mit und eine Übung im Meistern des Schrecklichen. Aber dieser Umgang mit dem Schrecklichen wird als 'frohe(r) Schrecken' erfahren. Das Erhabene wird als eine 'Art Ruhe mit einem Beigeschmack von Schrecken' durchlebt.«[6] Die japanischen Themenparks können durchaus mit einer solchen 'Übung im Meistern des Schrecklichen' verglichen werden. In Form der Themenparks wird der Westen zu jenem 'frohen Schrecken' eines überwundenen Bedrohlichen und zum Kristallisationspunkt – nicht von Erkenntnis im westlich aufklärerischen Sinne, sondern von kultureller Selbstbestätigung. Dabei zielen die Themenparks nicht auf die absolut identische Kopie ihrer westlichen Vorlage, sondern auf die Überwindung des Vorbildes als solches in selbstbegründeter Eigenständigkeit.

Das Fragmentarische der Themenparks und die Konzentration ganzer Kulturen in ihrem Mikrokosmos zielen auf einen Prozess neuartiger postkolonialer kultureller Produktion. Sie gehören ganz zur Praxis des Alltags, was sie von ihrem westlichen Pendant der Lunaparks, von Coney Island oder den Oktoberfesten, aber auch den Disneyparks unterscheidet. Sie sind, wie 'Hius ten Bosch' und andere Themenparks zeigen, weder pure Erlebnis- oder Freizeitparks, noch sind sie abgehobene Kulturereignisse. In ihrem industriellen Charakter heben sie die Trennung von hoher und niedriger Kunst auf. Ihr Ziel ist es, die idealistische Einheit westlicher Kultur als unhintergehbares Vorbild der technischen wie kulturellen Modernität zu hinterfragen. Gerade als Teil einer globalisierten Kulturindustrie stellen sie neue Formen transkultureller Differenzierungspotentiale dar.

*Ein ausführlicher Beitrag zum Thema: Gleiter, Disorientiert: Japan, der Westen und der Ästhetizentrismus. In: Thesis Nr. 6, 1998. Verlag Bauhaus-Universität.*

### Anmerkungen:

1 Dieser Gedanke ist nicht so neu und schon als fester Bestandteil in der Idee der europäischen Aufklärung angelegt. Auch Jürgen Habermas weist in seiner Postmodernekritik ausdrücklich darauf hin, wenn er von postmodernen Prozessen spricht, die »die Moderne von ihren neuzeitlich-europäischen Ursprüngen« entfremden und die vom »okzidentalen Rationalismus geprägte Moderne« zu einem »raumzeitlich neutralisierten Muster für soziale Entwicklungsprozesse« überhaupt stilisieren würden. Er folgt darin Max Weber, der noch davon ausging, dass die wissenschaftlich-technologische Entwicklung nicht ohne eine typisch okzidentale ethische Komponente zu haben sei (Jürgen Habermas, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt am Main 1988, S.10; dazu: Gerhard Schweppenhäuser u. J. H. Gleiter, Paradoxien der Globalisierung, Weimar 1999).

2 Irmela Hijiya-Kischnereit, Leuchtet Japan? Einführende Gedanken zu einer proklamierten Zeitenwende, in: dies., Überwindung der Moderne? Japan am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1988

3 dies.

4 Jennifer Robertson, »Internationalisierung« als Nostalgie im heutigen Japan, in: Hijiya-Kischnereit (Hg.), Überwindung der Moderne?, a.a.O.

5 Heinz Paetzold, Rhetorik-Kritik und Theorie der Künste in der philosophischen Ästhetik von Baumgarten bis Kant, in: Gérard Raulet und Burghard Schmidt (Hg.), Kritische Theorie des Ornaments, Wien u.a. 1993.

6 ders.



► **Jörg H. Gleiter** arbeitet am Lehrstuhl für Entwerfen und Architekturtheorie an der Bauhaus-Universität Weimar.

# Der Professor und die Tsetsefliege

## Vom »Platz an der Sonne« zum »Platz für Tiere«

*Tier- und Naturfilme erreichen hierzulande auch in Zeiten von Pay- und Reality-TV erstaunliche Einschaltquoten. Wo sich niedliche Nager und putzige Bären balgen, da scheint die Welt noch in Ordnung. Vor allem Bernhard Grzimek hat dies in zahlreichen Fernsehsendungen immer wieder vorgeführt. Doch die Bücher und Filme des bekanntesten deutschen Tierfilmers in den 50er Jahren zeigen, dass in der Entdeckung unberührter Natur in Afrika die Identitätssuche Nachkriegsdeutschlands symbolisiert liegt: Die Suche nach einem Platz für Deutsche.*

von **Michael Flitner**

► Die Forderung nach einem »Platz an der Sonne«, die der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow Ende 1897 im deutschen Reichstag erhob, gehört zu den bekanntesten Schlagworten für das deutsche Kolonialzeitalter. Sie markiert zeitlich den Übergang zu einem aggressiveren deutschen Auftreten im Kampf der Imperialmächte, mit Flottendemonstrationen von Kiautschou bis Agadir, wo ein Kriegsschiff mit dem Namen »Panther« deutsche Ansprüche geltend machen sollte.

Mindestens ebenso bekannt ist in Deutschland die Forderung nach einem »Platz für Tiere«, für echte Panther sozusagen, die der Zoodirektor und Tierfilmer Bernhard Grzimek ab 1956 jahrzehntelang regelmäßig im Ersten Deutschen Fernsehen erhob. Mit Einschaltquoten von 75 Prozent war die Sendung lange Zeit die beliebteste überhaupt – noch vor der Tagesschau und dem heiteren Beruferaten. Nicht zuletzt der tierische »Gast« im Studio wurde im Laufe der Jahre ein feststehender Topos. Bernhard Grzimek zeigte, »wie wertvoll Fernsehen sein kann« (Seeßlen). Mit seinen Filmen und Büchern gilt er heute auch als »Motor« des Naturschutzes in den 1960er Jahren, ja sogar als »Vorreiter der Ökologiebewegung«. (...)

Es liegt nicht nur wegen der vergleichbaren Wortwahl nahe, diese beiden zeitlich auseinander liegenden Forderungen nach dem Platz an der Sonne und dem für Tiere probeweise miteinander in Verbindung zu setzen. Denn das deutsche Bild der Tropennatur hat fraglos starke Impulse während der Kolonialzeit erhalten. Die zeitgenössischen Berichte der »Entdecker«, Eroberer und Missionare sind voll von Bildern der Tropennatur und insbesondere des »Urwalds«. Vor allem aber lädt Grzimek selbst zu der vorgeschlagenen Verbindung ein. Denn seine Reisen führten ihn sowohl in die ehemals deutschen Kolonien als auch in den Tropenwald des Kongo. »Kein Platz für wilde Tiere« hieß sein Bericht von dieser Reise, der 1954 veröffentlicht wurde, im Titel noch negativ. Er erschien zunächst in der Illustrierten Revue, dann als Buch im Kindlerverlag und schließlich als Kinofilm, bald ausgezeichnet mit dem Bundesfilmpreis und dem Berliner Goldenen Bären.[1]

In seinem Bericht lassen sich Elemente einer Neuinszenierung des deutschen Verhältnisses zum Tropenwald in der noch jungen Bundesrepublik finden, die zwischen kolonialer und postkolonialer Weltordnung angesiedelt ist und zugleich im Vorfeld einer aufsteigenden Umweltbewegung liegt. In dieser Inszenierung, so meine Gesamtthese vorweg, zeigt sich der Tropenwald als Bühne einer prekären Identitätssuche der Deutschen nach dem Nationalsozialismus, die in der Form eines kontrollierten Naturschauspiels vonstatten geht. Die Denkfiguren und Argumentationsmuster, die dabei unter Grzimeks Regie ins Spiel gebracht werden, bleiben bis in gegenwärtige Umweltkonflikte virulent.

### Die Heuschrecke

► Grzimek beschreibt in diesem Buch eine Reise in den belgischen Kongo, die er unternimmt, um dort viele wilde Tiere zu fotografieren und einige davon für den Frankfurter Zoo einzufangen. Doch weite Passagen des Buches gelten einer tieferen Botschaft, die konsequent um einen einzelnen Faktor herum organisiert ist: die wachsende Bevölkerung der Erde. Schon das erste Kapitel unter dem Titel »Afrikas Tiere müssen sterben« beginnt mit den Sätzen: »Bis sie dieses Kapitel fertig gelesen haben, in diesen wenigen Minuten, hat sich die Menschheit auf Erden um 4.000 Köpfe vermehrt. Morgen um dieselbe Zeit ist die Menschenzahl um 100.000 gestiegen ...« Und noch ehe es explizit geschrieben steht, ist das bald folgende Hauptargument klar: »Das ist der Grund, warum Afrikas Wildtiere sterben müssen, warum alle Wildtiere auf Erden der ›Heuschrecke Mensch‹ weichen müssen.«

Grzimek führt dabei einen sehr simplen ökologischen Malthusianismus vor, der auf ›natürliche‹ Faktoren wie Bevölkerungswachstum, Ernährung und Krankheit beschränkt bleibt. Er geht in seiner Argumentation an keiner Stelle näher auf Bedürfnisse, Ressourcenverbrauch, Produktionsweisen oder soziale Institutionen ein. Es ist die nackte Zahl von Menschen auf der Erde und der »Platz«, der den »wilden Tieren« bleibt. Grzimek lässt auch in fast verblüffender Offenheit die naturalistischen Raumnot-Thesen der Geopolitiker im Tierreich neu erklingen. Die »Tiere ohne Platz« scheinen doch sehr dem »Volk ohne Raum« verwandt, allerdings in einer merkwürdigen, mehrfachen Umdrehung. In jenem gleichnamigen kolonialrevisionistischen Roman von Hans Grimm (1926), der den von den Nazis aufgegriffenen Slogan prägte, war Afrika ja gerade der Inbegriff von unermesslicher Weite, während »das ganze deutsche Land schon übervoll (ist) mit drängenden Menschen«. (...)

Der Tropenwald bzw. »Urwald« ist bei Grzimek ein »Platz« mit changierenden Bedeutungen, die vor allem durch das Motiv der Leere zusammengehalten werden. Der konkrete »Platz« (place) wird trotz all der Pflanzen und Tiere als leer empfunden. Hoch droben mögen die Papageien kreischen – »hier unten merkt man nichts davon, es ist alles leer«. Meistens aber bezeichnet der »Platz« eine Matrix möglicher räumlicher Ausdehnung, einen abstrakten Raum (space). Dieser »Platz« ist programmatisch leer gedacht. Für das »tiefe Innere des Urwalds« heißt leer dann vor allem »menschenleer, auch leer von Pygmäen«. Manchmal ist die Vorstellung dieser Leere geradezu langweilig, ja es kann zu einem »Alpdruck« werden, »dass dieses Blätterdach ... tausende Kilometer weit ist, eigentlich unendlich«!

Warum gibt es dann aber keinen »Platz« mehr in diesem unendlichen, leeren Wald? Die Antwort auf diese Frage führt zum Hauptmotiv zurück: »In spätestens fünfzig Jahren werden sich die Menschen südlich der Sahara verdoppelt haben. Wo Maniok, Süßkartoffeln, Bananen gebaut werden, muss man zwangsläufig Gorillas, Meerkatzen, Paviane, Antilopen totschießen, die davon auch leben wollen.« Angesichts des abstrakten Raumes, des normativ leeren Urwalds ist jeder Mensch eine Bedrohung. (...)

Das rettende Ufer in jenem »brodelnden Meer aus Menschen« kommt jedoch bald in Sicht, es ist vor allem die Natur selbst, die Rettung verspricht. »Malaria, Schlafkrankheit, Aussatz, Filarien, Gelbfieber, Cholera, Sklavenhandel und die Kriege jedes Negerstammes gegen den anderen sorgten (dafür), dass die Menschen nicht mehr wurden und dass in weiten Gebieten gar keine Menschen lebten.« Nachdem Grzimek eingangs überdeutlich gemacht hat, wie negativ er jedes Bevölkerungswachstum bewertet, wird hier klar, dass er Bilharziose, Hunger und Krieg für Segnungen hält.



Drei vom Frankfurter Zoo

## Die Tsetsefliege

▸ Eine Verbündete hat der Autor ausfindig gemacht, die den Platz für wilde Tiere besonders wirksam zu bewahren hilft: Die Tsetsefliege. Die Bedeutung dieses kleinen »Gasts« wird schon daran deutlich, dass ihm eine von zwei didaktischen Grafiken in dem Buch gewidmet ist: Sie zeigt den afrikanischen Kontinent, der im mittleren Drittel, etwa von Gambia bis Tanganjika, dunkel getönt ist und ein von links ins Bild ragendes Rieseninsekt, dessen Stechrüssel sich in »Nigerien« bohrt. »Von Tsetsefliegen beschützte Gebiete« lautet die Legende. Die Tsetsefliegen wirken der afrikanischen »Raumnot« gleich doppelt entgegen: Sie infizieren die »europäischen Haustiere« mit der Nagana-Seuche und die Menschen mit der verwandten Schlafkrankheit. So helfen sie »beneidenswerte Malaria- und Schlafkrankheitsparadiese« zu erhalten, sprich: einen »Urwald«, in dem allein die wilden Tiere ihren Platz finden.

An diesem Punkt wird Grzimeks Argumentation zum zweiten Mal hintergründig und komplexer, als es zunächst den Anschein hat. Denn für viele Leser seiner Generation stellte sich hier ein intertextueller Bezug her zu dem mit dokumentarischen Elementen angereicherten Roman *Germanin:* Geschichte einer deutschen Großtat von Helmut Unger aus dem Jahr 1938. Die Verfilmung dieses Romans, mit Luis Trenker in einer Hauptrolle und Goebbels Schwager Max Kimmich als Regisseur, kam 1943 in die Kinos und war der letzte große Kolonialfilm der NS-Zeit, gerade zehn Jahre vor Grzimeks Revue-Serie. Die Bezüge zwischen den beiden Geschichten sind offenkundig: Auch *Germanin* spielt überwiegend in Zentralafrika und dreht sich wesentlich um das Wirken der Tstetsefliege. Allerdings ist die Botschaft eine ganz andere: Der Film schildert die heroischen Taten eines fiktiven deutschen Wissenschaftlers, der während des Ersten Weltkrieges ein neues Medikament gegen die Schlafkrankheit erfindet – Bayer 205, später Germanin genannt, gab es tatsächlich –, und dadurch selbstlos unzähligen Afrikanern das Leben rettet. (...)

Die oberflächlich erschließbare Hauptaussage von *Germanin* lautet ganz einfach, dass die Tsetsefliege eine Geißel Afrikas sei, weil sie Menschen tötet, und dass daher die Bekämpfung der Schlafkrankheit als ›unsterbliches Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte‹ zu gelten habe. Das wirft allerdings weiteres Licht auf Grzimeks Geschichte.[2] Denn er sagt ja zumindest implizit das glatte Gegenteil, für ihn wird Zentralafrika nicht vor, sondern von der Tsetsefliege beschützt. Ein zweites Mal, nach dem »Volk ohne Raum«, nimmt er damit einen NS-Topos auf und formt ihn zugleich um, indem er ihn ›zur Natur zurückführt‹. Wiederum scheint er indirekt alte Propagandakonstrukte auszuhebeln, indem er den Referenzpunkt ganz von den Menschen auf die Tiere verlagert, die hier quasi als schuldlose Subjekte agieren. Die vom Autor eingenommene Position ist dabei offen menschenfeindlich und implizit rassistisch.[3] Bis in seine Wortschöpfungen hinein bleibt Grzimek dem alten Diskurs verhaftet. »Deutsch-Ostafrika ist beinahe seuchenfrei« hatte es in *Germanin* geheißen, eine inhaltlich erfreuliche Botschaft, aber mit sehr üblen Anklängen für jedes halbwegs offene Gehör im Jahr 1943, in dem weithin ›judenfreie Ostgebiete‹ propagiert wurden. Grzimeks Sorge und Drohung zehn Jahre später klingt noch ebenso ungut, wenn man Inhalt und Subtext gemeinsam und Wort für Wort durchdenkt: »Ägypten wird bald gazellenfrei sein«.

> »Weil sie nicht wie die anderen in ihrem Lendenschurz gekommen waren, bekamen sie auch keine Schokolade.«

## Das deutsche Okapi

▸ Das konkrete Objekt der Begierde, dessenthalben Grzimek sich vor allem auf den Weg gemacht hat, ist das Okapi, jenes giraffenverwandte Waldtier mit den zebragleich gestreiften Beinen. Während die Bevölkerungsfrage und mit ihr die Tsetsefliege den breiteren Rahmen des Buches setzt, steht das Okapi dramaturgisch an seinem Höhepunkt, und das heißt auch: tief drinnen im »Urwald«, wo diese »Urgiraffe« ihren »letzten Zufluchtsort« gefunden hat. Doch das Okapi begegnet uns von Anfang an nicht allein, sondern stets in rätselhafter Begleitung: »Der Ituriwald hat zwei Arten von seltsamen Lebewesen lange vor der übrigen Welt versteckt gehalten. Das Okapi ... und die Pygmäen.« Die Zusammenschau von Okapis, Pygmäen und »Negern« eröffnet nun vielfältige Möglichkeiten, das Verhältnis von Tier und Mensch, Natur und Gesellschaft weiter zu erörtern. Die Pygmäen oder »Bambuti« (heute: Mbuti) bilden nämlich für Grzimek als hybride Wesen ein Übergangsfeld zwischen Mensch und Tier. In unterschiedlicher Form baut Grzimek den naturnahen, letztlich nicht subjektfähigen Status der Mbuti weiter aus, vor allem durch Verniedlichung und Infantilisierung sowie durch die Überlappung der verwendeten Begriffe: Die »Zwerge« sind »wie Kinder«, ein »Urwaldkind« ist ein kleiner

Schimpanse, während ein »Schimpansenmädchen« an anderer Stelle »ein richtiger frecher kleiner Negerjunge« sein kann – auch das Geschlecht ist vor diesen Übergängen offenbar nicht gefeit.

Die Angehörigen dieser zwergenhaften »Menschenrasse« sind nach Grzimek »gar nicht mit Negern verwandt«. Sie sind in erster Linie das Opfer dieser dritten Gruppe. Denn während die »Waldzwerge« »liebenswert« und »zutraulich« sind, wimmelt es unter den Schwarzen offenbar von Menschenfressern, eine Vorstellung, die vor allem in historischen Berichten aus zweiter Hand entwickelt wird. So waren die »Vorväter der Asandeh« noch »leidenschaftliche Menschenfresser« und sogar die »Leibesfrucht« einer »erbeuteten Sklavin« konnte dazu bestimmt sein, »als Leckerbraten Verwendung zu finden«. (...)

An dem Dreigestirn von Okapis, Mbuti und Schwarzen kann Grzimek die Hauptthemen des Buches – Bevölkerung, Kolonialismus, Modernisierung, Naturschutz – modellhaft durchexerzieren. Gemeinsam markieren die drei Protagonisten ein darwinistisches System, in dem die strengen Gesetze der Natur unnachsichtig walten: »So wie die Vorfahren der Okapis früher ganz Afrika und Europa bewohnt haben, und dann von anderen Tierarten allmählich verdrängt worden sind, die dem Kampf ums Dasein besser angepasst waren, so haben auch die Pygmäen unter dem riesigen Blätterdach des Kongo-Urwaldes eine Zufluchtstätte gefunden. Als nachher Neger, die ihrerseits von stärkeren Stämmen verjagt waren, vom Rande her in den Urwald eindrangen, wurden die Pygmäen von ihnen abhängig«.

In diesem »Kampf ums Dasein« ist es Grzimek vor allem daran gelegen, dass die Pygmäen so bleiben, wie sie sind. Das heißt, dass sie nicht wie die »Neger« an den Errungenschaften der Zivilisation teilhaben, sich dank medizinischer Versorgung vermehren oder gar ›in die Geschichte eintreten‹, wie es die antikolonialen Bewegungen eben vorführen. Dieser Standpunkt wird unter anderem deutlich, wenn der Autor seine Methoden der Bildbeschaffung schildert: »Zum Filmen und Fotografieren sortierte ich immer wieder hartnäckig zwei oder drei aus, die irgendwo von Schwarzen europäische Shorts eingetauscht hatten oder stolz in einer zerrissenen Weste von Weißen paradierten. Weil sie nicht wie die anderen in ihrem Lendenschurz gekommen waren, bekamen sie auch keine Schokolade.« In diesem Zitat wird aber auch klar, dass der Sündenfall schon geschieht – und der Autor lässt an vielen Stellen erkennen, dass auch die »liebenswerten« Pygmäen zu Bösem prinzipiell fähig sind, weil sie grundsätzlich den Schwarzen nachstreben.

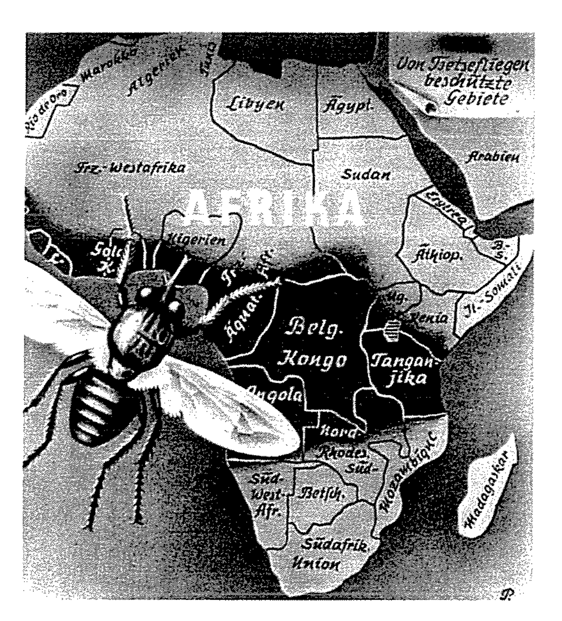
Letztlich nehmen seine Befürchtungen im Hinblick auf die Pygmäen aber vor allem in einer anschwellenden »Menge von Mischlingen« Gestalt an. Während der hybride Status zwischen Mensch und Tier durchaus akzeptabel war, ist die Rassenvermischung mit den »Schutznegern« das Ende der Pygmäen, ein Ende, das dann auch kaum noch zu beklagen ist: »Die Urwaldneger werden allmählich hellhäutiger und kleiner, ein Volk von Bastarden, und die reinblütigen Pygmäen müssen immer stärker abnehmen. Sie werden ohnedies über kurz oder lang ganz verschwinden, und gerade deshalb war es für uns so reizvoll, sie noch kennen zu lernen.« Nun erst, nachdem der darwinistische Reigen zum bitteren Ende gekommen ist, erfahren die Leserinnen und Leser, dass darin selbst die Pygmäen noch Täter sein können. Denn das letzte Opfer bleibt schließlich das Okapi, »... wenn man sich klarmacht, dass die Pygmäen seit alters her fast täglich Okapis fangen und aufessen«.[4]

Das Okapi am Ende der Opferkette – warum will Grzimek uns gerade dieses Tier in seinen Zoo bringen, als »Das erste ›deutsche‹ Okapi«, wie er das entscheidende Kapitel überschreibt? Weil es Opfer ist, wie viele Deutsche sich in den 1950ern fühlen, oder weil es noch mehr Opfer ist, am Ende gar ein Opfer der Deutschen? Das Buch schafft es tatsächlich, das Okapi mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung zu setzen, mehr noch, ein Okapi ist das einzig konkret benannte Opfer von NS-Faschismus und Krieg, mit Todesursache und -datum: »Das nächste lebende Okapi kam erneut in den einzigen Zoo des belgischen Mutterlandes. Dieses Tier hat über 15 Jahre dort gelebt; es ist während des Futtermangels unter der deutschen Besatzung am 25. Oktober 1943 gestorben.«

## Der Naturstaat

▶ »367.000 Tiere suchen einen Staat« – so lautet der Untertitel von Grzimeks berühmtestem Buch *Serengeti darf nicht sterben*. Der Naturstaat, den Grzimek rhetorisch beschwört, entsteht in einer mehrfachen Abgrenzung: gegen die Moderne mit ihren großstädtischen »Furunkeln« und ihrem medizinischen Fortschritt, gegen die koloniale Mission der »Kulturvölker«, die diese Moderne zumindest dem Anspruch nach verbreiten wollen (Germanin), aber auch gegen eine raumgreifende Siedlungspolitik, wie sie unter völkischen Vorzeichen den NS-Strategen vorschwebte. Zugleich lassen sich aber leicht verfremdete Elemente aus all diesen Programmen mühelos wiederfinden. Der Grzimek-Diskurs ist in diesem Sinne gleichzeitig postmodern, postkolonial und postfaschistisch.

Der folgende Versuch, Grzimeks Bedeutungswelt zu sortieren, lässt sich zwanglos




Ein Standort für »unsere vierbeinigen Freunde«

von dem ›semiotischen Viereck‹ inspirieren, das A. J. Greimas maßgeblich entwickelt hat. Mit dieser »bedeutungserzeugenden Maschine« (Haraway) sollen hier jedoch nicht quasi objektive Sinnstrukturen aufgedeckt werden; das Schema soll vielmehr dazu dienen, die Pole und Spannungslinien sichtbar zu machen, die in Grzimeks Diskurs den »Platz für Tiere« definieren und situieren (vgl. nebenstehende Darstellung). Ausgangspunkt und Gegenstand der Erörterung ist die Forderung nach einem »Platz für Tiere«(A). Die Notwendigkeit eines solchen Platzes wird stellvertretend an dem seltenen und bedrohten Okapi verdeutlicht, das vor der herannahenden Zivilisation geschützt werden muss. Dies soll durch die Schaffung von Gebieten ermöglicht werden, in denen keine Menschen leben, ersatzweise dadurch, dass das Okapi in einen geschützten Raum gelangt, den Zoo. Die große Lösung, die Grzimek jahrzehntelang verfolgt hat, verlangt einen »Staat«, wie Grzimek es nennt, dessen einzig legitime Bewohner Tiervölker sind. Dieser Naturstaat kann freilich nur von »uns« Naturschützern durchgesetzt werden. Grzimek bringt dies gewohnt anspielungsreich zum Ausdruck: »... wir wollen Mitgeschöpfe, die wir für ebenso edel und lebenswert halten wie uns selbst, vor der Vernichtung bewahren.« (...)

Und wenn solch höherer Zweck sie rechtfertigt, sind auch koloniale Repressionsmittel wieder zulässig. Der Schutz der kolonisierten Subjekte vor dem Kannibalismus ist hier der Topos, der den Schutz der Tiere vor den postkolonialen Subjekten präfiguriert. In diese Perspektive fügen sich auch Grzimeks heftige Interventionen zugunsten einer Zwangsumsiedlung der Masai im Serengeti-Nationalpark ein.[5]

Der voll entwickelte Gegenpol zu diesem Platz in Grzimeks Schriften kann unter dem Schlagwort »Ein Platz an der Sonne« (B) zu-

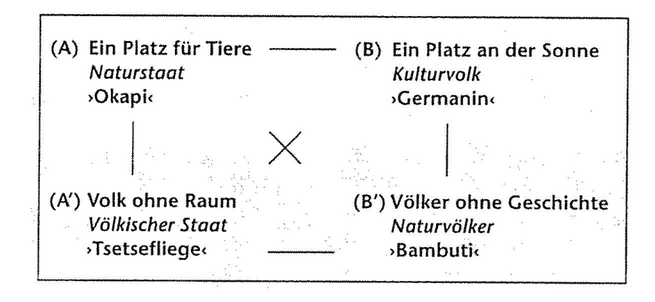
sammengefasst werden. Historisch war dies zunächst die Forderung nach einer zumindest gleichrangigen Position Deutschlands unter den Kolonialmächten, eine Stellung, die Deutschland als Kulturvolk gebühren sollte (Germanin). Diese Denkfigur weist Grzimek explizit zurück. Er will weder einen Kampf der Kolonialmächte um Afrika – »in Wirklichkeit gehört dieser Kontinent allen« –, noch will er, dass sich irgendwelche tatsächlichen oder vermeintlichen Errungenschaften der Zivilisation in Afrika ausbreiten. (...)

Ein zweiter, unspezifischerer Gegenpol zum »Platz für Tiere« ist in dieser postkolonialen Position schon angedeutet. Der Platz ist dabei nicht als qualitativer Ort im Kreise der Kulturvölker gedacht, sondern als quantitativer Raum. Dieser Raum ist ursprünglich nicht für Tiere konzipiert, sondern für ein in Rassebegriffen gedachtes Volk – das »Volk ohne Raum« (A'). In einer denkwürdigen Umkehrung sowohl kolonialer Topoi als auch deutscher Großraumfantasien ist es bei Grzimek die Tsetsefliege, die verhindert, dass in seiner Sicht unbefugte, menschliche Völker in den »leeren« Urwald eindringen und dort dauerhaft siedeln können. (...)

Die Option eines quasi natürlich expandierenden völkischen Staates kann und darf es nicht mehr geben, und schon gar nicht in Afrika. Grzimek schlägt sich mit seinem Naturstaat ja auf die Seite derjenigen, die von solcher Expansion bedroht werden: Okapis, Schimpansen und Gazellen, die es vor der »Heuschrecke Mensch« zu schützen gilt. Eine ganz entscheidende Idee aus dem ursprünglichen politischen Programm bleibt dabei aber erhalten: Ein Zusammenleben der verschiedenen ›Völker‹ – von Tieren und Menschen, die im Kampf ums Dasein ausdrücklich zusammengedacht werden – kann es auch hier nicht geben.

Das letzte Feld, das den Grzimek'schen Platz für Tiere absteckt, steht zunächst in Opposition zum Platz an der Sonne. Im Schatten zu stehen oder gar im Regen, kein Kulturvolk zu sein hieß, im Kampf der europäischen Imperialmächte eine subalterne Stellung einnehmen zu müssen. In letzter Konsequenz bedeutet diese Position den vollständigen Verlust von Geschichtsmächtigkeit. Ein Kernpunkt der europäischen Perspektive in der kolonialen Expansion besteht darin, dass die eroberten und unterworfenen Völker keine historischen Subjekte sind, insbesondere in Afrika – sie sind Naturvölker (B'). Ihr Einschluss erfolgt demnach notwendig hierarchisch und im Wesentlichen paternalistisch, solange diese Hierarchie nicht in Frage steht. Bei Grzimek nehmen die Bambuti einen entsprechenden Platz ein. Ihre infantilisierende Darstellung wird durch die mehrfach erwähnte Verteilung von Bonbons und Schokolade auf den Punkt gebracht. Das populäre Bild der Schokolade und Kaugummi verteilenden US-Soldaten nach dem Krieg ist noch frisch im Gedächtnis und mag auch hier im Hintergrund eine gewendete Rolle der Deutschen signalisieren.[6]

Zwischen allen Polen des normativen Systems »Platz für Tiere« sind gerade die Übergänge gefährlich. Die wachsende Bevölkerung darf nicht (mehr) zu expansiven Siedlungsplänen führen (A-A'); die Tsetsefliege, die den noch leeren Raum schützt, darf nicht im Zuge von Entwicklungsmaßnahmen bekämpft werden (A'-B), der medizinische Fortschritt (Germanin) darf nicht den Naturvölkern zuteil werden (B-B'), weil diese sonst den Naturstaat gefährden (B'-A).




Grzimeks Naturstaat

Auch der politische Subtext einer deutschen Identitätssuche bedarf kaum mehr weiterer Erläuterung: Das Volk ohne Raum ist besiegt, die Rückkehr zur kolonialen Option endgültig versperrt, auch der Weg in die Geschichtslosigkeit (in Form des mythischen Morgenthau-Plans) verworfen. Der legitime und mögliche Platz in Grzimeks Nachkriegsdeutschland liegt in einer Mensch und Tier übergreifenden, unpolitischen, globalen Natur. Dieser Platz ermöglicht gleichzeitig die Übernahme einer Opferrolle und die begrenzte Teilhabe an der wohlmeinenden und fast unsichtbaren Herrschaft über das natürliche Weltsystem.

So lässt sich »Kein Platz für wilde Tiere« auch als ein Buch lesen, in dem der »Urwald« als Bühne dient, auf der die deutsche ›Suche nach dem richtigen Platz‹ auf vergleichsweise schadlose Art in der Tierwelt inszeniert wird. Als zeittypische, krude Geschichtsphilosophie ließe sich Grzimeks prekäre Suche demnach heute vielleicht einfach zu den Akten legen, auf dass nur die schönen Tierbilder aus Afrika und die putzigen Affen im Studio in Erinnerung bleiben. Zumindest zeitgenössisch war dieses politische Naturschauspiel jedenfalls auch im Ausland nicht anstößig. Das belegen die zahlreichen Übersetzungen von Grzimeks Büchern ebenso wie die Verleihung des Oscars für *Serengeti darf nicht sterben* in Hollywood, des ersten und einzigen Oscars, den ein deutscher Dokumentarfilm erhalten hat.

Doch müssen jedenfalls sehr starke Zweifel angemeldet werden, dass Grzimek im Blick auf die spätere Ökologiebewegung »kindliche Seelen« glücklich beeinflusst hat, wie der erklärte »Öko-Optimist« Miersch vermutet. Die Fixierung auf ›charismatische‹ Großtiere, der eifernde Paternalismus, die systematische Missachtung der Interessen der lokalen Bevölkerung und insbesondere die misanthrope Grundhaltung, die erhebliche Teile des ökologischen Engagements in Theorie und Praxis heute noch durchzieht, stehen in aktuellen Umweltkonflikten allesamt auf Seiten der Probleme, nicht ihrer Lösung. Und da wirken Grzimeks Worte und Bilder noch kräftig fort.

*Der hier gekürzte und leicht überarbeitete Text erscheint im Oktober diesen Jahres in Michael Flitner (Hg.): Der deutsche Tropenwald. Bilder, Mythen, Politik. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag.*

## Anmerkungen:

1 Den folgenden Überlegungen liegt die Buchfassung des Reiseberichts zugrunde, die der Revue-Serie entspricht (Grzimek 1954).

2 Dass Grzimek die Germanin-Geschichte kennt, lässt sich seinem zwei Jahre zuvor veröffentlichten Buch 'Flug ins Schimpansenland' entnehmen.

3 In dem Motiv der Umdrehung bieten sich an dieser Stelle auch klare Anschlussmöglichkeiten für eine biographisch-psychologische Interpretation. Der 1932 promovierte Tierarzt Grzimek war während der NS-Herrschaft zunächst als Regierungsrat im Reichsernährungsministerium, im Krieg dann als Veterinäroffizier für die Bekämpfung von Hühner- und Rinderseuchen zuständig. Er wandelt sich biographisch in wenigen Jahren von einem (Nutz-)Tierschützer im Namen der NS-»Erzeugungsschlacht« zu einem expliziten Nutztiergegner und (Wild-)Tierschützer im Namen des internationalen Naturschutzes.

4 Sachlich ist diese Behauptung nach heutigem Kenntnisstand nicht haltbar.

5 Um diesen Park zu erweitern, boten Grzimek und sein Sohn den britischen Kolonialherrn unter anderem Gewinne aus dem Film »Kein Platz für wilde Tiere« an, mit denen nun der Ngorongoro-Krater freigekauft werden sollte – in Grzimeks Worten »der größte Zoo der Welt«.

6 Der Paternalismus in wohlmeinender Form klingt übrigens auch noch an, als der Slogan vom »Platz an der Sonne« in den 1950er Jahren wieder aufgenommen wird: für die Fernsehlotterie zugunsten von Behinderten, fast zeitgleich mit Grzimeks Sendung »Ein Platz für Tiere« und im selben Programm. Während den Behinderten im Lotterie-Diskurs das Erreichen eines Sonnenplatzes in der Gesellschaft aber erleichtert werden soll, wird dies den »Naturvölkern« im System Platz für Tiere nicht zugebilligt.

► **Michael Flitner** ist Geograph und Mitarbeiter am Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg.

## Poetischer Witz

► Die **Reflexionen einer Rebellion,** die v.a. mexikanische Intellektuelle in dem so betitelten Buch über **»Chiapas« und ein anderes Politikverständnis** anstellen, könnten den Diskussionsprozess über und die Auseinandersetzung mit den Zapatistas erheblich intensivieren – Anregungen hierfür jedenfalls liefern die AutorInnen zuhauf. Die Texte sind der von Ana Esther Ceceña herausgegebenen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift »Chiapas« entnommen, die in Mexiko für die Diskussion und Analyse der politischen Prozesse in und um Chiapas unerlässlich geworden ist.

Die »Reflexionen« werden durch zwei Aufsätze der HerausgeberInnen eingeleitet, in denen sie ihr Anliegen erläutern, aus der mexikanischen Debatte über die zapatistische Politik – wie über den sich formierenden Widerstand gegen die neuartige Restrukturierung des Kapitalismus überhaupt – die wertvollsten Beiträge »grenzüberschreitend« verfügbar zu machen. Der zentrale Gedanke des Buches präsentiert sich bereits zu Beginn: Die Zapatistas veränderten, so die These, grundlegend die Bedeutung von Sprache und Politik. Im zweiten Teil stellen Rubén Jiménez Ricárdez sowie Juan González Esponda und Elizabeth Pólito Barrios den Aufstand von 1994 in den »historischen Kontext des neoliberalen Mexikos«. Dabei reicht ihre Analyse von der mexikanischen Revolution (1910 - 1917) über die neoliberale Machtübernahme von 1982 und die hieran anschließende »schrittweise Öffnung des mexikanischen Marktes für den Welthandel« bis zur vollständigen Unterwerfung Mexikos unter die Ägide US-amerikanischer Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die Einführung des nordamerikanischen »Frei«handelsabkommens NAFTA (seit 1994). Etwas genauer kommen dabei die Verflechtungen der Elite der neoliberalen mexikanischen Wirtschaftspolitik seit Ende der siebziger Jahre sowie die Entwicklung der Agrarpolitik des Landes im gesamten letzten Jahrhundert in den Blick. Letzteres ist besonders wichtig, um den hohen Organisierungsgrad der ländlich-bäuerlichen, zumeist indigenen Bevölkerung begreifen zu können.

Der dritte Teil der »Reflexionen« ist überschrieben mit dem Begriff »Diskursguerilla«, und es wird untersucht, ob »das Neue« bzw. der Erfolg der zapatistischen Politik nicht zu einem großen Teil im bewußten Umgang mit identitätsstiftenden Symbolen, im Erfinden einer poetischen Sprache sowie – natürlich – im geschickten Umgang mit den Medien liegt. John Holloway hebt – Höhepunkt der »Reflexionen« – ein ganz spezifisches Moment des zapatistischen Kampfes hervor: »Das beständige Streben nach Würde in einer auf der Verweigerung der Würde beruhenden Gesellschaft ist in sich revolutionär. Aber es beinhaltet ein anderes Revolutionskonzept als das des ‚Sturms auf das Winterpalais' der Oktoberrevolution von 1917, welches das dominante Modell des 20. Jahrhunderts war. Es wird keine revolutionäre Partei geschaffen, keine Strategie für eine Weltrevolution, kein Übergangsprogramm. Revolution ist einfach der ständige, unnachgiebige Kampf für etwas, was unter dem Kapitalismus nicht erreicht werden kann: Würde, Kontrolle über unser eigenes Leben. Das schneeballartige Anwachsen der Kämpfe kann nicht programmiert oder vorhergesagt werden. Die Revolution ist nicht einfach ein zukünftiges Ereignis, sondern die völlige Umkehrung des in der Gegenwart herrschenden Verhältnisses zwischen Würde und Erniedrigung, die zunehmende Selbstbestimmung über unser eigenes Leben, die fortschreitende Errichtung von Autonomie.«

Im letzten Teil geht es Ana Esther Ceceña noch einmal darum, die Verhältnisse in Chiapas darzustellen, um den politischen Prozeß der EZLN in seiner Gänze zu würdigen: »Die in der EZLN versammelten chiapanekischen Indigenen haben aus ihrer prekären Lage heraus die Kraft gehabt, die mächtigste Maschinerie der heutigen Welt in Frage zu stellen: Die Weltmacht des Kapitals und seine Herrschaftsnetze. Sie haben der Hoffnung ein überzeugendes Fundament gegeben – so der brillante Satz des Vorsitzenden der Universitätsgewerkschaften, Edur Velasco – und die Utopie in ein Licht am real möglichen Horizont verwandelt.«

Aber Realität in Chiapas bedeutet nicht nur Armut oder Ausbeutung, sondern auch Reichtum an Bodenschätzen, an hydroelektrischer Energie sowie an biologischer Vielfalt, wie Alejandro Toledo Ocampo hervorhebt. Er macht darauf aufmerksam, dass das Entwicklungsmodell der kapitalistischen Logik an sein Ende gekommen sei, und dass der Widerstand dagegen mit den Aufständen lateinamerikanischer Indígenas erst begonnen habe. Und schließlich bedeutet Realität in Chiapas auch ein perfides System von sog. Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen, der psychologischen, militärischen und paramilitärischen Bekämpfung der aufständischen Bevölkerung also, was im letzten Beitrag von Francisco Pineda verdeutlicht wird. Es gibt nicht viele Texte über die geheime Aufstandsbekämpfung, die von Militärs und Geheimdienstlern in den USA entwickelt und beinahe allen lateinamerikanischen Regierungen angedient bzw. aufgezwungen wurde. Und dieser gehört mit Sicherheit zu den detaillierteren.

*Edo Schmidt*

► *Ulrich Brand und Ana Esther Ceceña (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 327 Seiten, 39,80 DM*



## Heimatsuche

► Vorstellungen von Heimat, Authentizität und essentialistischer Identität machen in der globalisierten Postmoderne zunehmend weniger Sinn. Für die durch Versklavung, Verschleppung und größtenteils erzwungener Migration ihrer Wurzeln beraubten Afrikaner war dieses 'postmoderne Lebensgefühl' indes schon seit Jahrhunderten bitterste Realität. Im Gegensatz zu dem eher regressiven Afrozentrismus, der sich vor allem in den USA immer noch mittels Projektionen in die Vergangenheit und Abgrenzungen stabiler Identitäten zu versichern bemüht, propagieren schwarze britische Autoren aus dem Umfeld der Cultural Studies eine zeitgemäße, nicht-essentielle schwarze Identität. Begriffe wie 'afrikanische Diaspora' und 'Black Atlantic' sollen den immerwährenden transatlantischen Austausch der Sklaven und ihrer Nachkommen Rechnung tragen und dabei zeitgleich den Bezug auf einen 'afrikanischen Wesenskern' vermeiden.

Eine umfassende Einführung in diese in Deutschland noch nicht breit rezipierte Diskussion bietet das Buch **Afrikanische Diaspora und Black Atlantic** des Ethnologen Hauke Dorsch, erschienen in der Reihe 'Interethnische Beziehungen & Kulturwandel' beim LIT Verlag. Zum einen liefert Dorsch einen breiten Überblick über die Geschichte und Konzepte der afrikanischen Diaspora: Repatriierungsbewegungen, Unabhängigkeitsbewegungen und Sklavenaufstände werden ebenso ausführlich dargestellt wie der unter anderem von Marcus Garvey vertretene Panafrikanismus, die Harlem Renaissance, die Black Power Bewegung der sechziger Jahre und die gegenwärtig in den USA so überaus präsente Nation of Islam.

## Dominanz im Netzwerk

▸ UN-Kommissionen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten des öfteren als Promotor von Schwammwörtern und »begrifflichen Alleskleber« profiliert. Schillerndes Beispiel ist der Begriff »Nachhaltige Entwicklung«. Seiner potenziell kritischen Implikationen weitgehend entledigt, ist er mittlerweile zu einer kaum noch umstrittenen Formel für die Versöhnung von kapitalistischer Expansion, Naturaneignung und Entwicklung avanciert. Der Begriff ist gesetzt, Forschung kann betrieben werden, Politik ihn vernutzen. Eine grundlegendere Thematisierung möglicher Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Naturverhältnissen und kapitalistischer Produktion oder nur anders lautende, nicht dominante Interpretationen von »Nachhaltigkeit« finden hierbei kaum mehr Raum. Der Begriff »Global Governance« hat gute Chancen, eine ähnliche Karriere zu durchlaufen. Von der »UN-Commission on Global Governance« diskutiert und einer breiteren Öffentlichkeit 1995 in Form eines Berichts zugänglich gemacht, wird er mittlerweile wissenschaftlich zu einem Rahmenkonzept angereichert, das die »Menschheitsprobleme« in einer globalisierten Welt lösen und somit zugleich einen Ausweg aus der politischen Steuerungskrise weisen soll.

Die Autoren der von der Heinrich-Böll-Stiftung und WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) herausgegebenen Studie zu **Global Governance** hegen jedoch starke Zweifel, ob es sich bei diesem Konzept um eine **Alternative zur neoliberalen Globalisierung** handelt, wie von den Hauptprotagonisten Franz Nuscheler und Dirk Messner (Institut für Entwicklung und Frieden) angenommen. Insofern bezweifeln sie auch, ob es als Leitbild für emanzipatorische Politikprozesse dienen kann. Dabei betonen sie zunächst durchaus das Verdienst des »Global Governance« Diskurses: »Er schärft den Blick dafür, dass emanzipative Veränderungen nicht von alleine aus den Globalisierungskrisen erwachsen, sondern nur durch Kritik und gesellschaftlich bewusstes Handeln«.

Was freilich unter Kritik zu verstehen ist, da scheiden sich die Geister erheblich. Ist Kritik, so fragen die Autoren, denn umfassend überhaupt möglich, wenn Macht- und Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und im internationale System keine systematische Beachtung finden, wenn die Geschlechterfrage nicht aufgenommen wird und wenn Demokratisierung zuvorderst an technokratischer und effizienzorientierter Modernisierung des internationalen Systems bemessen wird? Rauscht die Hoffnung auf Problemlösung durch transnationale Netzwerke von Regierung, Wirtschaft und »Zivilgesellschaft« nicht an den Strategien, Interessen und der realen Durchsetzungsmacht dominanter Akteure vorbei? Entscheidend für den Stil und die Glaubwürdigkeit der Studie ist dabei, dass die vielfältigen Kritiken keineswegs abstrakt bleiben. In den verschiedenen Kapiteln wird nicht nur die Entwicklung des Diskurses über »Global Governance« umfassend nachgezeichnet. Sein Entstehungskontext selbst, also die Restrukturierung kapitalistischer Gesellschaften im Zuge neoliberaler Globalisierung, wird kritisch und gesellschaftstheoretisch umrissen.

An der Studie kann sicher moniert werden, dass sowohl einige Bereiche gesellschaftlicher Entwicklungen als auch konkrete Einschätzung – beispielsweise über die Bedeutung von NRO´s oder über die Verwendung des Begriffs »Problem« – etwas knapp und zum Teil gegenläufig dargestellt werden. Insofern sind in den verschiedenen Abschnitten, für die jeweils einzelne Autoren verantwortlich sind, durchaus unterschiedliche politische Beurteilungen und auch wissenschaftliche Orientierungen zu bemerken. Mit anderen Worten: Die Studie wirkt insgesamt nicht nur überkomplex und gedrängt, sondern auch etwas zu heterogen.

Sie dient zunächst als orientierende, umfassende und trotz der Dichte erstaunlich gut lesbare Bestandsaufnahme der widersprüchlichen, globalen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Was die Verfasser eint, ist die wohlbegründete Skepsis gegenüber der Praxis, gesellschaftliche Widersprüche durch verkürzte, politisch-motivierte Wissenschafts- und Diskursproduktion einfach wegzudefinieren.

Es geht in diesem Buch darum, einen wohlbegründeten Rahmen für die alte Debatte um Emanzipation und deren Praxis neu zu umreißen. Zugleich ist die Studie ein gelungener Versuch, die Zentren der Diskursproduktion herauszufordern. Es ist eine Kritik sowohl an dominanten Politikformen als auch am vorherrschenden Wissenschaftsverständnis. Eine Kritik, die gerade angesichts der politisch äußerst wirkungsmächtigen Internalisierung der Wettbewerbslogik und der fortschreitenden Selbstinstrumentalisierung der Akademien nicht unmittelbar auf offene Ohren treffen dürfte. Für diejenigen, die sich nicht mit diskursiven Phrasen abspeisen lassen, wird das Buch eine äußerst interessante Lektüre sein. Aber auch die »Global Governance« Protagonisten werden kaum umhin kommen, über polemische Reaktionen hinaus Stellung zu beziehen – nicht zuletzt weil hier eine Studie vorliegt, die hinsichtlich einzelner Sachfragen, der ausgeführten Kritik und deren Begründung wesentlich umfassender ist als die mageren Publikationen, die bislang das »Global Governance-Konzept« untermauern sollen. *Johannes Wolf*

▸ *Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock, Peter Wahl: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Westfälisches Dampfboot, Münster 2000. 204 Seiten, 29,80 DM.*



Zum anderen geht er im zweiten Teil des Buches auf drei der Tradition der Cultural Studies verbundene Intellektuelle ein, die vor allem ihre Ablehnung starrer Identitätskonstruktionen eint: Stuart Hall, Kobena Mercer und Paul Gilroy. Insbesondere Gilroys Konzept des 'Black Atlantic', eine schwarze, transatlantische Musik- und Literaturtradition, wird umfassend dargestellt und diskutiert *(vgl. auch iz3w 228)*. Der 'Black Atlantic' steht für eine Verschiebung der Konnotationen des Diasporabegriffs. War für frühere, 'moderne' Bewegungen wie die der Rastafari Diaspora ein »pathologischer Zustand leidgeprüfter Zerstreuung«, der nur durch die Rückkehr in eine imaginierte Heimat zu beenden war, so lässt die 'postmoderne' Variante von Hall, Mercer und Gilroy die Diskurse um Authentizität, nationale Identität und Homogenität weit hinter sich: Diaspora steht nun für ein Leben ohne Garantien in den Zwischenräumen des auf Einheitlichkeiten aufbauenden modernen Diskurses.

Für alle, die sich für den schwarzen Diaspora-Diskurs und die Cultural / Postcolonial Studies interessieren, bietet **Afrikanische Diaspora und Black Atlantic** eine Fülle an spannendem Material und detailverliebten Informationen, abgerundet durch eine umfassende Biblio- und Discografie. Für diejenigen jedoch, die nicht genügend Geduld mitbringen, sich durch ein auf einer Magisterarbeit basierendes Buch durchzuarbeiten, bewahrheitet sich leider das, was der Autor in seiner Danksagung angedroht hat: Universitärer Schreibstil garantiert nicht immer den reinsten Lesegenuss.

*Dominik Bloedner*

▸ *Hauke Dorsch: Afrikanische Diaspora und Black Atlantic. Einführung in Geschichte und aktuelle Diskussion. LIT Verlag, Münster 2000. 240 S., 39,80 DM.*

## VWs One World

► Der Volkswagen-Konzern, der sich einst zum Ziel gesetzt hatte, jedem Deutschen ein Auto zu bauen, produziert längst schon nicht mehr nur hierzulande. Denn zumindest bei Multinationalen Konzernen ist die Globalisierung inzwischen Normalität, die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den verschiedenen Werken unterscheiden sich kaum voneinander (s. VW-Streik in Mexiko). Dieser Entwicklung hinken die Gewerkschaften nicht nur hinterher – der Weltbetriebsrat von VW hat das Prinzip internationaler Konkurrenz schon selbst verinnerlicht (s. VW-Reha in Südafrika).

### VW-Reha

Am ersten Augustwochenende veröffentlichte die taz eine Doppelseite, die im Wesentlichen die Sichtweise der Spitzenfunktionäre des VW-Weltbetriebsrats wiedergab, die ein Loblied auf die Möglichkeiten der Mitbestimmung im Konzern singen und die Rechtmäßigkeit der Massenentlassung im südafrikanischen Uitenhage Anfang dieses Jahres bekunden. Die mehr als 1.300 ArbeiterInnen, die wegen geplanter Flexibilisierungen der Arbeitszeit gestreikt hatten, charakterisiert die taz als Gewalttäter, die »unter trotzkistischem Einfluss« stünden.

Eine Delegation von GewerkschafterInnen aus Deutschland, die als Beobachter an den Schlichtungsverhandlungen teilnahm und sich seit Beginn dieses Jahres mit dem Vorfall beschäftigt, widerspricht dieser Darstellung. Es sei vielmehr, so die innergewerkschaftlichen Oppositionellen, massiv gegen gewerkschaftliche Rechte verstoßen worden: es habe keine Anhörung der Betroffenen stattgefunden und zum Zeitpunkt des Streiks habe eine betriebliche Interessenvertretung gefehlt. Auch seien keine Arbeiter gewalttätigen Übergriffen durch die Streikenden ausgesetzt gewesen. Der taz-Bericht hätte zudem verschwiegen, dass es auch in anderen Werken des VW-Konzerns, u.a. in Brasilien, zu massivem Druck auf und zu Entlassungen von Gewerkschaftern gekommen sei, die die Firmenpolitik öffentlich kritisierten. »Ich bin entgeistert über die Einseitigkeit der Darstellung, die im wesentlichen die Version der Firmenseite, unterstützt von den Spitzenbetriebsräten, beruht«, erklärt die Delegationsteilnehmerin Beatrix Sassermann. »Die Tatsache, dass deutsche Betriebsräte, die jährlich einen Firmenwagen zur eigenen Verwendung aussuchen können, sich für eine Massenentlassung von Kollegen in einem Entwicklungsland aussprechen, zeigt, wozu verinnerlichtes Co-Management auf Arbeitnehmerseite führen kann. Der Profit des Unternehmens wird über die Sorge um die sozialen Bedingungen der Arbeitskollegen gestellt«, so die Delegationsteilnehmerin. *Gerhard Klas (Soz)*

### VW-Streik

Über 12.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen von VW Puebla waren am 18. August in den Streik getreten, um eine 35-prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen, so die ursprüngliche Forderung. Doch der von der unabhängigen Gewerkschaft »Sindicato Independiente de Trabajadores de la Industria Automotriz Volkswagen de México« (SITIAVW) angeführte Streik wandte sich auch gegen die Reduzierung der Erholungstage und die Verpflichtung, Überstunden zu leisten – wohlbekannte Elemente der auch in Mexiko praktizierten globalen Unternehmensstrategie des Toyotismus bzw. der »Schlanken Produktion«.

Allerdings geriet der Streik der VW-Arbeiter von zwei Seiten unter Beschuss: Zum einen reduzierten die Bosse ihr auf 15 Prozent erhöhtes Lohnangebot ohne Angaben von Gründen wieder auf 12 Prozent, zum anderen wurde der Streik staatlicherseits für illegal erklärt. Die zuständige Behörde hatte den Streik für ungültig erklärt, weil er am ersten Streiktag eine Minute zu spät begonnen habe (!). Inzwischen hat die Gewerkschaft angekündigt, dass ArbeiterInnen aus 100 Firmen Solidaritätsstreiks ausrichten werden, um die Regierung unter Druck zu setzen.

*El Chapulín Colorado*
*(ausführlicher ist der Beitrag nachzulesen in express 8/2000, e-mail: express-afp@t-online.de)*

## Um Brot und Spiele

► In Sydney ist Olympia. Die Fahnen der Nationen flattern im Wind und auf Millionen von Bildschirmen rennen, springen, schwimmen und fliegen die sportlichen Repräsentanten ihrer »Völker« im friedlichen Wettstreit. »Dabei sein ist alles« lautet das olympische Motto und verklärt ebenso wie die verschlungenen Ringe als Symbole der fünf Kontinente, dass es am Ende doch um Gold, Silber und Bronze, um Sieg oder Niederlage im multinationalen Kräfteringen geht, was schlussendlich am Medaillenspiegel abgelesen wird. Und dort ist es dann vorbei mit dem Jeder-kann-es-schaffen-Glaube. Auf dem Treppchen geben sich diejenigen ein Stelldichein, die auch sonst ganz oben stehen. Ein paar Ausnahmen bestätigen die Regel und geben dem Ganzen seinen exotischen Reiz.

In Hannover ist immer noch EXPO. Auch hier wehen die Fahnen. Die nationalen Pavillons stehen für Weltoffenheit, Gemeinschaft und Chancengleichheit. Etwas moderner als die Ringe symbolisierte das Netz als Logo die Ideologie der Einen Welt und ihrer Ordnung, die alle harmonisch und fließend miteinander verbindet. Hinter dem vermittelten Bild von der globalen Partnerschaft bestimmen aber auch auf der Weltausstellung Leistungs- und Konkurrenzprinzip das Geschehen. Auch hier haben diejenigen die Nase vorn, die Fortschritt, Technologie und Macht präsentieren können, während andere mit Kultur und Natur hausieren gehen und der Veranstaltung ihren pittoresken Rahmen verleihen. Für das Bild der »Völkerfreundschaft« sind sie zuständig.

Im ganzen Land feiert sich derweil das BündnisgegenRechts. Die Gesellschaft fasst sich an den Händen und predigt Weltfrieden und multikulturelle Toleranz. Der rechte Mob ist hier das barbarische Andere. Den benötigt der weltoffene Antirassismus zur Selbstfindung und um weiterhin zivilisiert und rechtschaffen abzuschieben. Wie Olympiade und Weltausstellung ist das BündnisgegenRechts eine Großveranstaltung zur kollektiven Selbstvergewisserung. In solchen Festen bestätigen sich die nationalen und internationalen Gewinnergemeinschaften, dass ihre Welt in Ordnung ist. Gefeiert wird dabei letztlich der Markt, denn seine Gesetzte sind es, die die Ordnung schaffen: Auf ihm haben am Start per definitionem alle gleiche Chancen, wie unterschiedlich sie auch aussschauen mögen. Und wer sich im Konkurrenzkampf um Zehntelsekunden und Standortvorteile durchsetzt, hat den Sieg verdient, wird mit Gold, BSP oder Green Card belohnt – ein Prinzip, dass in den Inszenierungen von Sydney oder Hannover hübsch harmonisch anzuschauen ist. Hier haben auch die Abgehängten Charme. Durch olympische Ringe, Netzwerke und Menschenketten scheint bloß eine schwache Ahnung davon durch, dass diese Symbole für die glanzvolle Hälfte einer Medaille stehen, die ihre eigene Kehrseite nur allzu gerne in den Schatten stellen möchte.

*Jochen Müller (iz3w)*

## Krieg neben dem Geiseldrama

► Seit Monaten sind die Philippinen in den Schlagzeilen, die Geiselnahme von 21 TouristInnen durch die muslimische Gruppe Abu Sayyaf beschäftigt die Öffentlichkeit. Zur gleichen Zeit, aber weit weniger beachtet, ist nur 200 Kilometer Luftlinie entfernt, im Herzen der Hauptinsel Mindanao, der Krieg zwischen dem philippinischen Militär und der größten Befreiungsbewegung der dort mehrheitlich lebenden Moslems, der Moslem Islamic Liberation Front (MILF), erneut entbrannt. Dieser Krieg hat bislang über 500 000 Menschen, zum größten Teil Moslems, aus ihrer Heimat vertrieben.

Im April hatte Präsident Estrada der MILF den »totalen Krieg« erklärt und gedroht, sie zu »pulverisieren«. Das Geiseldrama gab dabei der Regierung die moralische Legitimität, den Krieg gegen die MILF vom Zaun zu brechen, obwohl Geiselnehmer und die muslimische Befreiungsbewegung nichts miteinander zu tun haben. Es ist gar zu vermuten, dass Abu Sayyaf vom philippinischen Militär gestützt und aufgebaut wird – als Destabilisierungselement und um den Moro-Befreiungskampf zu diskreditieren. Nach den folgenden Massakern an der Zivilbevölkerung ist die MILF nun zum Guerillakrieg übergegangen. Auf der anderen Seite werden die 'Vigilantes', paramilitärische Gruppierungen christlicher Herkunft, die seit den Sechzigern immer wieder unvorstellbar grausam und gewalttätig gegen die Muslime vorgegangen sind, wieder aktiv und propagieren ein »moslemfreies Mindanao«.

Drei Bevölkerungsgruppen leben auf Mindanao: Christen, Moslems und lumands, die Einheimischen Mindanaos. Die Christen machen die größte Gruppe aus (60 Prozent), während 1948 noch 90 Prozent der Mindanaoans Moslems waren, sind es heute sind nur 16 Prozent. Sie verstehen sich als eine eigene Nation, die sie Bangsamoro nennen. Bis in dieses Jahrhundert lebten sie mit den lumads alleine auf der Insel, erst in diesem Jahrhundert gelang es den US-Amerikanern mit militärischer Gewalt, Zugang zur Insel zu bekommen. Das angeeignete Land wurde dann vornehmlich an amerikanische Plantagenkonzerne vergeben.

Heute kontrollieren Kolonisatoren das meiste Land, 10 Prozent der Landfläche Mindanaos ist allein von Plantagen bedeckt. 1991 lebten 48,4 Prozent der Mindanao unter der Amutsgrenze: die vielen Bauern ohne oder mit unzureichendem Landbesitz (56,5 Prozent besitzen das Land nicht, das sie bebauen), die noch ärmeren Moslems und schließlich die lumads, die in die Berge vertrieben wurden. Ihr Gebiet ist in den letzten Jahrzehnten durch große Holzfällunternehmen, Kokusnuss-, Gummi- und Exportfruchtplantagen und heute durch die Bergbaukonzerne bedroht.

Wirtschaftliche Interessen spielen auch bei dem gegenwärtigen Angriffskrieg des Militärs auf die MILF eine maßgebliche Rolle. Neben den bestehenden Frucht- und Holzplantagen sind es die reichen Fischgründe um Mindanao, die vielen Bodenschätze der Insel und die vermuteten großen Ölvorkommen, die Begehrlichkeiten wecken. »Der beste Weg, diese Investitionsprojekte abzusichern«, so der Kommandeur des Südkommandos der philippinischen Armee, Diomedo Villanueva, » ist es, die völlige militärische Kontrolle über die Insel zurückzugewinnen.« Der Staat ist aufgrund der immensen Militärausgaben (2000: über 300 Millionen Mark) hochverschuldet und hat kein Geld für die Entwicklung des Landes übrig. Die »Verwertung« Mindanaos muss daher der Privatwirtschaft und den ausländischen Investoren überlassen werden, die nach »günstigen Investitionsbedingungen« verlangen. Daher kündigte der Präsident im Juli einen »Mini-Marschallplan« an und forderte dafür Notstandsrechte.

Zur ökonomischen Musterzone soll dabei das Hauptquartier der MILF, das Camp Abubakar werden – es ist geplant, dessen fruchtbaren Boden agroindustriell zu nutzen, Investoren sollen 15 Jahre keine Pacht zahlen müssen und 6 Jahre von den Steuern befreit werden. Eine Milliarde Dollar Entwicklungshilfegelder (ODA) stehen dafür bereit. Der Agrarreformminister Morales plant bereits die Umwandlung von Moroland in Exportplantagen (cash crops). Investoren aus Deutschland, Italien und den asiatischen Nachbarstaaten haben schon ihr Interesse bekundet.

*Niklas Reese*
*(Philippinenbüros im Asienhaus Essen)*

## Entwicklungspolitische Augenwischerei

► Am 13. September findet im Bundestag die erste Lesung des BMZ-Haushaltes (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) für 2001 statt. Bereits am 21. Juni verabschiedete das Bundeskabinett einen Entwurf, der dem BMZ einen Etat von 7,224 Milliarden Mark zuteilt. Nominell entspricht das im Vergleich zum Vorjahr einer Anhebung um 1,7 Prozent (Anteil am Gesamthaushalt: 1,51 Prozent).

Der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kritisierte diese nominelle Anhebung des BMZ-Haushaltes als »Augenwischerei«. So seien Mittel für den Balkan-Stabilitätspakt, für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa und für eine internationale Entschuldungsinitiative in Höhe von insgesamt 270 Millionen Mark in den BMZ-Etat umbudgetiert worden. Dies werde zwar allgemein als Aufwertung der Rolle des BMZ begrüßt, täusche aber darüber hinweg, dass die bisherigen Titel des Ministeriums um 148 Millionen Mark gekürzt würden. Alleine um die Wachstumsrate, die Inflation und die Umbudgetierungen auszugleichen, müsste der Entwicklungshilfehaushalt 2001 jedoch um mindestens 8 Prozent angehoben werden, so VENRO.

Die aktuelle Kürzung des BMZ-Haushaltes setzt eine augenfällige Tendenz der letzten Jahre fort: Während sein Anteil am Gesamthaushalt 1990 noch 1,94 Prozent betrug, sind es 2001 nur noch 1,51. Damit bewegt sich die rot-grüne Regierung weit hinter ihren anfänglichen Versprechungen und weit hinter der Zielvorgabe der Industrieländer, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BSP) für Entwicklungspolitik auszugeben. In den nächsten Jahren sind weitere drastische Kürzungen des Entwicklungsehilfeetats vorgesehen: Er wird 2004 mit 7,004 Milliarden Mark nur noch einen Anteil am BSP von 0,22 Prozent (1990: 0,42 Prozent) haben. Ebenfalls im Gegensatz zu vollmundigen Ankündigungen sieht der BMZ-Haushalt im Bereich der NRO-Förderung kaum Veränderungen im Vergleich zu 2000 vor. Lediglich der Titel »Ziviler Friedensdienst« wurde von 15 auf 19 Millionen Mark angehoben.

*Sarah Sebhatu (Quelle: VENRO)*

## Debatte um Gentechnik

► Mit einem achttägigen Kongress in Köln, begleitet von einem Workcamp, hat das Gen-Ethische Netzwerk die internationale Debatte über Gentechnik Anfang September nach Deutschland geholt. Als Plattform für eine Auseinandersetzung zwischen GentechnikkritikerInnen und -befürworterInnen gedacht, sollten auf dem Kongress »gagatu« gesellschaftspolitisch entscheidende Fragen wie Risikobewertung, Vorsorgeprinzip, Rechte und Patente und das umstrittene »Lösungspotential« der Gentechnik für die Probleme der Landwirtschaft und die Versorgung der Weltbevölkerung öffentlich diskutiert werden. Mit den geladenen sehr heterogenen Akteuren bot der Kongress genügend Gelegenheit, die Einseitigkeit der Diskussion in der deutschen Medienlandschaft zu durchbrechen, die selbstbeschaulich um ökologische und gesundheitliche Risiken und den Schutz der VerbraucherInnen kreist, und diese um gesellschaftskritische Positionen zu erweitern: Gagatu thematisierte die Konzentration von Macht durch die Zusammenführung von Agorchemie, Saatzucht und gentechnologischer Forschung in der Life-Science-Industrie einerseits und die zunehmende Ausbeutung und Abhängigkeit gerade der Kleinbauern in der Dritten Welt andererseits.

Die GentechnikbefürworterInnen aus Forschung und Industrie entzogen sich dieser Debatte weitgehend durch Abwesenheit. Sie können sich diese Ignoranz ganz offensichtlich leisten, weil sie ihre Aktivitäten längst in jene Weltregionen verlegt haben, die keine oder nur sehr lasche rechtliche Bestimmungen aufweisen und wo aufklärende Information Mangelware ist: nach Osteuropa, Lateinamerika und Südafrika.

So berichteten NGO-VertreterInnen aus Rumänien, Bulgarien und Polen, Kroatien und der Ukraine über den massenhaften Anbau gentechnisch modifizierter (GM) Pflanzen (Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln). Dabei werden rechtliche Bestimmungen umgangen – soweit sie überhaupt existieren. Viele osteuropäische Länder zielen als Agrarexporteure auf eine Diversifizierung ihrer Absatzmärkte (ehemaliges Hauptabnehmerland war Russland). Sie werden durch amerikanische Interessen sowie europäische »Notwendigkeiten« (Angleichung der Gesetze an EU-Richtlinien mit dem Ziel der Aufnahme in die EU) in eine Zwickmühle getrieben und geraten so zwischen die Fronten des offenen Handelskrieges zwischen den USA und der EU.

Südafrika hat laut Biowatch South Africa den Anbau von GM-Pflanzen auf 500.000 Hektar genehmigt – hauptsächlich zu Versuchszwecken und im Falle der herbizidresistenten Baumwolle von Monsanto für den kommerziellen Anbau. Damit hält sich Südafrika nicht an die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vorgeschlagene Abmachung, keine Genehmigungen vor erfolgter Umsetzung des Biosafety Protokolls zu erteilen. Das im Februar 2000 verabschiedete Protokoll sieht zumindest einige wenige Sicherheitsstandards für den Handel mit GMOs (Gentechnisch Manipulierte Organismen) vor. Als einziges afrikanisches Land hat Südafrika das Protokoll bislang nicht unterzeichnet. Eine öffentliche Diskussion über die (negativen) Potenziale der Gentechnik scheitert hier laut Biowatch allzu leicht an den »vorgeblichen Prüfsteinen der Antiapartheidspolitik, namentlich Effizienz, Produktivität und Fortschritt«. Die Gentechbranche, die mit den gleichen Attributen wirbt, weiß diese Situation geschickt zu nutzen.

So manifestiert sich die Gentechnikbranche längst außerhalb der Festung Europas, während die öffentliche Debatte hier zu Lande von Verbraucherschutz und ökologischen Fragen geblendet bleibt. Tiefer gehende Analysen konzentrierten sich auch in Köln auf die ökologischen Risiken. Die Diskussionen verzettelten sich in der Abwägung von Risiko und Chance, statt auf die gesellschaftliche Verteilung des nicht abschätzbaren Risikos einzugehen. Detaillierte Analysen über eine Risikoverteilung gerade auch der sozioökonomischen Konsequenzen – über Verlierer und Gewinner einer machtvollen Technologie – fehlten hingegen weitgehend. Mit der Forderung von Bernd Hommel von der Biologischen Bundesanstalt (BBA), auch an die Bedeutung der Vielfalt der Betriebssysteme in der Landwirtschaft und eine friedliche Koexistenz zu denken, wird der gentechnische Anbau – quasi als eine Meinungsspielart – mit demokratischen Prinzipien legitimiert.

*Martina Backes (iz3w)*

## Stop Shrimping!

► Als »Blaue Revolution« verkauft, sollte die Krabbenindustrie einmal der Proteinversorgung der armen Bevölkerung in Produzentenländern wie Ecuador dienen. Von dieser Erwartung ist nicht viel geblieben. Garnelen werden als Shrimps, Gambas oder Krabben zu 100% in die Industrieländer verkauft, wo sie in Tiefkühltruhen und auf Pizzas landen. Für die Erzeugerstaaten im Süden stellen sie so hauptsächlich ein devisenträchtiges Exportgut dar. Dabei trägt die industrielle Krabbenzucht, die seit den 80er Jahren enorme Wachstumsraten aufweist, in hohem Maße zur Zerstörung der Mangrovenwälder entlang der tropischen Küsten bei, von denen weltweit bereits die Hälfte verloren ist. Riesige Flächen werden abgeholzt, um Platz für die Anlage von Zuchtbecken zu schaffen. Allein in Ecuador dehnen sich Shimpsfarmen auf über 200.000 Hektar aus, was etwa der Gesamtfläche von Bremen, Hamburg und Berlin entspricht.

Die Mangrovenwälder stellen zudem eine wichtige Ressource für die tägliche Ernährung der lokalen Bevölkerung dar. Dazu zählen etwa Muscheln, von denen in vielen Gebieten heute kaum noch welche zu finden sind. Außerdem werden für die Shrimpszucht ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen überflutet. Dies führt zur Versalzung von Böden, Grund- und Trinkwasser. Proben aus Brunnen in der Region von Madras, einem Zentrum der Krabbenindustrie in Indien, haben eine zehnfach erhöhte Salzkonzentration ergeben. So stellte 1996 auch der oberste indische Gerichtshof fest, dass die verursachten Schäden die Gewinne aus dem Export der Krabben weit übersteigen. Shrimpsfarmen sollten geschlossen, Entschädigungen an die lokale Bevölkerung gezahlt und Umweltschäden repariert werden. Die Umsetzung des Urteils steht allerdings noch aus. Das gilt auch für ein Gesetz, das bereits 1986 in Ecuador zum Schutz der Mangrovenwälder erlassen wurde. Hier arbeiten die meisten privaten Krabbenfarmen ohne offizielle Genehmigung.

► *Informationen zur industriellen Shrimpszucht bei: FIAN (Food First Informations & Aktionsnetzwerk), 02323/490099 oder unter www.thinkshrimp.de*

▶ Die Rosa Luxemburg Stiftung veranstaltet vom 5. bis 6. Oktober in Berlin ein **Internationales Forum Gerechtigkeit oder Barbarei**, auf welchem verschiedene internationale Bewegungen und Institutionen sowie TheoretikerInnen vertreten sein werden. Auf verschiedenen Podien werden Themen wie »Die neue Imperialordnung und ihre Kriege« oder »Jenseits von Multikulti. Antirassistische Bewegungen« diskutiert. Außerdem sollen die Aktionen zum IWF-Weltbank-Gipfel, der Ende September in Prag stattfand, diskutiert werden.
*Info und Anmeldung: Rosa Luxemburg Stiftung, Jens Ilse, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030-29781173, e-mail: info@rosaluxemburgstiftung.de,*

▶ Zur Erinnerung: Gleich anschließend beschäftigt sich vom 6. bis 8. Oktober ebenfalls in Berlin der 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen (BUKO) mit dem Thema **WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus**. Es geht sowohl konkret um die Politik der Welthandelsorganisation als auch um Fragen nach Herrschaft und Widerstand. Anhand der Erfahrungen von sozialen Bewegungen werden Perspektiven emanzipatorischer Arbeit diskutiert.
*Info: BUKO Geschäftsstelle, Nerstweg 32-34, 22765 Hamburg, Te: 040-393156, e-mail: bukohh@t-online.de,*
*www.epo.de/buko/index.htm*
*und www.von-unten.org.*

▶ **Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit – Nord-Süd-Dialoge zur zukünftigen Entwicklung** heißt eine internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit Programa Cono Sur Sustenable (Chile, Uruguay, Brasilien) und Friends of the Earth Europe, die vom 23. bis 25. Oktober – wo wohl? – in Berlin stattfindet. Dabei wird über Akteure und Allianzen für Nachhaltige Entwicklung (Gewerkschaften, Umweltverbände, Bauernorganisationen, Pionierunternehmen) diskutiert und sich mit Kursbestimmungen für Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Nord-Süd-Beziehungen und Außenhandel auseinandergesetzt.
*Info und Anmeldung: Heinrich-Böll-Stiftung, Erwin Jünemann, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel.: 030-28534-243,*
*e-mail: juenemann@boell.de, www.boell.de.*

▶ **European Metropolises and Cultural Boundaries** nennt sich eine internationale Konferenz vom 19. bis 22. Oktober in Berlin, die vom Europäischen Migrationszentrum organisiert wird.
*Info: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung/EMZ, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, Tel: 030-44651065,*
*e-mail: emz@compuserve.com,*
*www.userpage.fu-berlin.de/~migration.*

▶ Ebenfalls in der neuen Hauptstadt gibt es vom 27. bis 29. Oktober einen Workshop zu **Assimilation-Diaspora-Representation: Historical Perspectives on Immigrants and Host Societies in Postwar Europe.** Themen sind u. a.: Repräsentation von ImmigrantInnen in den Aufnahmeländern, Ethno-Nationalismus und Minderheitenrechte.
*Info: e-mail: mighistconf@rz.hu-berlin.de, www.demographie.de/mighist.*

▶ In der alten Hauptstadt geht es um Entwicklungspolitik: Zunächst laden die Nichtregierungsorganisationen WEED und Germanwatch vom 18. bis 20. Oktober zur internationalen Konferenz **Debate 21** nach Bonn. Auf der Konferenz sollen die Ergebnisse des gleichnamigen Projektes Debate 21 einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden. Dieses Projekt wird seit zwei Jahren zu den Themen Welthandel, internationale Finanzarchitektur und Klimapolitik zwischen 15 NGOs aus fünf Kontinenten geführt.
*Info: Debate 21, Stefan Rostock, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn, Tel: 0228-96524-26/27,*
*e-mail: stefan.rostock@debate21.org,*
*www.debate21.org.*

▶ **The Two-thirds minority – Developing Countries in the WTO** nennt sich eine internationale Konferenz, die für den 30. und 31. Oktober ebenfalls in Bonn geplant ist. Ein Jahr nach Seattle werden Vertreter von Entwicklungsländern ihre Vorstellungen für WTO-Reformen präsentieren. Zielgruppe sind insbesondere Campaigner und Lobbyaktivisten aus der entwicklungs- und handelspolitischen Arbeit sowie die interessierte Fachöffentlichkeit. Tagungssprache ist Englisch.
*Info, Anmeldung und eine Studie »From Green Room to Glass Room« (deutsch oder englisch) gibt es bei Germanwatch e.V., Thomas Stukenberg, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn, Telefon: 0228-60492-11,*
*e-mail: tradewatch@germanwatch.org,*
*www.germanwatch.org.*

▶ Vom 27. bis 29. Oktober findet in Bonn ein entwicklungspolitisches Symposium **Kinder mit Behinderung im Schatten der Kinderrechtskonvention** statt. Ausgehend von der Situation der Kinder mit Behinderungen weltweit sollen Zusammenhänge von Armut, Krieg und Behinderung thematisiert werden.
*Info und Anmeldung: Gustav-Stresemann-Institut e. V., Regina Jaschke-Schröder, Langer Grabenweg 68, 53115 Bonn, Tel: 0228-8107-169, www.gsi-bonn.de.*

▶ **Africanissima. Frauenleben in Afrika** nennt sich eine Tagung, die vom 2. bis 3. Oktober von der Evangelischen Akademie Bad Boll bei Göppingen veranstaltet wird. Auf dieser Tagung werden die afrikanischen Schriftstellerinnen Buchi Emecheta (Nigeria), Yvonne Vera (Zimbabwe), Tsitsi Dangarembga (Zimbabwe) und Amma Darko (Ghana) über die Situation von Frauen in Afrika berichten.
*Info: Evangelische Akademie Bad Boll, Ursula Mann (vormittags), Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-79-234.*

▶ **... die Internationale erkämpft das Menschenrecht** lautet ein wenig selbstironisch der Titel des Bundestreffens der El Salvador-Solidaritätsbewegung zum Thema »Perspektiven der Menschenrechtsarbeit«, das vom 17. bis 19. November im Jugendgästehaus Köln-Riehl stattfinden wird. Neben Berichten und Analysen aus El Salvador wird Luis Salazar (FESPAD) seine Studie über die Menschenrechtslage seit dem Friedensabkommen von 1992 vorstellen.
*Info: Infostelle El Salvador, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel: 0228-694562,*
*e-mail: salva@link-lev.de*

▶ Im Oktober veranstaltet die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN zwei Tagungen:
▶ Ein Seminar zum Thema **Armes Europa? Soziale Menschenrechte in der EU** findet statt vom 13. bis 15. Oktober in Mainz. Die Tagung geht von folgender Fragestellung aus: Jeder Mensch hat das Recht auf Nahrung, Kleidung und Wohnen. Doch wie steht es um diese Rechte in einem Europa, das von Wirtschaftsinteressen gelenkt wird? Die Kosten betragen 120 DM (60 DM für Nichtverdienende).
▶ Am 26./27 Oktober veranstaltet FIAN in Zusammenarbeit mit der Stiftung Umverteilen, der Städtepartnerschaft Köpenick-Cajamarca und dem DGB Kreis Berlin eine Tagung mit dem Thema **Zyanidgoldgewinnung im Widerspruch zu einer zukunftsfähigen Entwicklung** in Berlin. Der industrielle, zyanidbasierte Goldbergbau bedroht in vielen Entwicklungsländern die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und ist mit massiven Beeinträchtigungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verbunden. Die Veranstaltung will daher auf die Gefahren des industriellen Goldbergbaus und seiner Widersprüche zu den Zielen einer

nachhaltigen Entwicklung aufmerksam machen.
*Info und Anmeldungen: FIAN Deutschland e.V., Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 02323-490099, e-mail: fian@fian.de, www.fian.de.*

► Mit dem **Thema Menschenrechte – Maßstab für Politik und Gesellschaft? Bilanz und Perspektiven deutscher Politik seit 1998** beschäftigt sich am 7. Oktober eine Tagung des »Runden Tisches Menschenrechte« in Nürnberg.
*Info: Christine Hartmann/Hedwig Schouten, Menschenrechtsbüro im Bürgermeisteramt, Tel: 0911-2315029, e-mail: menschenrechte@bga.stadt.nuernberg.de, www.menschenrechte.nuernberg.de.*

► Vom 10. bis zum 12. November finden in Nürnberg die Abschlussveranstaltungen des Projektes **Interkultur in Bayern** statt: eine Fachtagung, verschiedene Kulturveranstaltungen und die Präsentation einer CD-ROM. Das Projekt will den Austausch und die Vernetzung interkultureller Arbeit in Bayern sowie theoretische Reflexion anregen und fördern. Langfristig wird versucht, ein Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangebot zu entwickeln bzw. zu finanzieren. Die Fachtagung (10. und 11. November) beschäftigt sich mit den Themen: kulturelle Vielfalt und Einwanderung, Migrations- und Integrationspolitik, Konzepte interkultureller Arbeit, Jugendkultur und Integration, Projektpräsentationen, Kulturprogramm und Lesungen.
*Info: Institut für soziale und kulturelle Arbeit, Torsten Groß, Gostenhofer Hauptstr. 61, 90443 Nürnberg, Tel. 0911-272998-8, e-mail: gross@iska-nuernberg.de.*

► Vom 24./25. November veranstaltet die Forschungsstelle für interkulturelle Studien der Universität zu Köln eine Tagung zum Thema **Urbanität zwischen Zerfall und Erneuerung. Die Einwanderungsgesellschaft als forschungs- und bildungspolitische Herausforderung.** Die Stadt soll hier zugleich als eine industriegesellschaftliche Realität mit vielfältigen Systemen, als multikulturelle Gesellschaft mit unterschiedlichen Lebenswelten und als Kommunikationsbasis für eine vielschichtige zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit betrachtet werden. Es werden Konsequenzen für die Entwicklung des urbanen Zusammenlebens diskutiert.
*Info: FIST Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Gerda Heck, Erol Yildiz, EWF/Universität zu Köln, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Tel: 0221-470-6331/-4739, e-mail: Gerda.Heck@uni-koeln.de, www.uni-koeln.de/ew-fak/FiSt.*

► Unter dem Titel **Heimat Russland – Identität deutsch?** widmet sich die Nürnberger Veranstaltungsreihe »Heimat und Identität« in diesem Jahr der Migration aus der GUS. »Warum bezeichnet eine Frau aus Kasachstan, die nur russisch spricht, Deutschland als ihre 'Heimat'?« und »Was treibt einen jüdischen Migranten aus der Ukraine ausgerechnet in das Land der Täter?« fragen die Organisatoren in ihrer Ankündigung. Vom 15. bis 27. Oktober wird es im Stadtteilzentrum DESI Filme, Referate, Diskussionen, Lesungen, Konzerte, »Russendisco« und Ausstellungen geben.
*Info: DESI Stadtteilzentrum, Brückenstr. 23, 90429 Nürnberg, Tel.: 0911-336943, e-mail: pdesi@kubiss.de,*

**Vorschau: iz3w Nr. 249**
**Schwerpunkt:**
**»Zukunft des Nationalstaats«**

► Mit zunehmender ökonomischer Globalisierung wird immer häufiger vom (drohenden) Verschwinden des Nationalstaats geredet. Zwar deutet sich tatsächlich eine Transformation zum »Nationalen Wettbewerbsstaat« an, der einige ehemals staatliche Funktionen an multilaterale Organisationen oder an kontinentale Wirtschaftsbündnisse (Nafta, Europäische Union) abtritt. Gleichzeitig scheinen aber »Ethno-Nationalisten« zunehmend nach Autonomie zu streben. Vor allem in der ehemaligen Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslwien sind daher eine Vielzahl neuer Nationalstaaten entstanden. Ähnlich motivierte Bewegungen gibt es aber z.B. auch auf den Philippinen oder in Sri Lanka. Der **iz3w**-Schwerpunkt fragt nach Zusammenhängen dieser vordergründig gegensätzlichen Entwicklungen.

► Der Themenschwerpunkt »Not- und Katastrophenhilfe« wird u.a. mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

► Die Arbeit des iz3w wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

**Herausgeberin:**
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
**Online: www.iz3w.org**

**Redaktion:**
► Martina Backes, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Steffen Schülein, Sarah Sebhatu, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Christopher Vogel, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Patrick Widmann.



**Vertrieb für den Buchhandel:**
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

**Satz und Gestaltung:**
► Büro MAGENTA. Freiburg.
**Herstellung:**
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

**Jahresabonnement (8 Ausgaben):**
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

**Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):**
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

**Spenden:**
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 148 239 - 755 bei der Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Kontoinhaberin: Aktion Dritte Welt e.V.
Verwendungszweck: Spende Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

**Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 249:**
► (Druckfertige Vorlagen) 10.10.2000

ISSN 0933-7733

▸ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477